



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

63. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 7. September 2005, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT..... 3646

Rudolf Borchert, SPD 3656

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 3661

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 3666

Eckhardt Rehberg, CDU 3670

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS 3675

Wolfgang Riemann, CDU 3676

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos 3678

B e s c h l u s s 3680

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg- Vorpommern für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 und die Festlegung der Verbund- quoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2006 und 2007

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/1800 – 3646

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Haushalts- begleitgesetzes 2006/2007

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/1812(neu) – 3646

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Mittelfristige Finanzplanung 2005 bis 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

– Drucksache 4/1799 – 3646

Ministerin Sigrid Keler 3646, 3680

Dr. Henning von Storch, CDU 3652

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/1824 – 3680

Minister Dr. Gottfried Timm 3680

Dr. Armin Jäger, CDU 3684, 3698

Heinz Müller, SPD 3687

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 3694

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos 3697

B e s c h l u s s 3699

Nächste Sitzung

Mittwoch, 5. Oktober 2005 3699

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 63. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 63. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 63. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich unserer Kollegin Frau Gesine Skrzepski nachträglich zu ihrem runden Geburtstag herzlich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU:
Ja, ein halbes Jahrhundert. – Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2006 und 2007, Drucksache 4/1800, in Verbindung mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007, Drucksache 4/1812(neu), sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2005 bis 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 4/1799.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-
Vorpommern für die Haushaltsjahre 2006
und 2007 und die Festlegung der Verbund-
quoten des Kommunalen Finanzausgleichs
in den Jahren 2006 und 2007**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1800 –**

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2006/2007**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1812(neu) –**

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 2005 bis 2009
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1799 –**

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Sigrid Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanzpolitik in Mecklenburg-Vorpommern erfordert einen langen Atem, sie erfordert Stehtigkeit, Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Für alle diese Eigenschaften steht diese Regierung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

Wir müssen uns bewusst machen und uns darauf einstellen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Abseits.)

dass die Einnahmen bis 2020 rückläufig sein werden. Heute verfügen wir über rund 2 Milliarden Euro mehr als die westlichen Flächenländer. Diese Mittel stehen uns aber nicht auf Dauer zur Verfügung. Das liegt erstens daran, dass die Solidarpaktmittel von zurzeit 1,1 Milliarden Euro degressiv bereitgestellt werden. Schon jetzt gehen diese Zusatzmittel leicht zurück. Ab 2009 verlieren wir jedes Jahr rund 80 Millionen Euro. 2019 erhalten wir die letzte Rate, 2020 werden die Zahlungen eingestellt. Daran wird nicht zu rütteln sein. Die Westländer werden keine Bereitschaft zeigen, die Gesetzeslage noch einmal zu unseren Gunsten zu ändern. Einen Solidarpakt III wird es also nicht geben.

Wir haben zweitens auch deshalb mehr Mittel als die Westländer, weil wir als Ziel-1-Region zurzeit rund 390 Millionen Euro aus den EU-Strukturfonds erhalten. Wir werden auch während der neuen Förderperiode ab 2007 weiterhin Ziel-1-Region bleiben. Wir müssen aber trotzdem von niedrigeren Zuweisungen ausgehen. Bisher rechnen wir mit 90 Prozent der alten Summe. Die neue EU-Förderperiode endet 2013. Danach wird es eine Auslaufphase geben mit stark reduzierten Zuweisungen.

Drittens. Der Bund zahlt neben den SoBEZ, den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, rund 210 Millionen Euro an Mecklenburg-Vorpommern, die die alten Bundesländer nicht in diesem Umfang erhalten. Mit diesen Mitteln des so genannten Korb II des Solidarpaktes finanzieren wir unter anderem einen erheblichen Teil unserer Wirtschaftsförderung. Auch diese Zuweisungen werden nach und nach abgeschmolzen.

Viertens. Obwohl uns deutlich mehr ordentliche Einnahmen zufließen, haben wir bisher vergleichsweise mehr Schulden aufgenommen. Das müssen wir ändern, wenn wir finanz- und damit auch allgemeinpolitisch handlungsfähig bleiben wollen. Ich halte daran fest, wir können bei einer einigermaßen normalen Einnahmeentwicklung Ende dieses Jahrzehnts ohne Neuverschuldung auskommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ergebnis: 2020 wird die Finanzausstattung unseres Landes auf das Normalmaß aller Bundesländer zurückfallen. Das seit 2005 geltende neue Finanzausgleichsgesetz bewirkt sogar, dass die Finanzkraft der finanzschwachen Länder leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Für die künftige Finanzausstattung ist außerdem die Bevölkerungsentwicklung ein Faktor von immenser Bedeutung. Und, meine Damen und Herren, so hoch wie heute in der SVZ ist er allerdings nicht. Dennoch zeigt sich der Bevölkerungsrückgang deutlich in den Einnahmen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Infolge des Rückgangs verlieren wir pro Jahr zwischen 20 und 30 Millionen Euro Steuereinnahmen. Seit 1995 hat sich der Jahresverlust auf nunmehr 260 Millionen aufgebaut. Diese Entwicklung wird sich in den Folgejahren fortsetzen. Sie gilt grundsätzlich für alle ostdeutschen Länder.

Ebenso wie die Einnahmen sind bei uns auch die Ausgaben deutlich höher als die in den westlichen Bundesländern. Das liegt vor allem daran, dass der infrastrukturelle Nachholbedarf sowie die einigungsbedingten Sonderlasten finanziert und die kommunale Finanzschwäche ausgeglichen werden müssen. Wir haben in 2004 wieder-

um über 800 Millionen Euro mehr in die Infrastruktur investiert als die finanzschwachen Westländer. Auf diesem Wege wird die Infrastrukturlücke schrittweise geschlossen. Dabei konzentrieren wir unsere Anstrengungen jetzt vor allem auf die Bereiche Straßen, Hochschulen und Städtebau. Wir müssen sehen, dass wir diese Aufgaben bis 2015 im Wesentlichen abgeschlossen haben.

Auch wenn nach der Gesetzeslage ab 2005 die sonstigen teilungsbedingten Sonderlasten nicht mehr aus SoBEZ finanziert werden dürfen, müssen wir die folgenden Sonderlasten in Höhe von rund 320 Millionen Euro weiterhin finanzieren. Das sind die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit, die Sicherung eines bedarfsgerechten Ausbildungsangebotes, Ausgaben für die Zusatzversorgung der ehemaligen DDR, Finanzierung der kommunalen Altschulden, Ausgaben im Zusammenhang mit der Regelung offener Vermögensfragen. Diese Ausgaben fallen in den Westländern nicht oder nicht in diesem Umfang an. Sie müssen gesondert betrachtet werden. Diese Lasten werden zwar nach und nach auslaufen, jetzt drücken sie uns aber noch erheblich.

Die Kommunen erhalten zum Ausgleich ihrer unterproportionalen Steuerkraft einen im Vergleich zu den Westländern sehr hohen Finanzausgleich, der auch durch die SoBEZ finanziert wird. Darüber hinaus erhalten die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern überproportionale Leistungen vorrangig für den Infrastrukturaufbau in Höhe von rund 570 Millionen Euro. Diese Mehrausgaben für den Ausbau der Infrastruktur, für die Kommunen und für einigungsbedingte Sonderlasten sind bundesweit gewollt und nicht zu beanstanden. Ich betone das an dieser Stelle, weil das Verfassungsgericht die Mehrausgaben von 2 Milliarden Euro kritisiert hat.

Die Tatsache, dass wir trotz großzügiger zusätzlicher Finanzzuweisungen vom Bund und von der EU bisher höhere Kredite aufgenommen haben als die Westländer, deutet allerdings darauf hin, dass wir auch in solchen Bereichen Ausgaben leisten, die es so bei den Westländern nicht gibt. Wo liegen diese Zusatzausgaben? Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt einigungsbedingt seit 1991 mehr Personal in der Verwaltung, bei der Polizei, bei der Forst, bei den Hochschulen und auch bei den Lehrern. Wer heute einen schnelleren Personalabbau anmahnt, darf nicht vergessen, dass die Weichen für den überhöhten Personalbestand 1991 von der damaligen CDU-F.D.P.-Regierung gestellt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, das wird von mir nicht kritisiert, aber man muss sich seiner eigenen Verantwortung an der heutigen Situation schon bewusst sein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Und was sagen Sie zu der Steuererleichterung, zur Steuerreform von 2001, Frau Keler? Was sagen Sie dazu? Was sagen Sie dazu? –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die war auch falsch.)

Herr Riemann! Herr Riemann, hören Sie mir doch mal zu!

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hatten wir drei Umgehungsstraßen. –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sechs Umgehungsstraßen!)

Ich habe letzte Woche nicht mitbekommen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dazu sagen Sie gar nichts!)

welche Unverschämtheit Sie mir zugerufen haben, als Sie gesagt haben, was dem Lebemann Recht ist, darf dem Ochs' noch lange nicht möglich sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jupiter! Jupiter! –
Wolfgang Riemann, CDU: Was dem Jupiter!
Was dem Jupiter! – Jörg Vierkant, CDU:
Golf spielen! – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der CDU)

Herr Riemann, ich vermute, dass Sie sich, seitdem Sie jetzt Golf spielen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

deshalb zu dem Jupiter oder zu den Lebemännern zählen. Aber bitte lassen Sie uns hier davon verschont.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, zurück zum Haushalt 2006/2007. Bisher hat die Landesregierung die Zahl der Landesbediensteten kontinuierlich zurückgeführt. Von Anfang 1998 bis Ende 2004 sind rund 8.200 Stellen abgebaut worden. Unser neues Personalkonzept weist ein auf das Jahr 2009 hochgerechnetes Programm aus, mit dem wir uns der Personalausstattung in den westlichen Flächenländern angleichen. Unsere Hochschullandschaft ist noch zu breit gefächert und damit für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern zu teuer. Wir arbeiten an der Restrukturierung der Hochschulen mit dem Ziel, sie zukunftsfähig zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, zuzumachen.)

Mit der Hochschulstrukturreform wollen wir zweierlei erreichen: Die Hochschulen sollen wettbewerbsfähig werden in der Konkurrenz der Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland und im nordeuropäischen Raum und sollen auf Dauer bezahlbar bleiben.

Die Verwaltungsstrukturen auf der Landes- und auf der Kommunalebene sind noch nicht hinreichend wirtschaftlich. Sie müssen schlanker werden. Das darf nicht mit ständiger Obstruktion verzögert werden. Die Landesverwaltung wird im nachgeordneten Bereich weitgehend verändert. Wir fassen viele Landesbehörden zusammen und werden nur noch wenige Landesoberbehörden haben. Die Einzelheiten sind bereits im Haushaltsplan sichtbar. Im Ergebnis werden wir die Zahl der Landesbehörden halbieren. Ein weiterer überproportionaler Kostenblock im Vergleich zu den westlichen Flächenländern findet sich in Landesleistungsgesetzen und Landesförderungen, die so und in diesem Umfang im Westen nicht bestehen. Dabei ist zu betonen, dass diese Mehrausgaben zu erheblichen Teilen Folgen politischer Prioritätensetzung sind. Ich denke nur an die Kindertagesförderung, die im Westen ihresgleichen sucht, aber auch an die Sport- und Kulturförderung.

Meine Damen und Herren, der Bevölkerungsrückgang ist nicht nur ein fiskalisches Problem, sondern eine gesamtpolitische Herausforderung sowohl für die Landes-

als auch für die Kommunalebene. Der Bevölkerungsrückgang erzwingt die Anpassung unserer öffentlichen Einrichtungen an künftig veränderte und in weiten Teilen geringere Bedarfe. Diese Tatsache eignet sich nicht für polemische Attacken. Sie erfordert vielmehr eine schonungslose Analyse der Auswirkungen auf die öffentliche Infrastruktur und deren zügige Anpassung an die rückläufigen Bedarfe.

Neben dem Bevölkerungsrückgang wirkt sich die Veränderung der Altersstruktur auf die Anforderungen an die öffentlichen Leistungen aus. Dabei geht es nicht nur um die soziale Infrastruktur, wie Altenheimen, Krankenhäuser, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, es geht auch um soziale Transferleistungen, deren Schwerpunkte sich laufend verschieben, zum Beispiel Pflegegeld, Sozialhilfe einerseits und Kindertagesförderung, Lehrpersonal andererseits. Dies alles führt zu Bedarfsverschiebungen auf finanzielle Art, die sozialverträglich bewältigt werden müssen.

In dieser Allgemeinheit sind die Erkenntnisse nicht neu. Unsere Haushaltsstrukturen entsprechen noch lange nicht denen der westlichen Flächenländer. Das muss uns niemand sagen, das wissen wir selbst. Strukturunterschiede habe ich hier immer wieder vorgetragen und auch begründet. Schon der Finanzplan 1996 bis 2000 hat die strukturellen Haushaltsunterschiede zwischen dem Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern und den Haushalten der westlichen Flächenländer sichtbar gemacht. Dort wurde erstmals der so genannte Modellhaushalt veröffentlicht. Vereinfacht gesagt ist dieser Modellhaushalt unser Zielbild auf lange Sicht. Spätestens mit den Steuereinbrüchen 2002/2003, die infolge der Basisabsenkung leider fortwirken, ist der Druck zur Verbesserung unserer Haushaltsstruktur stark gewachsen. Niemand wird sich ihm entziehen können.

Die Landesregierung hatte bereits mit dem zweiten Nachtrag 2003 ein finanzpolitisches Konzept entwickelt, mit dem die Wirkungen der massiven Steuerausfälle abgeschwächt und mittelfristig abgefangen werden. Ab den Haushalten 2004/2005 setzen wir das Konsolidierungskonzept bereits um.

(Wolfgang Riemann, CDU: Verfassungswidrig.)

2006 und 2007 fahren wir die Linie wie geplant fort. Die Nettokreditaufnahme geht von 583 Millionen im Jahr 2005 auf 375 Millionen in 2007 zurück. Das entspricht der 2003 selbst gesetzten Vorgabe. Der neue Finanzplan weist für 2009 eine Kreditaufnahme von 75 Millionen Euro aus. Ich bin sicher, dass dieses Ziel erreichbar ist, vorausgesetzt wir erleben nicht erneut Steuereinbrüche wie in den Jahren ab 2002.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist wohl wahr!)

Nicht nur die Krediteinnahmen, auch die Gesamteinnahmen entwickeln sich rückläufig. Die Absenkung der Krediteinnahmen kann nicht durch zusätzliche Einnahmen an anderer Stelle, zum Beispiel bei den Steuern, ausgeglichen werden. Der ausgewiesene erhebliche Steuerzuwachs von 190 Millionen Euro von 2005 nach 2006 ist verzerrt. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Er resultiert aus bereits veranschlagten Rückzahlungen in 2005 für 2004 und einer erwarteten Nachzahlung in 2006 für 2005. Für die nächsten beiden Jahre haben wir wieder eine gewisse Risikovorsorge in die Steueransätze eingebaut. Mit diesem Vorgehen haben wir gute Erfahrungen gemacht und wollen es so fortsetzen.

Meine Damen und Herren, die sinkenden Einnahmen finden ihre Entsprechung auf der Ausgabenseite. Die Personalausgaben bilden bekanntermaßen den größten Ausgabenblock. Seit 2002 gehen die Personalausgaben Jahr für Jahr zurück. Das gilt auch, wenn die Zahlen um die so genannte Nettostellung infolge von Ausgliederungen bereinigt werden. 2006 werden die Personalausgaben 80 Millionen Euro niedriger sein als 2002. Außerdem haben wir seit 2002 Tarifierhöhungen und Tarifniveaueinstellungen von kumuliert rund 120 Millionen Euro zu verkraften. Insgesamt ergibt sich eine Konsolidierungsleistung von rund 200 Millionen Euro. Das ist das Ergebnis einer konsequenten und beharrlichen Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zur Erinnerung: Es besteht ein weitgehender Einstellungsstopp.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber ein paar Ausschreibungen gibt es schon.)

Die natürliche Personalfuktuation wirkt unmittelbar Kosten reduzierend.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit Hilfe des internen Arbeitsmarktes ist der Druck auf externe Einstellungen gemildert. Mit der Personalausgabenbudgetierung haben die Ressorts die Verantwortung für die Einhaltung der Personalausgabenansätze übernehmen müssen. Für Beamte wurde das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld gestrichen beziehungsweise reduziert. Angestellte und Arbeiter haben Arbeitszeitverkürzungen und entsprechende Gehaltsreduzierungen hinnehmen müssen. Das Personalkonzept habe ich Ihnen im Frühjahr ausführlich erläutert. Damit werden über 10.000 Stellen in der Landesverwaltung sozial verträglich entfallen.

Inzwischen sind wir einen Schritt weiter. Das Kabinett hat jetzt im August umfassende Regeln und Verfahren für die Umsetzung der Personalstrukturreform beschlossen. Dazu gehören weitere Anreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Landesdienst, insbesondere durch eine erleichterte und von bisher sechs auf zehn Jahre aufgestockte Altersteilzeit sowie höhere Abfindungen. Wir werden die Neueinstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zukünftig auf sehr enge Nachwuchskorridore und einen Ersatz für Spezialisten beschränken. Personal, das in seinen bisherigen Aufgabenstellungen nicht mehr gebraucht wird, soll in andere Bereiche umgesetzt werden. Soweit erforderlich erhalten diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Zusatzqualifizierung. Die Dienststellen müssen sich zügig auf einen verminderten Regelpersonalbestand einstellen, ihre Verwaltungsabläufe optimieren und ihre Aufgaben im Ergebnis kostengünstiger erfüllen. Das ist unser Modell eines sozial verträglichen Personalabbaus. Dieses Vorgehen ist wohl überlegt und berücksichtigt insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Was meinen eigentlich die CDU-Abgeordneten, wenn sie im Verwaltungsreformausschuss einen schnelleren Personalabbau fordern?

(Rudolf Borchert, SPD: Tja. Tja. –
Heike Polzin, SPD: Ja. Ja.)

Wollen sie betriebsbedingte Kündigungen? Dann sollen sie das auch offen aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS –
Heike Polzin, SPD: Ja, ehrlich! –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Unsere Politik ist das nämlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir werden das Ziel, 10.000 Stellen weniger in der Landesverwaltung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, Sie schieben das Personal in die Kreise und in die Kommunen! – Volker Schlotmann, SPD:
Herr Riemann will alle rausschmeißen! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

ohne Hauruckmanöver erreichen. Kündigungen sind in diesem Personalkonzept nicht vorgesehen.

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, CDA, bekanntlich eine Organisation der CDU,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Der
gehöre ich auch an, Frau Keler! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

lehnt schon unser Personalkonzept ab, weil es unsozial sei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erläutern Sie
mal Ihren schlechten Haushalt!)

Anderen CDU-Vertretern dagegen kann der Personalabbau gar nicht scharf genug sein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Woran kann man sich bei der CDU orientieren?

(Harry Glawe, CDU: Haben Sie noch
nicht mitgekriegt, dass wir auch eine
Volkspartei sind? Dann haben Sie eine
Bildungslücke, Frau Ministerin!)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie denken, die Wähler merken es nicht, wenn Sie jedem nach dem Munde reden.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat die Finanzministerin.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie hat
zwar das Wort, aber nichts zu sagen.)

Sie ist bei der Einbringung. Ich bitte Sie, ihr die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

(Rudolf Borchert, SPD: Ist Herr Riemann
nicht auch bei der CDA oder wie? Merkt man
nichts von. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ministerin Sigrid Keler: Meine Damen und Herren von der CDU, Sie denken, die Wähler merken es nicht, wenn Sie jedem nach dem Munde reden. Ich denke, da täuschen Sie sich.

Unsere Anstrengungen im Personalbereich zeigen deutliche Erfolge.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo? –
Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Wer meint, wir seien noch zu zaghaft, muss konkret sagen, wie er zusätzlich Einsparungen erwirtschaften will.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na durch die Einsparung
von zwei Ministerien. – Reinhard Dankert, SPD:
Jetzt kommen die Ministerien wieder.)

Die Einsparung von zwei Ministerien allein bringt nicht die immer behaupteten 19 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Vincent Kokert, CDU: Einfach anfangen!)

Das wird nicht richtiger, auch wenn es noch so oft behauptet wird. Wer sich dabei auf ein Papier des Finanzministeriums bezieht, muss es schon richtig lesen und darf es nicht falsch zitieren.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

In dem Papier vom Februar 2004 wird ausgeführt, dass im Rahmen der Verwaltungsreform etwa 15 bis 20 Prozent der Stellen in den Ministerien insgesamt entfallen könnten.

(Vincent Kokert, CDU: Die haben
wir dann in den Kreisen.)

Diese 400 Stellen finden sich als Abbauziel im Personalkonzept wieder. Mit der Streichung von zwei Ministerien allein ist das nicht annähernd zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, solange wir neue Kredite aufnehmen, werden auch die Zinsausgaben steigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Zinsausgaben sind eine Dauerlast, die das übrige verfügbare Ausgabenvolumen beschneidet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schön,
dass Sie das schon bemerkt haben.)

Wer gestern auf Pump gelebt hat, muss heute und in Zukunft dafür zahlen. Das ist die traurige Wahrheit, mit der sich der Bund, alle Länder und die Kommunen konfrontiert sehen. Weil ich das weiß, bin ich froh, dass der Anstieg der Zinsausgaben gebremst worden ist. Das ist zum Teil der günstigen Kapitalmarktsituation geschuldet. Zu einem anderen Teil haben wir durch ein offensiveres Schuldenmanagement Zinsvorteile herausgeholt. Wir haben für rund ein Achtel unseres Schuldenstandes variable Zinskonditionen abgeschlossen. Das ist auf lange Sicht immer vorteilhaft, weil die variablen Zinsen in der Regel niedriger sind als die fest vereinbarten. Dieses Vorgehen birgt aber bei anziehenden Zinsen das Risiko steigender Zinsausgaben in sich. Die effektive Zinsbelastung durch unsere Schulden ist von 7,15 Prozent in 1995 auf 4,99 Prozent in 2004 gesunken. Ohne diese Verbesserung müssten wir in diesem Jahr – vorsichtig gerechnet – 150 Millionen Euro mehr für Zinsen ausgeben.

Neben den Personal- und den Zinsausgaben weisen auch andere Bereiche überhöhte Ausgaben aus. Dabei

denke ich insbesondere an die sächlichen Verwaltungsausgaben, die allerdings optisch überzeichnet sind. Ich will ein paar Bemerkungen dazu machen, weil sie regelmäßig das besondere Interesse der Herren Rehberg und Riemann wecken. Wie Sie wissen, haben wir mit dem Betrieb für Bau und Liegenschaften ein Vermieter-Mieter-Verhältnis auch für die Verwaltungsgebäude eingeführt, um die Kosten – nicht die Ausgaben – richtig erfassen zu können. Die Ressorts zahlen rund 42 Millionen Euro Nutzungsentgelte für ihre landeseigenen Bürogebäude an den BBL. Diese Mittel sind haushaltsneutral, denn sie werden vom BBL dem Haushalt wieder zugeführt. Aber sie machen zwölf Prozent der sächlichen Verwaltungsausgaben aus.

Auch die explodierenden Energiekosten schlagen sich hier nieder. Wir kennen das Problem alle als Privatpersonen. Das Ausmaß muss ich Ihnen nicht erläutern. In anderen Ländern sind die Energiekosten immer wieder eine besondere Kostenposition mit speziellem Erörterungsbedarf. Wir haben darüber bisher kein Wort verloren, sondern die Kostensteigerungen durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert und damit in den Gesamtzahlen weggedrückt. Aber auch das ist eine Konsolidierungsleistung. Sie wird allerdings von der CDU überhaupt nicht wahrgenommen.

Übrigens, darf man nicht steigende sächliche Verwaltungsausgaben kritisieren, wenn man selbst gerade versucht, sie hoch zu treiben.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Oh nein! –
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Wenn die Mehrwertsteuerpläne der CDU Wirklichkeit werden sollten,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

muss die Verwaltung als Endverbraucher allein bei diesem Bereich mit Mehrausgaben von 5 bis 6 Millionen Euro rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler, wie viel spart die Verwaltung durch die Entlastungen?
Das dürfen Sie nicht verschweigen, Frau Keler.
Genau, das dürfen Sie nicht verschweigen!)

Das sollten Sie auch nicht verschweigen, wenn Sie hier die Entwicklung der sächlichen Verwaltungsausgaben ansprechen.

Meine Damen und Herren, vielen ist auch nicht bekannt, dass die Auslagen in Rechtssachen als sächliche Verwaltungsausgaben gebucht werden. Allein diese Auslagen, darunter insbesondere die Betreuungskosten, machen einen Ausgabenblock von rund 61 Millionen Euro aus, also 17 Prozent der Ausgaben. Das muss man berücksichtigen, wenn man die Höhe dieser Position in Grund und Boden verdammt. Und dennoch: Die sächlichen Verwaltungsausgaben bedürfen kritischer Betrachtung. Ihre Höhe ist zu einem großen Teil eng verbunden mit dem Umfang des Personals. Mit dem Rückgang des Personalbestandes wird zugleich eine weitere Begrenzung der sächlichen Verwaltungsausgaben möglich sein.

Die Investitionsausgaben werden auf hohem Niveau fortgeführt. Pro Kopf Einwohner liegt Mecklenburg-Vorpommern im mittleren Bereich unter den neuen Bundes-

ländern. Wir investieren weiterhin das Dreifache dessen, was in den westlichen Flächenländern investiert wird. Damit sichern wir den Aufholprozess des Landes insbesondere im Infrastrukturbereich. Die Investitionen gehen zwar absolut zurück, aber nur in dem Maße, wie auch die Investitionseinnahmen, insbesondere die EU-Strukturfondsmittel zurückgehen. Nach einem geringfügigen Rückgang im nächsten Jahr erreichen die eigenfinanzierten Investitionen in 2007 wieder dasselbe Niveau wie in 2005. Das zeigt, dass die Konsolidierung nicht zu Lasten der Investitionen aus Landesmitteln geht, wie Sie von der Opposition gern behaupten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in unserem Haushaltsentwurf spiegeln sich die Politikschwerpunkte der Landesregierung wider.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?!)

Dies sind insbesondere die Investitionen in die Entwicklung der Wirtschaft, die Arbeitsmarktpolitik und die Priorität Bildung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Für die erfolglose Arbeitsmarktpolitik.)

Für die Wirtschaftsförderung werden 2006 insgesamt 344 Millionen Euro bereitgestellt.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja lächerlich!)

Damit werden in diesem Jahr verfügbare Mittel um 36 Millionen oder gut zehn Prozent überschritten. Es ist geplant, einmalig 30 Millionen Euro vom EAGFL in den EFRE umzuschichten. Die Arbeitsmarktförderung bewegt sich 2006 real in etwa auf dem jetzigen Niveau. Die nominale Erhöhung in 2006 ist die Folge der erstmals veranschlagten ESF-Zuweisungen vom Bund. Bisher war dafür nur ein Leertitel im Haushalt. In 2007 gehen die Arbeitsmarktmittel insbesondere wegen der geringeren ESF-Einnahmen in der neuen EU-Förderperiode zurück. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen für die beiden Folgejahre sind mit 51 Millionen beziehungsweise mit 47 Millionen Euro berücksichtigt. Damit können wir das politische Versprechen, einen Ausbildungsplatz für jeden ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen, erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Innerhalb des Politikschwerpunktes Bildung wird der Hochschulkorridor, wie vereinbart, mit einer Steigerung von 1,5 Prozent weiter ausfinanziert. Dies ist angesichts absehbarer Tarifierungen ein sehr hoher Zuwachs. Wir werden deshalb einen Teil der Mittel für spätere Steigerungen der Personalausgaben zurücklegen. Damit erreichen wir, dass die Hochschulen ihre Mehrbelastungen bei den Personalausgaben abfedern können, wenn diese für die Ost-West-Angleichung voraussichtlich 2008 und 2010 anfallen.

Der Hochschulbaukorridor ist ohne Angriffe geblieben, obwohl die künftigen Strukturen und damit die Baubedarfe noch nicht klar sind. Wir haben jetzt nur die Projekte konkret veranschlagt, die auf jeden Fall zukunftssicher sind, zum Beispiel den weiteren Ausbau des Klinikums Greifswald, das Tierhaus an der Uniklinik Rostock und das Hauptgebäude der Universität Rostock. Für weitere Maßnahmen, deren Notwendigkeit erst im Laufe der nächsten Zeit erkannt wird, sind Finanzmittel zunächst pauschal veranschlagt.

Im allgemeinbildenden Schulbereich ist das längere gemeinsame Lernen abgesichert worden. Unter anderem werden dafür 2007 weitere 153 Lehrerstellen ausgewiesen. Die pauschalen Fördermittel für die Krankenhäuser, mit denen die vorhandenen Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände erhalten werden, werden ohne Abstriche mit 23 Millionen Euro weiterfinanziert. Die Einzelförderung geht zurück. Mit Neustrelitz wird noch ein neues Projekt begonnen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Die Krankenhausinfrastruktur ist damit weitgehend hergestellt. Es kann hier nur noch um Arrondierungen gehen. Für die Kindertagesstätten ist das gesetzlich vorgegebene Finanzvolumen veranschlagt und die Kita-Förderung um zwei Prozent dynamisiert – Volumen rund 90 Millionen Euro.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dadurch werden die Kindertagesplätze auch nicht billiger.)

Das Sozialministerium prüft gegenwärtig die Kita-Förderung bezogen auf die Fallzahlen, die Binnenverteilung der Mittel sowie die Auswirkungen der geringeren Tarifsteigerungen. Vorsorglich sind im Haushalt jeweils 1 Million Euro für die beiden nächsten Jahre zusätzlich ausgebracht worden.

Bei der Polizei steht weiterhin die Umsetzung des Personalkonzepts im Vordergrund. Die Polizeiinvestitionen gehen etwas zurück, weil die Polizeifahrzeuge nicht mehr gekauft, sondern geleast werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Geleast werden.)

Wir beschaffen im gleichen Umfang Polizeiautos wie bisher. Die veränderte Beschaffungsform vermindert buchungs-technisch die Investitionen und erhöht die sächlichen Verwaltungsausgaben. Aber faktisch ändert sich nichts.

Die Ausgaben für Elektronische Datenverarbeitung und E-Government werden um 17 Prozent auf fast 60 Millionen Euro in 2007 gesteigert. Die Mittel sind weitgehend für laufende IT-Anwendungen gebunden. Aber es ist auch ein namhafter Betrag für die Umsetzung des E-Government-Masterplans und weitere E-Government-Projekte berücksichtigt.

Die Veranschlagung für Hartz IV ist so vorgenommen wie im Haushalt 2005. Die Hartz-IV-Auswirkungen werden zunehmend kontrovers diskutiert. Mein Eindruck ist, dass dabei die Karten nicht immer vollständig aufgedeckt werden. Wie sieht die aktuelle Zwischenbilanz nach acht Monaten aus? Die Ausgaben der Kommunen für die Kosten der Unterkunft fallen bisher um rund vier Prozent höher aus als geschätzt. Das hat im Wesentlichen zwei gegenläufige Ursachen: Zum einen ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften viel höher als vorausgesagt, zum anderen sind die Unterkunftskosten je Bedarfsgemeinschaft erheblich niedriger ausgefallen als in der Schätzung vermutet.

In Pressemeldungen der Kommunen und in Briefen an die Landesregierung wird meist diese höhere Belastung in den Vordergrund gestellt, dagegen bleiben die Entlastungen meist außer Acht. So resultiert die höhere Zahl der Bedarfsgemeinschaften unter anderem aus einem höheren Anteil von erwerbsfähigen Sozialhilfebeziehern, die ab 2005 Arbeitslosengeld II erhalten. Daraus ergeben sich aber höhere Einsparungen der Kommunen bei der Sozialhilfe sowie zusätzliche Einsparungen beim Verwaltungspersonal.

Insgesamt habe ich noch die Erwartung, dass die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr, wie vorhergesehen, entlastet werden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das wird nichts.)

Im Herbst wird mit der Revision die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft überprüft, die bisher bei 29,1 Prozent liegt. Dabei geht es auch um die Höhe der Einsparungen an Wohngeld, die die Länder vereinbarungsgemäß an ihre Kommunen weitergeben sollen. Die Landesregierung kommt dieser Verpflichtung in vollem Umfang nach.

Das ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass die zugesagten Entlastungen die Kommunen auch wirklich erreichen. Die für das Land geschätzten Einsparungen beim Wohngeld, die bisher im Haushalt 2005 mit rund 40 Millionen veranschlagt sind, fallen höher aus als bisher angenommen. Deshalb wurde der Ansatz für die Ausgleichsleistung des Landes an die Kommunen in dem Haushaltsentwurf um rund 14 beziehungsweise rund 15 Millionen aufgestockt. Für 2005 sollen die Einsparungen noch in diesem Jahr im Rahmen der Herbstrevision ausgezahlt werden. Dafür haben wir im neuen Haushaltsplan 2005 Vorsorge getroffen. Das Land wird also seiner Verantwortung voll gerecht. Wir bereichern uns nicht an den Kommunen, auch wenn das einige immer wieder behaupten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, durch die Steuereinbrüche sind alle Gebietskörperschaften seit 2002 vor schwierige Finanzprobleme gestellt. Anders als in anderen Ländern hat Mecklenburg-Vorpommern seine Kommunen von diesen Steuereinbrüchen weitgehend freigehalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das stimmt doch gar nicht.)

Dafür haben wir in den letzten vier Jahren einschließlich 2005 zusätzlich zu den Mitteln, die nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz fällig waren, rund 460 Millionen zugunsten der Kommunen bereitstellen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben Sie doch erst erfunden. Die haben Sie doch erst erfunden, um die Kommunen zu schröpfen.)

Ab 2006 wird der Finanzausgleich erstmals konsequent nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz bemessen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hätten Sie mal die Verbundquote so gelassen, wie sie ist!)

Es gibt also keine Überleistungsleistungen mehr. Allerdings werden in den nächsten beiden Jahren außerhalb des FAG jeweils über 5 Millionen Euro für Gemeindefusionen bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung kommt den Landkreisen und Gemeinden nach wie vor in besonderem

(Wolfgang Riemann, CDU: Teuer zu stehen!)

Maße entgegen. Das ist so, obwohl es von interessierter Seite gern anders gesehen wird. Unsere Zahlen an die Kommunen gerechnet pro Kopf Einwohner sind weiterhin die höchsten in der Bundesrepublik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihre ministeriellen Ausgaben aber auch. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aus der Veräußerung unserer Anteile an der Nord/LB werden wir 90 Millionen Erlösen. Davon sollen 30 Millionen einem neuen Zukunftsfonds zugefügt werden, der in fünf Jahrestanchen zu je 6 Millionen Euro für die wirtschaftsnahe Förderung, und zwar insbesondere in zukunftsweisende Technologiesektoren, für die Förderung von exzellenten Forschungsschwerpunkten an Hochschulen und für die Förderung kulturell bedeutsamer Projekte eingesetzt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist mir aber neu. Das finde ich aber lustig.)

Die verbleibenden 60 Millionen Euro sollen zur zusätzlichen Schuldentilgung verwandt werden. Dies ist nur konsequent, denn der Kauf der Anteile ist seinerseits auch mit Krediten finanziert worden.

Meine Damen und Herren, in meiner Rede zum neuen Haushaltsplanentwurf 2005 habe ich am letzten Donnerstag bereits erläutert, dass das Verfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern im Nachhinein einem Teilbetrag in Höhe von 166 Millionen Euro der tatsächlichen Kreditaufnahme für 2003 die Ermächtigungsgrundlage entzogen hat. Mit dem Haushaltsgesetzentwurf 2005 hat die Landesregierung beantragt, einen Teil der aufgenommenen Kredite, nämlich 55 Millionen Euro, behalten zu dürfen. Für die Differenz von 111 Millionen ist nun ein entsprechender Antrag im Haushaltsgesetzentwurf 2006/2007 enthalten.

Meine Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 haben wir die Haushaltsstruktur spürbar verbessert. Die laufenden Ausgaben gehen zurück. Die eigenfinanzierten Investitionen erreichen 2007 wieder das Niveau von 2005. Unser Haushalt 2006/2007 kann sich sehen lassen. Ich erwarte, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande erkennen, dass die von uns eingeleitete Entwicklung unbedingt fortgesetzt werden muss. Dazu gehört auch, dass weder das Steuerkonzept der Union noch das von Herrn Kirchhof verwirklicht werden darf. Kirchhof pur würde das Land rund 400 Millionen Euro kosten, das Konzept der Union 200 Millionen. So käme das Land nie auf einen grünen Zweig. Bei allem Gestaltungswillen muss man immer auch die öffentlichen Finanzen im Auge behalten. Dies und das Bemühen um Steuergerechtigkeit vermisste ich bei Herrn Kirchhof und der Union.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ach, Frau Keler! Dazu kann ich nachher noch was sagen.)

Den tiefen Einbruch der Jahre 2002 und 2003 haben wir überwunden

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und sind dabei, unsere Ausgabenseite energisch an die verfügbaren Einnahmen anzupassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wohin?!)

Die Erfolge stehen nicht nur auf dem Papier, sie dokumentieren sich in den tatsächlichen Kassenzahlen. Wir werden uns auf diesem Weg nicht beirren lassen. Damit werden wir unserer Verantwortung für eine langfristig

orientierte Finanzpolitik im Interesse kommender Generationen gerecht. Nur so können wir die Eigenständigkeit unseres Landes festigen und dafür sorgen, dass die Lebenschancen unserer Bürger auf Dauer gesichert werden.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, dies ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Dieser Regierung! – Heinz Müller, SPD: Wunschenken!)

Die Parlamentarier haben jetzt das Problem, sowohl den Haushalt 2005 als auch diesen Doppelhaushalt zu beraten. Ich wünsche mir konstruktive und faire Verhandlungen und bitte um ihre Überweisung in die Ausschüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 180 Minuten sowie acht Minuten für den fraktionslosen Abgeordneten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben soeben in umfangreicher Erläuterung die Einbringung dieses Doppelhaushalts 2006/2007 erlebt, wie üblich und nicht ohne Angriffe auf die Opposition.

(Heike Polzin, SPD: Und umgekehrt.)

Ich habe auch zur Kenntnis genommen, wir alle sind die Besten in der Bundesrepublik, wir sind überdurchschnittlich gut und von der roten Laterne keine Spur.

(Beifall Andreas Petters, CDU – Heike Polzin, SPD: Das ist schön, dass Sie das sagen, Herr von Storch. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, wir werden sehr sorgfältig die Erläuterungen der Ministerin auf die Haushaltswirklichkeit überprüfen. Aus unserer Sicht hat der Doppelhaushalt 2006/2007 im Wesentlichen folgende Merkmale:

Erstens. Die Haushaltsvolumina sinken in beiden Jahren. Hier besteht ein Zusammenhang mit den sinkenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes.

(Heike Polzin, SPD: Sehr richtig.)

Zweitens. Die Landesregierung, das ist nicht auf unserem eigenen geistigen Frühbeet gewachsen, veranschlagt Zuwächse in den Steuereinnahmen 2006 und 2007.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Wer hat denn die Rede geschrieben?)

Das ist risikobehaftet, wenn nicht realitätsfern, jedenfalls wenn die bisherige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik des Bundes fortgeführt würde.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Unter Hoheit der CDU. Nicht vergessen!)

Drittens. Wir begrüßen die stetige Verringerung der Personalkosten. Der Abbau von 10.500 Stellen in der Landesverwaltung bleibt deshalb im Gespräch, und zwar nur im Gespräch, denn ohne den tarifvertraglichen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen wären wir deutlich einen Schritt weiter.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD –

Heinz Müller, SPD: Wollen Sie die denn, die Szenerie?! Sagen Sie es doch! Sagen Sie doch, was Sie wollen! Sagen Sie es doch einfach!)

Das ist im Einzelfall zu prüfen, sehr wohl. Es gibt kein ...

(Heinz Müller, SPD: Also schließen Sie die nicht aus?)

Um das Ausschließen geht es hier nicht.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Hören Sie doch ausnahmsweise zu!

(Heinz Müller, SPD: Gerne.)

Der Hinweis auf die Verantwortung der CDU-F.D.P.-Regierung aus dem Jahre 1991 gehört nun allmählich in die politische Mottenkiste, denn das hören wir jedes Mal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und der Linkspartei.PDS – Zurufe von
Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Mir hat bei den Ausführungen der Finanzministerin nur noch, meine Kolleginnen und Kollegen, der Hinweis auf Helmut Kohl und seine Fehler gefehlt. Die fehlten noch.

(Zurufe aus der CDU: Genau, genau!)

Vielleicht beim nächsten Mal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Denn die Fehler der Vergangenheit müssen für das gehalten, was heute an Lücken in der Darlegung der Haushaltswirklichkeit offen bleibt.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie müssen noch Honecker bringen, das fehlt noch!)

Viertens. Die Zuweisungen an die Kommunen werden insgesamt gesehen abermals gekürzt und das bringt diese weiter in Not. Für uns ist diese Politik gegenüber den Kommunen nicht akzeptabel. Sie gefährdet die kommunale Selbstverwaltung und die Gemeindeinfrastruktur in zunehmendem Maße.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir meinen auch, dass die Tourismusförderung nach wie vor zu kurz kommt.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

Fünftens. Wir stellen fest, die Investitionsausgaben sinken weiter. Das setzt sich auch in der Mittelfristigen Finanzplanung fort, insbesondere im Bereich der Einzelpläne des Wirtschaftsministeriums, des Bildungsministeriums und des staatlichen Hochbaus, dagegen steigen sie im Einzelplan 10 des Sozialministeriums. Das nennt die Ministerin eine beharrliche Politik, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt, da ist sie beharrlich.)

Beabsichtigt ist dagegen eine Steigerung der Arbeitsmarktförderung im Jahre 2006 um 20 Millionen Euro, wie wir meinen, eine Förderung ohne erkennbare Nachhaltigkeit. Das hat die Auswertung der Großen Anfrage über Fördermaßnahmen im Jahre 2002 ergeben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ein erster summarischer Überblick dieses Doppelhaushaltsentwurfs lässt erkennen, dieser Haushalt dient nicht der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Er setzt noch nicht die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung unseres Landes und übersieht zwingende Prioritäten. Unbestreitbar ist der Sparwille der Landesregierung zu erkennen, aber es werden Spareffekte an falschen Stellen gesetzt. Ich denke, wir haben genügend Gelegenheit in den Ausschüssen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, dann machen Sie doch mal andere Vorschläge!
Hier sind wir in der Öffentlichkeit und in der Ersten Lesung, Herr von Storch!)

Noch sind wir bei der Einbringung!

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Siegfried Frieze, SPD)

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Frau Ministerin hat erneut gemeint, die Schwierigkeiten in der Haushaltsbewältigung für die Zukunft auch der beabsichtigten Erhöhung der Mehrwertsteuer anzulasten. Ich halte diese Betrachtung für einseitig und unangemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Falsch! Falsch!)

Wir werden uns in den Ausschusss Diskussionen über die Einzelpläne im Wesentlichen mit folgenden Schwerpunkten zu beschäftigen haben:

- Wir werden versuchen, die Landeszuwendungen an die Kommunen wieder zu verbessern. Von dem, was die Ministerin sagte, dass es hier zu einem Ausgleich der kommunalen Finanzschwäche kommen soll, kann eigentlich keine ernsthafte Rede sein.
- Wir sind der Auffassung, dass die Kürzung der Bildungsausgaben, insbesondere in der Mittelfristigen Finanzplanung, sich nicht mit den Ergebnissen der PISA-Studie verträgt. Wir müssen mehr in die Bildung investieren und nicht etwa weniger. Das Lehrpersonalkonzept muss neu überarbeitet werden. Es demotiviert die Lehrerschaft mit Stelleneinsparungen und Stundenkürzungen. Die rückläufige Schülerzahl kann nicht mehr Maßstab für den finanziellen Umfang der Bildungsförderung sein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Auch betriebsbedingte Kündigungen?!)

Beängstigend ist, das ist ja gerade der Irrtum, gerade beim Lehrpersonalkonzept, dass das Haushaltsbegleitgesetz in Artikel 7 konkret Zulassungsbeschränkungen für Lehrernachwuchs vorsieht. Hier werden aus den PISA-Ergebnissen nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sehr richtig. Genau.)

- Wir brauchen ferner eine neue Hochschulpolitik in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Vincent Kokert, CDU, und
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Forschung und Lehre kommen zu kurz, wenn der goldene Zügel des Finanzministeriums den finanziellen Rahmen bestimmt.

(Heike Polzin, SPD: Oh, oh, oh!)

Unser Ziel ist die Hochschulautonomie. Und deshalb treten wir ein für die Einführung von Globalhaushalten an allen Hochschulen unseres Landes, denen die Einwerbung von Drittmitteln ohne Anrechnung auf den Landeszuschuss und die Einführung von Studienbeiträgen erlaubt sein muss. Wir treten ein für die Übertragung der Personalangelegenheiten auf die jeweilige Hochschule. Nicht alles muss in Schwerin entschieden werden. Wir glauben auch, dass Strukturentscheidungen innerhalb der Hochschule gefällt werden sollen. Und wir sind der Meinung, dass die Hochschulen losgelöst von der BWL über ihre Liegenschaftsangelegenheiten und ihre Bauherrentätigkeiten jeweils selbst entscheiden sollen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

- Meine Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaft und Forschung sind das Fundament für die Entwicklung und Entstehung neuer Arbeitsfelder und Arbeitsplätze. Und deshalb kommt den Hochschulen eine besondere Rolle bei den Innovationen und der weiteren Entwicklung unseres Landes zu. Wir brauchen einen Umbau unserer Hochschullandschaft, keinen Abbau.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Erst die Verwirklichung der Hochschulautonomie schafft die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Hochschulen in unserem Land und führt zu nationaler und internationaler Konkurrenzfähigkeit.

(Heike Polzin, SPD: Oh, mein Gott!)

- Wir werden sorgfältig die Arbeitsmarktfördermaßnahmen auf Nachhaltigkeit prüfen. Mehr als bisher muss darauf geachtet werden, dass Unterstützungen in wirtschaftlich tragfähige Unternehmen fließen und diese nach Ablauf der Förderung auch autonom existieren können. Schnickschnackförderungen auch in kleinerem Umfang, wie wir sie bei unserer Großen Anfrage erlebt haben, sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Wir werden versuchen, darauf habe ich hingewiesen, Mittel für die Tourismusförderung zu erhöhen, und zwar durch Umschichtungen bei anderen Haushaltsmitteln.

(Rudolf Borchert, SPD, und
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:

Da bin ich ja gespannt. –

Heike Polzin, SPD: Ja, ich erst. –

Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Warten Sie es mal ab!

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das Haushaltsbegleitgesetz weist folgende Besonderheiten auf:

Artikel 2 regelt die Möglichkeit der Entnahmen aus landwirtschaftlichem Sondervermögen bis zu 4,5 Millio-

nen Euro. Eine abwägende Begründung für die Eingriffsmöglichkeit in die Substanz des Sondervermögens gibt es nicht.

Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes regelt den Vorgriff auf die künftige Organisationsstruktur der Landesverwaltung. Wenn sie denn so kommt, das ist bisher noch nicht entschieden.

(Heike Polzin, SPD: Also jeder für sich!)

Artikel 8 sieht den Zukunftsfonds Mecklenburg-Vorpommerns in Höhe von 30 Millionen Euro aus dem Nord/LB-Erlös insgesamt vor. Das sind durchschnittlich 6 Millionen Euro pro Jahr.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nee, das sind 6 Millionen pro Jahr!)

Inhalt und Zweck des Sondervermögens sind in Paragraph 2 geregelt. In der Begründung heißt es dazu am Ende, ich muss da leider zitieren: „Die Modalitäten für die inhaltliche Differenzierung, die Projektauswahl und das Vergabeverfahren einschließlich der Festlegung der Beteiligten soll den Koalitionsfraktionen vorbehalten bleiben.“ Diese Handhabung, meine Damen und Herren, ist für uns nicht akzeptabel!

(Michael Ankermann, CDU: Das ist
ja unglaublich! Das ist ja unglaublich! –

Dr. Armin Jäger, CDU: So weit sind wir
mittlerweile. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Paragraph 4 sieht die Verwaltung dieses Fonds durch das Finanzministerium vor. Wir sind der Meinung, dass die Mittelvergabe nicht nach finanzpolitischen Merkmalen erfolgen darf, sondern durch fachkompetente Institutionen.

Das sind wesentliche Ziele bei den Haushaltsberatungen unserer Landtagsfraktion. Wir werden unsere politischen Vorstellungen durch eine Vielzahl von Anträgen in den Fachausschüssen einbringen. Wir wollen damit erreichen, dass in dem eingebrachten Doppelhaushalt die richtigen Schwerpunkte für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesetzt werden.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Finanzministerin unseres Landes hat wiederholt und massiv das Steuerkonzept von Herrn Professor Kirchhof kritisiert.

(Heike Polzin, SPD: Zu Recht.)

Dies geschah bereits bei der Einbringung des neuen Haushalts 2005 ohne Not, denn dessen Einbringung beruht bekanntlich nicht auf den Konzepten von Professor Kirchhof, sondern auf der Verfassungswidrigkeit des Ursprungshaushalts.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Gestern hatte die Ministerin abermals die Gelegenheit genutzt, ihre Kritik zu erneuern und zu untermauern. Sie hat auch heute wieder Kritik an den Überlegungen von Professor Kirchhof aufgegriffen

(Angelika Peters, SPD: Das kann
man gar nicht oft genug machen.)

und ganz leichtfüßig gemeint: 400 Millionen weniger im Jahr würden bei der Verwirklichung der Vision von Professor Kirchhof herauskommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, was man von Ihren Zahlen halten kann, das wissen wir ja.)

Das sind undurchsichtige Berechnungen, die akzeptieren wir nicht.

(Heinz Müller, SPD: Machen Sie doch mal eine durchsichtige!)

Aber, meine Kolleginnen und Kollegen, es muss doch einen Grund geben für diese massiven Attacken gegen Professor Kirchhof und seine Vorstellungen von der Steuerreform in Deutschland.

(Heinz Müller, SPD: Allerdings!)

Wo sind denn eigentlich die Alternativen zu Kirchhof

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

für ein innovatives Steuersystem? Da hören wir nichts.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie haben noch nie zugehört!)

Niemand kann bestreiten, meine Kolleginnen und Kollegen, dass die Steuer auf die Einkommen dringend erneuerungsbedürftig ist, dass wir ein irreparables Steuersystem in Deutschland haben, das durch ein neues und gerechtes System ausgewechselt gehört.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Was heißt für Sie wohl gerecht?!)

Meine Kolleginnen und Kollegen, es ist doch ein Irrtum zu meinen, die Vorstellungen von Professor Kirchhof seien eine Weltneuheit. Solche Konzeptionen funktionieren anderswo längst.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Die hat er auch schon vor 30 Jahren vorgestellt.)

Es ist doch bezeichnend, Frau Kollegin Gramkow, dass in einer internationalen Bewertung der Rangfolge von nationalen Steuersystemen in ihrer Effizienz beispielsweise Hongkong auf den vorderen Plätzen rangiert und Deutschland von 104 ausgewählten Ländern nahezu am Ende zu finden ist, und zwar unmittelbar vor Ghana.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wenn uns das nicht ...

(Heinz Müller, SPD: Können Sie uns das hongkongische System mal ein bisschen erläutern?)

Das ist ganz einfach: Sie nehmen die Gesamtsumme der Einnahmen und multiplizieren sie mit dem Steuersatz. Das reicht, das ist weniger als ein halber Bierdeckel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das versteht auch Herr Müller. – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Die Gesamteinkünfte werden, und das ist richtig so, mit einem einheitlichen Steuersatz berücksichtigt. Es gibt auch schon erste EU-Beitrittsländer wie die Slowakei, die sich mit ähnlichen Gedanken tragen wie Professor Kirchhof.

Beruht, frage ich Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, die Kritik an Professor Kirchhof nicht auch darauf, dass die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung nicht aus der Sackgasse herausfindet, die sie sich selbst gewählt hat?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Professor Kirchhof hat in seinem Buch „Der sanfte Verlust der Freiheit“ – das ist ein Buch, das ich Ihnen sehr zu lesen empfehle – die Mängel des geltenden Steuersystems beschrieben und deren Korrektur in fünf aktuellen Verfassungsaufträgen dargelegt. Diese Mängel sind:

1. Einkünfte aus Auslandskapital werden verschwiegen.
2. Es fehlt eine rechtsformneutrale Besteuerung.
3. Wir haben eine zu hohe Familienbesteuerung.
4. Die Besteuerung der Zukunftsvorsorge in Deutschland ist verfassungswidrig.
5. Der Steuerpflichtige muss mindestens die Hälfte seiner Einkünfte behalten dürfen.

Darum ist Kirchhofs Ziel Steuergerechtigkeit und Verlässlichkeit des Systems. Die fehlende Verlässlichkeit unseres Steuersystems hat unsere Wirtschaft oft genug angemahnt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich frage mich ernsthaft, wer dafür zuständig ist.)

Meine Kolleginnen und Kollegen, eines muss ganz deutlich werden. Wir dürfen uns nicht um die Frage herumdrücken, ob entweder der Staatsbedarf oder die individuelle Belastbarkeit die Intensität der Steuer ausmachen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Beides, Herr von Storch, beides!)

Bei uns in Deutschland wird die Steuerdebatte vorwiegend ideologisch geführt. Ein Zusammenhang mit der Neiddiskussion unserer Tage ist nicht zu verkennen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

verbunden mit der häufig erhobenen Forderung nach Gleichheit in der Gesellschaft. Vielen ist nach wie vor Reichtum suspekt. Deshalb fordert die SPD ja auch eine Reichensteuer.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig. – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja auch vernünftig.)

Unsere Diskussion, die wir im Augenblick innerhalb der Gesellschaft führen, verstellt uns den Blick für die Gesamtverantwortung für unsere Gesellschaft.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und deshalb ist es gut, dass ein Mann wie Professor Kirchhof, dessen Fachkompetenz unbestritten ist und nur zu Wahlkampfszwecken diskreditiert wird, eine Vision für unser künftiges Steuersystem entwickelt. Visionen, meine Kolleginnen und Kollegen, daran muss man heute erinnern, sind nun einmal in der Politik notwendig, denn ohne sie versinkt Politik in Populismus und Pragmatik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Die massiven Angriffe auf Kirchhof machen aber auch deutlich, dass weder bisher noch in Zukunft von Rot-Grün eine überzeugende Alternative erwartet werden kann.

(Reinhard Dankert, SPD: Deshalb haben Sie Kirchhof, weil Sie keine Visionen hatten.)

Rot-Grün von morgen, das hat die Diskussion am Sonntag ergeben, ist Rot-Grün von gestern.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und das ist keine Zukunft für uns in Deutschland.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und auch die Fernsehdiskussion zwischen Herrn Professor Kirchhof

(Reinhard Dankert, SPD: Kommen Sie mal zurück zur Sache, Herr Kollege! – Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Dankert, das hätten Sie bei Frau Keler auch gelegentlich rufen müssen!)

und Herrn Eichel – ich schätze den Finanzminister durchaus noch aus seiner Zeit, als er Oberbürgermeister in Kassel war –

(Heinz Müller, SPD: Da war er auch gut.)

hat deutlich gemacht, dass Kirchhof unbeirrbar seine Argumentationen geführt hat. Ich empfehle jedem, sich noch einmal mit dem Buch von Kirchhof auseinander zu setzen, um sich eine eigene Meinung zu bilden, und zwar frei von ideologischen Scheuklappen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Abgesehen davon halte ich persönlich die Auseinandersetzung mit Kirchhof für unfair und allein als Wahlkampfgetöse, denn sie ist in der Sache unangemessen. Aber wie sagte schon Willy Brandt bei Wahlkämpfen: Wenn es eng wird, wird geholt!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jo!)

Und dieser Umgang mit Professor Kirchhof ist reine Holzerei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Die CDU hat den Fairplaypokal. – Egbert Liskow, CDU: Genau. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich hoffe sehr, meine Kolleginnen und Kollegen, dass es nach dem 18. November möglich sein wird, weil es unumgänglich ist, über die Erneuerung unseres Steuersystems sachlich zu diskutieren. Dazu sind wir bereit. Der Überweisung des Doppelhaushalts an die Ausschüsse stimmen wir zu. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr von Storch.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 28. Juni hat die Landesregierung den Entwurf des Doppelhaushalts 2006/2007 beschlossen. Heute starten wir nun als Abgeordnete mit der Ersten Lesung unsere parlamentarischen Haushaltsberatungen. Ich hoffe, dass alles planmäßig verläuft, denn dann können wir am 14. Dezember in Zweiter Lesung diesen Haushalt für 2006 und 2007 beschließen. Es sind die letzten Haushaltsberatungen in dieser Legislaturperiode und insofern stellen wir damit wichtige Weichen für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl. Wichtig sind aber auch Weichenstellungen für die mittelfristige und langfristige finanzpolitische Entwicklung unseres Landes für die Zeit danach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf setzen SPD und PDS

konsequent und kontinuierlich ihren bisherigen finanzpolitischen Kurs fort. Auch weiterhin gilt es, die Balance zwischen notwendiger Konsolidierung des Landeshaushalts auf der einen Seite und den zielgerichteten Investitionen in die Zukunftspotenziale unseres Landes auf der anderen Seite zu sichern. Insofern gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren. Die Konsolidierung des Haushalts, das wissen wir alle, ist zwingend notwendig. Die Einnahmen und Ausgaben müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Wir müssen uns auf sinkende Einnahmen einstellen. Die Zahlen sind bekannt. Bis zum Jahr 2020 sind es etwa 1,5 Milliarden Euro weniger, die uns zur Verfügung stehen werden. Entsprechend müssen wir natürlich auch die Ausgabenseite anpassen. Angesichts einer Gesamtverschuldung von fast 12 Milliarden Euro im Jahre 2007 und einer jährlichen Zinsbelastung von voraussichtlich 538 Millionen Euro müssen wir zwingend an dem Ziel festhalten, im Jahr 2010 die Nettokreditaufnahme auf null zu reduzieren, wenn es die Rahmenbedingungen zulassen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um für unser Land langfristig die Handlungsfähigkeit und damit die Eigenständigkeit zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum größten Einsparpotenzial gehören sicherlich die Personalausgaben. Wie das gehen soll, und zwar sozialverträglich, zeigt die Landesregierung mit ihrem Personalkonzept 2004. Die Personalausgaben werden schon jetzt, also 2006, auf 1.623 Millionen Euro und 2007 auf 1.557 Millionen Euro abgesenkt. Diese Personalausgabenreduzierung kann nur einhergehen mit Stellenplanreduzierungen und da sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Ich möchte an dieser Stelle eine Quotenaussage extra noch einmal für die CDU-Fraktion treffen, für Herrn Riemann, der sich auch in seiner Pressemitteilung ausführlich mit dem Thema befasst hat. In 2003 betrug die Personalausgabenquote, also das Verhältnis Personalausgaben zu den bereinigten Gesamtausgaben, noch 27 Prozent, die auf 23,2 beziehungsweise 23,1 in 2006 und 2007 abgesenkt wird. Natürlich ist die Stellenausstattung in der Landesverwaltung nach wie vor auch mit 24,3 Stellen pro 1.000 Einwohner nicht zufrieden stellend, das haben wir auch nie behauptet. Vergleichbare westliche Flächenländer haben, wie wir wissen, im Durchschnitt etwa 19,5 Stellen pro 1.000 Einwohner. Mit der Umsetzung des Personalkonzepts der Landesregierung haben wir uns ein klares Ziel gestellt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Personal wird ausgegliedert und das ist dann die wundersame Personalreduzierung.)

und zwar in einem realistischen Zeitfenster über 10.000 Stellen abzubauen,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

davon 8.835 bis 2009, als Zwischenschritt bis Ende 2006 wie geplant die Reduzierung auf 36.500 Stellen und danach in den Jahren 2010 bis 2015 noch weitere 1.176 Stellen.

Nicht unwesentlich in dem Zusammenhang ist natürlich die Tatsache, dass wir Einwohnerverluste zu verzeichnen haben werden, heute in der „Schweriner Volkszeitung“ noch einmal nachzulesen. Das ist leider auch immer verbunden mit geringeren Finanzzuweisungen, im Durchschnitt 2.300 Euro pro Einwohner, die wir verlieren. Insofern müssen wir auf diesen Bevölkerungsrückgang natürlich reagieren, indem wir die Infrastrukturen anpassen,

insbesondere die Verwaltungsstruktur. Das sind Gründe, die ganz klar dafür sprechen, die öffentliche Verwaltung zu modernisieren, zu deregulieren, die Funktionalreform umzusetzen und auch die Neuordnung der Landkreise vorzunehmen sowie schließlich – und das ist Bestandteil des Gesamtkonzepts – das Personalkonzept in dem geplanten Zeitfenster umzusetzen.

Meine Damen und Herren, Sie alle haben sich sicher auch in den Fachausschüssen schon mit dem Personalkonzept 2004 befasst, so dass ich davon ausgehen kann, dass Sie sich bereits umfangreich informiert haben. Wenn wir uns allerdings im Wahlkampf befinden, und das ist ja der Fall, sollte man sachliche Auseinandersetzungen gerade in Bezug auf den Landeshaushalt nicht außen vor lassen. Dies gilt insbesondere für Herrn Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, hier.)

Herr Riemann behauptet, das Personalkonzept 2004 wäre kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Dieses ist nun sehr verwunderlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ausgliedern und vertuschen, Herr Borchert!
Ausgliedern und vertuschen!)

Vielleicht stört ihn lediglich, dass es nicht aus der Feder der CDU stammt. Da liegt anscheinend der Hase im Pfeffer. Ansonsten habe ich keine Erklärung dafür, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihr
bereinigt eure Zahlen immer selber.)

dass Sie so mit Halbwahrheiten umgehen.

An nur einem Beispiel will ich klar machen, wie durch unverständliches Zitieren ein falscher Eindruck erweckt wird, und zwar bezogen auf die genannte Pressemitteilung Herrn Riemanns, in der er unter anderem, ich zitiere, sagt: „jedoch wird lediglich erwähnt, dass Aufgabenkritik durchgeführt werden muss.“ Dies ist natürlich sehr verkürzt, denn, ich zitiere aus dem Personalkonzept, unter anderem steht dort: „In diesem Zusammenhang ist die Aufgabenkritik als Mittel zum Erreichen der Ziele – insbesondere der Reduzierung des Stellenbedarfs – anzusehen, und nicht als Voraussetzung dafür.“ Also klarer geht es dann wirklich nicht, Herr Riemann. Es ist bedauerlich, dass Sie diese Passage nicht insgesamt zur Kenntnis genommen haben oder möglicherweise vielleicht auch gar nicht gelesen haben, denn Sie mussten sich mit sehr großem Zeitaufwand, das wissen wir, mit der Großen Anfrage bezüglich der Förderpolitik auseinander setzen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Ja, da werden
wir noch drauf zurückkommen, Herr Borchert,
auf die Wirksamkeit Ihrer Arbeitsmarktpolitik!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion unterstützt die Landesregierung ganz klar in ihrem Willen, Stellenreduzierungen sozialverträglich zu gestalten und betriebsbedingte Kündigungen dabei zu vermeiden. Das ist eine klare Position. Bei der CDU ist das nicht ganz so klar. Aber ich habe deutlich den Eindruck, und dem wurde auch nicht widersprochen, dass die CDU hier auf Tempo drücken will, dass sie hier ganz klar auch betriebsbedingte Kündigungen in Erwägung zieht. Personeller Kahlschlag ist hier möglicherweise die Ansage.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schwerpunkte
will die CDU und keinen Rasenmäher!)

Ich möchte darauf verweisen, dass auch die CDU Tarifverträge einzuhalten hat.

(Egbert Liskow, CDU: Den
habt Ihr doch abgeschlossen!)

Bis 2010 ist es aufgrund des Tarifvertrages nun einmal so, dass Kündigungen nicht möglich sind.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber wir wissen – auch bundespolitisch –, wie sehr die CDU gerade an dieser Schraube Kündigungsschutz dreht und ihn abbauen will.

(Egbert Liskow, CDU: Wir wollen Arbeit
schaffen! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dieses ist natürlich dann eine Politik, die sich insbesondere gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtet.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Welche Rolle die CDA spielt innerhalb der CDU, ist damit, glaube ich, auch schon klar illustriert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ziel, 2010 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu haben, ist natürlich nur möglich durch die kontinuierliche Absenkung der Kreditaufnahme. 2006 werden wir reduzieren auf 400 Millionen und 2007 auf 375 Millionen Euro. Weitere Schritte sind 225 Millionen, 75 Millionen Euro, bis 2010 auf null. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass wir im Gegensatz zu vielen anderen Ländern aktuell, ich gucke jetzt nicht nach hinten, ich gucke nach vorne, mit der Regelkreditobergrenze in den Jahren 2006 beziehungsweise 2007 keine Probleme haben, dass wir darüber liegen – entsprechender Spielraum bei 603 beziehungsweise 641 Millionen Euro – und insofern einen verfassungskonformen Haushaltsplanentwurf vorliegen haben. So selbstverständlich ist das nicht. Es gibt zurzeit nur wenige Bundesländer in der Bundesrepublik, die einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können.

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir gesehen!)

Insofern ist das auch ein Ergebnis einer klugen, vorausschauenden und soliden Haushalts- und Finanzpolitik unserer Finanzministerin Sigrid Keler, unserer Regierung und der Koalitionsfraktionen SPD und PDS.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sagte es bereits, wir sichern die Handlungsfähigkeit unseres Landes allerdings nicht nur, indem wir konsolidieren, sondern auch, indem wir investieren. Dazu werden die Investitionsausgaben insgesamt mit 1,3 beziehungsweise 1,2 Milliarden Euro weiterhin auf hohem Niveau gehalten, denn wir müssen die wirtschaftliche Basis, die Infrastruktur und die Voraussetzungen in Bildung, Forschung und Entwicklung schaffen, um nach 2019 – ich meine, spätestens 2019 – auf eigenen Beinen zu stehen. Dazu ist es notwendig, die knappen finanziellen Mittel auf die Politikfelder zu konzentrieren, die langfristig für unser Land den höchsten Mehrwert für die Entwicklung des ganzen Landes sichern. Wir haben also gerade jetzt im Haushalt 2006 und 2007 eine riesige Verantwortung, wofür wir schließlich die geplanten 7.013 Millionen in 2006 beziehungsweise 6.848 Millionen Euro einsetzen.

Wir müssen uns selbstverständlich die Frage stellen: Welche Schwerpunkte sind für uns maßgebend bei den

vorliegenden Haushalten 2006 und 2007? Ich möchte an dieser Stelle aus Sicht der SPD-Fraktion einige Schwerpunkte noch einmal kurz benennen:

Erstens. Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die Wirtschaftsförderung wird um insgesamt 344 Millionen Euro im Jahr 2006 und mit 257 Millionen Euro 2007 auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Absenkung 2007 ergibt sich aus der rückläufigen Werftenhilfe und den geringeren EFRE-Zuweisungen.

Zweitens. Der Straßenbau und der ÖPNV werden 2006 mit insgesamt 425 beziehungsweise 2007 mit 413 Millionen Euro finanziert. Dies ist nicht nur wichtig für die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur – damit meine ich insbesondere die Fortsetzung laufender Straßenbauprojekte –, sondern natürlich auch in der Bauwirtschaft für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Drittens. Die Arbeitsmarktförderung wird auf bisherigem hohem Niveau fortgesetzt mit 132 beziehungsweise 110 Millionen Euro. Der Rückgang in 2007 ergibt sich aus den vermutlich geringeren ESF-Einnahmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in unserem Land gibt es dazu grundsätzlich – grundsätzlich, betone ich – keine Alternative.

Viertens. Ein weiterer Bereich ist die Bildung. Hier gibt es immer große Übereinstimmungen zwischen den Parteien, wenn es darum geht, mehr Geld für Bildung zu fordern. Aber wir machen es konkret, es ist realistisch und es ist untersetzt. Mit der neunten Schulgesetzänderung, die wir im Parlament vor wenigen Wochen verabschiedet haben, werden wir im Schuljahr 2006/2007 bekanntlich das Konzept des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen. In dem Zusammenhang entsteht ein Stellenmehrbedarf von 156 Stellen, der entsprechend im Stellenplan berücksichtigt wird. Hervorheben möchte ich auch die Bereitstellung von rund 130.000 Euro in den Jahren 2006 und 2007 für KMK-Projekte zur Verbesserung der Bildungsqualität durch Evaluation und gezielte Forschung. Ich möchte im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Lernen besonders darauf verweisen, dass die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern im laufenden Haushaltsjahr zusätzlich mit 200.000 Euro zu den bereits vorhandenen 428.000 Euro verstärkt wird. Insofern haben wir auch in diesem Punkt alle Voraussetzungen, um die notwendige Qualität beim gemeinsamen Lernen letztendlich abzusichern.

Zum Bereich Hochschulen nur so viel: Wir setzen mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 den Weg der Garantie der mehrjährigen Planungssicherheit fort. Der Hochschulkorridor wird, wie vereinbart, jährlich mit einem Prozent Steigerung weiter ausfinanziert. Insgesamt wird der Zuschuss der Hochschulen mit 267 beziehungsweise 271 Millionen Euro weiterhin auf hohem Niveau gehalten. Gleichzeitig wird die anteilig leistungsbezogene Zuweisung erhöht. Das Modell der formelgebundenen Mittelzuweisung wurde 2002 gemeinsam mit den Hochschulen erarbeitet und wird seitdem fortlaufend weiterentwickelt. Ab 2006 werden danach vier Prozent des Gesamtbudgets für die Hochschulen nach Leistungskriterien für Lehre und Forschung vergeben. Für die Jahre 2006 und 2007 bedeutet das eine erhöhte formelgebundene Zuweisung für die Hochschulen um 2,8 beziehungsweise 2,9 Millionen Euro.

Fünftens. Für den weiteren Ausbau der Ganztagschulangebote ist es wichtig, dass das Landesprogramm

für Jugend- und Schulsozialarbeit fortgesetzt wird. Es wird sicherlich notwendig sein in der Zukunft, dass wir an den Schulen, die entsprechend der Schulentwicklungsplanung Planungssicherheit haben, auch einen Schulsozialarbeiter vorhalten. Dazu werden in der neuen EU-Förderperiode 2007 bis 2013 Vorkehrungen getroffen von über 50 Millionen Euro, das heißt, wie bisher auch mindestens 7,3 Millionen Euro pro Jahr, um dieses Programm entsprechend fortzusetzen und auszufinanzieren. Anderslautende Pressemitteilungen, Leserbriefe mit dem Inhalt, dass möglicherweise dieses Programm nicht fortgesetzt wird, entsprechen nicht den Tatsachen. Man kann denjenigen zugute halten, dass sie den Haushalt so direkt nicht lesen konnten, denn es gibt hier noch andere, neue Austellungen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Sechstens. Kindertagesstätten

Wir wollen auch hier weiterhin die Ausstattung der vor schulischen Bildung und Erziehung weiter verstärken. Das erfordert, dass nicht nur die zwei Prozent pro Jahr erhöht werden. Das ist klar, das haben wir im Gesetz fixiert. Im Übrigen werden wir 2007 erstmals die 90 Millionen Euro Zuschuss durch das Land überschreiten. Seit 1998 – ich habe es mir noch einmal angesehen, also seit knapp zehn Jahren – werden durch das Land damit über 23 Millionen Euro an Steigerungen in die Kindertagesstätten gegeben. Falls, und das kommt noch dazu, die ansteigenden Fallzahlen der betreuten Kinder es erfordern – die Finanzministerin hat es bereits gesagt –, werden wir 1 Million Euro pro Jahr zusätzlich bereitstellen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Die ist leider nicht ausreichend, Herr Borchert.)

Ich hoffe, dass sie ausreichend ist, aber da müssen wir abwarten, was dann die Zahlen belegen, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Einverstanden. – Heiterkeit bei

Volker Schlotmann, SPD: Das ist ja nett.)

Siebtens. Die Kommunalfinanzen möchte ich hier nur kurz ansprechen, nicht, weil es nicht wichtig wäre, sondern weil ich davon ausgehe, dass sie möglicherweise hier in der Debatte an anderer Stelle eine Rolle spielen. Wir haben heute auch noch das FAG.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Der kommunale Finanzausgleich erfolgt erstmals konsequent nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz, das heißt, die Verbundquote von 25,37 Prozent wird auf Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen angewandt. Die Gesamtauszahlung beträgt dann 1.129 Millionen. Unser Land liegt damit mit an der Spitze der Länder, wenn es darum geht, die Finanzausstattung pro Einwohner zu bewerten, bei den neuen Ländern zumindest auf Platz 2, und zwar deswegen, weil die aktuellen Angaben von Thüringen noch nicht vorliegen für 2006.

Herr von Storch hat es angesprochen, insofern bin ich ihm dankbar für diese Vorlage, das Thema Zukunftsfonds. Ich halte den Zukunftsfonds, so, wie er angelegt ist, für ein gutes Beispiel für den von mir eingangs angesprochenen Grundsatz „Enger Zusammenhang zwischen Konsolidieren und Investieren“. Denn wenn wir von den Erlösen der Nord/LB – 90 Millionen Euro – 60 Millionen Euro notwendigerweise in die Konsolidierung geben, ist es genauso wichtig, dass wir auch Geld in die Hand nehmen, um zu

investieren, in dem Falle 30 Millionen Euro, und dann in den Jahresscheiben 6 Millionen Euro jeweils einsetzen für die genannten Schwerpunkte im Bereich exzellenter Forschungsschwerpunkte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Zukunftsfonds sinkt, Herr Borchert, der betrug mal 10 Millionen!)

im Bereich von Innovativtechnologien, aber sicherlich auch noch in anderen Bereichen, die wir zu diskutieren und zu entscheiden haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Zukunft für dieses Land sieht irgendwie kleiner aus.)

Und da bin ich beim eigentlichen Problem, Herr von Storch. Aber eigentlich ist es kein Problem, eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich werden wir die Ausgestaltung des Zukunftsfonds im Detail in den Fachausschüssen, insbesondere im Finanzausschuss, beraten und letztendlich wird der Landtag entscheiden. So war es immer, so wird es auch zukünftig sein. Insofern können wir sehr gelassen mit diesem Thema umgehen, denn es ist ein sehr positives Thema, Herr von Storch. Wann haben wir mal Gelegenheit, gemeinsam über die Verwendung von 30 Millionen Euro sinnvoll für die Zukunft des Landes miteinander zu diskutieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich noch sehr gut erinnern, und die meisten in diesem Raum hier sicherlich auch, an die Situation 2003, als wir dramatische Steuereinnahmeverluste von einer halben Milliarde Euro hatten. In kürzester Zeit waren sie auszugleichen. Zusätzlich hatten wir dann noch das Problem, dass zum Jahresende haushaltsrelevante wichtige Entscheidungen im Bundesrat anstanden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Steuerrechtsänderungen, unter Rot-Grün selbst zugezogenes Leid!)

Ich als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion würde natürlich sagen, die jetzige Ausgangssituation ist etwas entspannter. Trotzdem gibt es natürlich weiterhin noch erheblichen Klärungs- und Änderungsbedarf, das will ich hier nicht verschweigen, den wir im Detail in den Fachausschüssen beraten müssen. Schließlich, das ist ein guter Brauch und es liegt in der Natur der Dinge, verlässt kein Haushalt den Landtag in Zweiter Lesung so, wie er heute in Erster Lesung eingebracht wird.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Es liegt jetzt an uns, an den Fraktionen, den Abgeordneten, das Etatrecht verantwortlich wahrzunehmen, das heißt, nicht nur mehr Geld zu fordern, sondern natürlich auch seriöse Deckungsvorschläge zu unterbreiten. Wir werden uns als SPD-Fraktion natürlich daran beteiligen. Heute, was die konkreten Handlungsbedarfe zum jetzigen Zeitpunkt betrifft, aus Sicht der SPD-Fraktion nur drei Punkte, die ich kurz ansprechen möchte:

Erstens. Wir werden natürlich sehr intensiv den Einzelplan 10 zu diskutieren haben. Gerade im Zusammenhang mit Kürzungen im Sozialetat muss darüber diskutiert werden, muss darüber beraten werden, wie weit diese vorgeschlagenen Kürzungen in diesem Umfang durch Umschichtungen vermieden werden können.

Zweitens. Das CIVITAS-Programm muss unbedingt fortgesetzt werden. Wir können es uns nicht leisten bei

der Thematik Rechtsextremismus und der Frage „Wie gehen wir damit um?“, hier Mittelkürzungen vorzunehmen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das CIVITAS-Programm ist eine ganz wichtige Voraussetzung im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz. Und auch wenn der Bund sich zurzeit vielleicht aus verständlichen Gründen noch nicht festgelegt hat, was die Weiterfinanzierung betrifft, sind wir als Land hier ganz klar gefordert. Ich zum Beispiel möchte nicht, dass wir in eine Situation kommen, wie wir sie in Sachsen haben, wo jahrelang gerade diese Thematik, wie ich finde, vernachlässigt wurde. Dieses darf uns bei diesem Thema auf gar keinen Fall passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Drittens möchte ich einen Punkt ansprechen, bei dem es vermutlich – zumindest befürchte ich das – noch um etwas mehr Geld geht als beim CIVITAS-Programm. Es geht um die Absicherung der Lehrerversorgung an den Berufsschulen. Aufgrund der aktuellen Schülerzahlprognosen gibt es dort Mehrbedarfe. Die müssen noch genau quantifiziert und dementsprechend natürlich finanziell untersetzt werden. Ich glaube, hier sind wir alle gefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

damit wir in diesem wichtigen Bildungsbereich entsprechend gut aufgestellt sind.

Dabei möchte ich es schon bewenden lassen, obwohl ich mir sicher bin, dass die Fachpolitiker noch diverse andere Vorschläge machen und auch Wünsche äußern werden. In diesen Chor reiht sich inzwischen auch schon der Landesvorsitzende der CDU Herr Jürgen Seidel ein. Auch er fordert mehr Geld, mehr Geld für Tourismus, wenn es geht, gleich weit über 1 Million, und natürlich auch mehr Geld für Bildung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der setzt wenigstens Schwerpunkte.)

Das ist auch nachzulesen in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 27. August. Ich zitiere Herrn Seidel: „Wir müssen Geld finden, um wichtige Bereiche des Landes finanziell besser auszustatten, zum Beispiel die Bildung.“ Die „Schweriner Volkszeitung“, in dem Falle Herr Koslik, stellte eine gute Frage an Herrn Seidel: „Die Landeskasse ist leer, wo soll mehr Geld für die Bildung herkommen?“ Herr Seidel antwortet: „Das Land gibt für Gutachten und Broschüren allein an die 60 Millionen Euro aus. ... Das Land leistet sich ein teures Moorschutzprogramm. Das ist kritisch zu hinterfragen.“ – Ach so!

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ach so, wieder gegen den Naturschutz!)

Zum Moorschutzprogramm komme ich noch, aber erst einmal zu den Gutachten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Und eine teure Landesregierung, die uns nicht lieb ist!)

Kommen wir zu den Gutachten. An der Stelle ist es immer ein Problem. Wir haben alle einmal irgendwann regiert, hier insbesondere die CDU. Und wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

denn auch Herr Seidel hat zu seinen Zeiten als Wirtschaftsminister externen Sachverstand in Form von Gutachten reichlich genutzt.

(Beifall Bodo Krumbholz, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Hat aber
nicht geholfen! – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Das möchte ich an der Stelle jetzt nicht bewerten. Aber zum Beispiel wurde von Herrn Seidel damals an sieben Experten ein Auftrag zur Untersuchung von Unternehmen hinsichtlich wettbewerbllicher Stärken und Schwächen – Kostenpunkt: lockere 850.000 Euro –

(Wolfgang Riemann, CDU: Mark! Mark!)

vergeben.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Hört! Hört!)

Ich könnte diverse andere Beispiele anführen. Als Landrat beauftragt er Professor Dombert mit der Bewertung der Verwaltungsreform.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Mehr Beispiele haben Sie aber nicht.)

Also insofern wollen wir mal die Kirche im Dorf lassen

(Volker Schlotmann, SPD: Und
Herrn Seidel vor Ort! – Heiterkeit bei
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

und das Thema entsprechend versachlichen.

Aber noch einmal ernsthaft zu diesen 60 Millionen für Sachverständige und Broschüren, weil es immer wieder gebracht wird. Hier muss man schon noch mal die ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau. Sogar der
Haushalt 2005 musste doppelt geprüft werden!)

Herr Riemann, in dem Falle wissen Sie wirklich die Sache besser zu bewerten als Herr Seidel. Von daher weiß ich, dass Sie dem zustimmen werden, wenn ich jetzt noch einmal die Gruppierungsnummer 526 nenne bei den Ausgaben für Sachverständige, denn da geht es um die Zweckbestimmungen. Ich nenne nur ein Beispiel, um deutlich zu machen, was es bedeutet, wenn man so locker mit 60 Millionen durch die Gegend läuft. Allein 17,1 Millionen Euro im Haushalt 2006/2007 pro Jahr sind im Justizministerium, Einzelplan 09, für Sachverständigenkosten gebunden entsprechend Bundesgesetzgebung nach dem Justiz- und Entschädigungsgesetz, also eine klare gesetzliche Pflichtaufgabe. Das ist nur ein Beispiel, man könnte diverse andere anfügen.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja,
das unterschlagen Sie gerne.)

Das Heranziehen von Sachverständigen und Gutachtern zu fachspezifischen Fragen halte ich für ein völlig normales Verwaltungshandeln. Zusätzlich hoch spezialisiertes Fachpersonal für zeitlich befristet anfallende Aufgaben vorzuhalten widerspricht den Geboten wie dem der sparsamen Haushaltsführung

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

und dient nicht dem geplanten Stellenabbau einer Landesverwaltung, den letztendlich auch die CDU massiv vorantreiben will.

Richtig ist, und das bietet sich in den Haushaltsberatungen geradezu an, Einzelfälle kritisch zu hinterfragen, aber einen pauschalen Vorwurf können wir nicht gelten lassen. Vor allem der pauschale Vorschlag, locker einmal 60 Millionen Euro von Gutachten in die Bildung zu schieben, ist – entschuldigen Sie bitte – finanzpolitischer Nonsens.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Geisterfahrer.)

Nun zum Moorschutzprograoamm: Das Moorschutzprogramm möglicherweise abzuschaffen ist schon ein harter Tobak. Da Umweltpolitik bisher heute noch keine Rolle spielte, nutze ich die Gelegenheit, dieses Thema anzusprechen. Meine Damen und Herren, diese Absicht ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Vorschläge der CDU meist rückwärts gewandt sind und die Zeichen der Zeit nicht erkannt wurden.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Das im Übrigen bundesweit einmalige Moorschutzprogramm in Mecklenburg-Vorpommern steht wie kaum ein anderes für das Prinzip Nachhaltigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und der Linkspartei.PDS)

Das Moorschutzprogramm ist ein Konzept zum Schutz von Natur, Klima, Boden und der Gewässer. Darüber hinaus bietet das Programm landwirtschaftlichen Unternehmen auf der Basis der Freiwilligkeit die Möglichkeit des Ausstiegs aus wirtschaftlich unrentablen Niedermoorflächen. Wenn Herr Seidel diese Möglichkeit abschaffen will, muss er das den betroffenen Landwirten auch in aller Deutlichkeit sagen und er muss seinen Kollegen Martin Brick, den ich noch sehr gut als vehementen Verfechter des Moorschutzes in Mecklenburg-Vorpommern in Erinnerung habe, davon überzeugen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und der Linkspartei.PDS –
Minister Dr. Till Backhaus: Das mit
der großen Koalition, das waren
wir, das war nicht Herr Brick.)

Noch widersprüchlicher wird die Haltung von Herrn Seidel, wenn ich Moorschutz und Tourismus in Zusammenhang bringe. Vielfalt, Eigenheit und Schönheit der Landschaft gelten als Voraussetzung für Erholung und Tourismus. Zweifelsfrei haben die circa 292.000 Hektar Moore in Mecklenburg-Vorpommern einen wesentlichen Anteil an dieser Vielfalt.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und
Dr. Martina Bunge, Die Linkspartei.PDS)

Der Landkreis Müritz zum Beispiel hat 19.000 Hektar Moorfläche, das entspricht 11,1 Prozent der Fläche im Landkreis Müritz. Wir wissen alle, wie schön der Landkreis Müritz ist, vielleicht auch wegen seiner Moore und seiner interessanten Tier- und Pflanzenwelt. Wenn das alles in Frage gestellt werden soll, muss Herr Landrat Seidel dies den Menschen der Tourismuswirtschaft auch so sagen. Sagen muss er es aber auch seinem Kollegen Landrat Frieder Jelen, denn wir haben vor kurzem ein, wie ich finde, außerordentlich interessantes und unterstützenswürdiges Projekt eines Nationalparks Peenetal mit der Kernzone Peenetal/Peenehaffmoor bekommen. Unter der Verantwortung von Herrn Seidel und der CDU wird wohl Herr Jelen dieses leider vergessen können.

Geradezu fahrlässig in dem Zusammenhang ist natürlich auch der Aspekt der Klimarelevanz bei Mooren.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sauerstoff, Luft zum Atmen. Um
Sauerstoff geht es, um Luft zum Atmen.)

CO₂ – eindeutig Klimakiller Nummer 1 – wird in den wachsenden Mooren gebunden. Dieses Moorschutzprogramm, und damit möchte ich an dieser Stelle erst einmal schließen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nur
damit der Pegel gehalten werden kann,
Herr Borchert! Wissen Sie das auch? –
Zuruf von Karin Strenz, CDU)

leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Angesichts der aktuellen Bilder aus dem Süden der USA ist mir, wie gesagt, auch aus Gründen des Klimaschutzes völlig schleierhaft, wie man solche Vorschläge unterbreiten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich habe es nun einmal gerne mit Zahlen. Ich will die ganze Angelegenheit ein bisschen versachlichen: Moorschutzprogramm – 5 Millionen Euro im Landeshaushalt,

(Minister Dr. Till Backhaus: Und
das kommt den Menschen zugute. –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Den Landwirten.)

davon 1,3 Millionen Euro Landesmittel, das andere sind EU-Mittel, um auch einmal die Größenordnungen klar zu machen, womit man meint, hier möglicherweise Deckungsvorschläge zu finden für Bildung. Das war kein finanzpolitischer Geniestreich, Herr Seidel!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns allen konstruktive Beratungen in den Fachausschüssen zum Doppelhaushalt 2006/2007. Ich beantrage hiermit die Überweisung in die Fachausschüsse. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Borchert.

Es hat jetzt das Wort die Vorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik und über die will ich auch reden. Es ist die Politik von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern, die mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 heute auf dem Tisch liegt, und diese Politik kann sich sehen lassen! Natürlich sind wir nicht rundum zufrieden, wir können und wir dürfen dieses nicht sein und wir dürfen auch die Fakten zur Situation in unserem Land nicht ignorieren.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber
unterschiedlich interpretieren.)

Wir haben eine zu hohe Arbeitslosigkeit und wir haben noch ein zu geringes Wirtschaftswachstum. Wir haben zu

geringe Einkommen der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine zunehmende Armut, vor allen Dingen auch bei Kindern, und die soziale Unsicherheit wächst. Diese Fakten zu benennen, meine Damen und Herren, ist nicht, das Land schlechtreden. Wir haben sie zur Kenntnis zu nehmen und wir haben daraus entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Das ist unsere Aufgabe und das ist unser Ansatz von Politik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Die bundesweiten Rahmenbedingungen – wir haben dazu aus dem finanzpolitischen Bereich heute viel gehört – bestimmen die Situation in Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich. Ob der Doppelhaushalt 2006/2007 wirklich Bestand haben wird, wird auch von der Politik einer neuen Bundesregierung abhängen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Ich habe ernsthafte Zweifel, egal bei welcher neuen Bundesregierung, dass sich die Situation der Bürgerinnen und Bürger und die Entwicklungschancen unseres Landes wirklich verbessern sollten.

(Egbert Liskow, CDU: Dann machen
Sie bei der CDU ein Kreuz!)

Bei Hartz IV bleibt alles beim Alten und ich sage klar: Auch von 345 Euro kann man nicht leben.

(Beifall Dr. Martina Bunge, Die Linkspartei.PDS)

Die Kommunen bleiben auf den zusätzlichen Kosten der Unterkunft sitzen. Ob das Unsinn ist, können wir gemeinsam beraten. Mit Hartz IV werden keine Arbeitsplätze geschaffen, dagegen wachsen Armut und Zukunftsängste. 1-Euro-Jobs treten an die Stelle von aktiver Arbeitsmarktpolitik, Lohnkürzungen, Senkung der Lohnnebenkosten über Mehrwertsteuererhöhung, Verlängerung der Arbeitszeiten, Angriffe auf den Kündigungsschutz. Meine Damen und Herren, all das wird keine zusätzlichen Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern schaffen!

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau!)

Steuern runter! Abgaben runter! Vermögen schonen kostet den Staat – auch Mecklenburg-Vorpommern und seinen Kommunen – weitere Einnahmen und beraubt uns so wichtiger hoheitlicher Funktionen. Wir müssten reagieren mit Sozialabbau. Es entstehen Probleme in der inneren und äußeren Sicherheit oder auch Probleme mit der Chancengleichheit in der Bildung. Das sind doch Realitäten!

(Harry Glawe, CDU:
Nur Schulden! 11 Milliarden!)

Ich bin froh, dass es nun auch in der öffentlichen Debatte wieder eine Alternative gibt, und zwar in Ost wie in West.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Mit der PDS! – Zurufe von
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS,
und Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Halten Sie mal
den Ball schön flach, Herr Walther! –
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS:
Herr Riemann!)

Und wie Sie als große etablierte Parteien sich die größte Mühe geben,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die vorgeschlagenen sozialen und demokratischen Alternativen der Linkspartei.PDS zu verunglimpfen, haben wir eben gehört.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das sagt ja Ihr Haushalt schon. In der Praxis sind Sie ja richtig stark beim Streichen. Öffentlich erklären und dann tun Sie immer das Gegenteil.)

Aber, Herr Glawe, öffentlich geförderte Beschäftigung schafft Arbeitsplätze!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm bringt doch Nachfrage und Wachstum.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Lesen Sie doch Ihren Haushalt!)

Wenn wir die Kosten, die wir ausgeben für das Arbeitslosengeld II, die Kosten für den 1-Euro-Job

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die Kosten der Unterkunft zusammenlegen, sind wir bei 1.000 Euro.

(Harry Glawe, CDU: Jaja. – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Wer würde für 1.000 Euro nicht gerne arbeiten gehen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Richtig! – Harry Glawe, CDU: Das ist ja eine komische Rechnung!)

Lassen Sie uns doch dann diese Verhältnisse umwandeln in versicherungspflichtige Arbeit!

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, Sie sind so weit von der Wirklichkeit entfernt. – Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Gut, dass wir Sie haben! – Heinz Müller, SPD: Ja.)

Ach, Herr Riemann! Bildung für alle – Sie haben sie mal genossen – mit längerem gemeinsamen Lernen und lebenslangem Lernen, Herr Riemann, ...

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Das waren noch Zeiten! – Minister Dr. Till Backhaus: Das hat aber nichts geholfen bei Herrn Riemann! Das hat nichts geholfen! – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Riemann!

(Minister Dr. Till Backhaus: Er hat immer den Trecker umgeschmissen!)

Frau Gramkow, ich entziehe Ihnen einen Moment das Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eine Mitteilung zu machen: Die Atmosphäre in dieser Debatte

wird zunehmend unaushaltbar. Herr Backhaus, von der Regierungsbank keine Zwischenrufe! Ich werde, wenn hier die Würde des Hauses weiter so verletzt wird, mit Ordnungsrufen beziehungsweise Ausschlüssen, die sich daraus ableiten, agieren. So geht es nicht!

Frau Gramkow, Sie haben das Wort.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Lieber Wolfgang Riemann, Bildung für alle mit längerem gemeinsamen Lernen und lebenslanges Lernen sind ein gutes Startkapital. Man kann es sogar an Ihnen sehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt es nicht! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das gibt einen Ordnungsruf.)

Ein Neuansatz für strukturschwache Regionen in Ost und West zum Beispiel über eine konsequente Regionalisierung in der Förderung wäre machbar. Ein einfaches, gerechtes und soziales Steuersystem, das mehr Geld in die öffentlichen Kassen bringt, dabei geringe Einkommen entlastet, aber hohe Einkommen und Vermögen belastet, so ein Steuerkonzept wäre ein mutiger Schritt. Ich sehe ihn bei Ihnen allerdings überhaupt nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und, Herr von Storch, ich habe die Bücher schon vor Jahren gelesen. Ich habe einmal meine Studenten danach unterrichtet.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

250 Euro Kindergeld, meine Damen und Herren, wäre das nicht besser als ein Kinderfreibetrag für die Kinder und die Familien in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern könnte sich deshalb wahrlich bessere Rahmenbedingungen für die Politik unseres Landes vorstellen. Aber wir müssen natürlich die Rahmenbedingungen so nehmen, wie sie sind. Wir haben mit ihnen umzugehen und die Handlungs- und Gestaltungsspielräume sind eng. Wir werden deshalb an Bewährtem festhalten, uns neuen Wegen aber nicht verschließen und uns Wichtiges für unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Land leisten, auch wenn es zurzeit nicht opportun ist. Die Politik in Mecklenburg-Vorpommern für 2006 und 2007 wird deshalb durch Kontinuität und Innovation die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger sichern helfen.

Lassen Sie mich zu einigen wichtigen Punkten Stellung nehmen:

Erstens. Wir wollen die Bedingungen für Arbeit verbessern. Dazu wird eine Allianz von konzentrierter Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum, innovativer Arbeitsmarktpolitik und konsequenter Umweltausrichtung zu entwickeln sein. Die Neuausrichtung der europäischen Strukturfonds ab dem Jahr 2007 auf Vorschlag der Landerregierung zeigt dies bereits deutlich. Wir sichern dabei eine hohe Investitionsförderung. Sie wird konsequent an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit den Förderschwerpunkten in der gewerblichen Wirtschaft, der wirtschaftsnahen Infrastruktur und dem

Straßenbau sowie in der Technologieförderung sind wir auf dem richtigen Weg. Wir müssen allerdings weiterhin innovative Beteiligungen für Unternehmen sichern. Eines größeren Schrittes bedarf es noch bei der Unterstützung von wichtigen Wachstumsfeldern in Mecklenburg-Vorpommern, wie zum Beispiel die Möglichkeiten der Gesundheitswirtschaft.

Ich bedauere namens meiner Fraktion sehr, dass sich die Landesregierung nicht dazu durchgerungen hat, zumindest einen bescheidenen Teil der Wirtschaftszuschüsse in Förderdarlehen umzuwandeln. Eine kreative Fondslösung aus beidem wäre ein Angebot für die wirtschaftliche Entwicklung auch von kleinen mittelständischen Unternehmen im Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Diese Frage sollte nach unserem Dafürhalten auch vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen, zum Beispiel mit dem Mikrodarlehensprogramm aus dem Hause Holter, noch einmal intensiv diskutiert werden. Was ist denn Schlechtes daran, wenn wir europäische Mittel in nationale Mittel umwandeln können, welche wir im Land behalten, wenn die europäischen Mittel nach der Fondsperiode 2013 nicht mehr zur Verfügung stehen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ernte ist eingefahren, die Bäuerinnen und Bauern haben Hervorragendes geleistet trotz schlechter Witterung. Sie haben damit bewiesen, dass Sie den Fördermaßnahmen des Landes entsprechen und dass diese notwendig sind. Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums können sich wirklich sehen lassen. Die Förderung von nachwachsenden Rohstoffen und der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft sind neue Standbeine für Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern, die sich vielleicht zukünftig Energiewirte nennen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Allerdings sind wir dafür verantwortlich, Herr Landwirtschaftsminister, neben der europäischen Komponente für die Planungs- und Investitionssicherheit auch zwischen den Fondsperioden für die Landwirte etwas zu tun, notfalls mit Vorfinanzierung.

Kontinuität, meine Damen und Herren, in der Arbeitsmarktpolitik ist für unser Land elementar, und das nicht nur, weil von bundespolitischer Arbeitsmarktpolitik doch eigentlich gar nicht mehr die Rede ist. Es ist deshalb ein Erfolg, dass weiterhin mindestens 30 Prozent der Mittel der neuen EU-Förderperiode für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern gebunden werden können. Das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm bleibt ein Erfolgsmodell und die Regionalisierung in diesem Bereich ist europaweit anerkannt. Die unternehmensnahe Arbeitsmarktförderung hat Vorrang und dabei sind trotzdem solche Initiativen wie zum Beispiel die Eingliederung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerlässlich. Das Programm „50 Plus“ mit 500 Stellen in diesem Bereich ist bereits einen Tag nach der Verkündung de facto ausgebucht. Die Existenzgründeroffensive läuft und das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm beweist, dass es eine richtige Antwort für öffentlich geförderte Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es sorgt für über 600 existenzsichernde Arbeitsplätze, es schafft sozialversicherungspflichtige Arbeit in den Kommunen, es erkennt gesellschaftlich notwendige Arbeit an und diese wird auch noch tarifgerecht bezahlt. Was wollen wir eigentlich mehr?

(Beifall Dr. Martina Bunge, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Dank der Initiative der Landesregierung, können wir heute sagen, ist dieses Angebot von öffentlich geförderter Beschäftigung gesichert bis 2013.

(Harry Glawe, CDU: Oje! – Dr. Martina Bunge, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Ich habe einen Traum,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Na dann träumen Sie mal noch ein bisschen!)

aber nennen Sie es ruhig Visionen, man darf ja heute alles. Ich finde, jede Schule in unserem Land hat eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter verdient, um das Ganztagschulprogramm zusammen mit dem Kollegium der Lehrerinnen und Lehrer umzusetzen. Lassen Sie uns doch mal träumen!

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Eines der wichtigsten Standbeine und Standortvorteile in Mecklenburg-Vorpommern ist unsere Natur und ist die Umwelt, nicht nur für die Touristinnen und Touristen. Deshalb sind im Doppelhaushalt auch die Weichen für die Fortführung und den Ausbau der Maßnahmen in Klima- und Naturschutz gestellt. Obwohl weniger Mittel zur Verfügung stehen, werden durch einen konzentrierten Einsatz umweltpolitische Aufgaben nicht vernachlässigt.

Die Förderung von Kleinkläranlagen, sie ist wirklich ein Renner im ländlichen Raum, das Moorschutzprogramm, Sie haben es gehört, und die Entwicklung der Naturparks erhalten einen besonderen Stellenwert. Alternative Energiequellen gewinnen nicht nur angesichts dramatisch steigender Rohstoffpreise oder der Situation an unseren Zapfsäulen immer mehr an Bedeutung. Sie sind auch Bestandteil neu entstehender Energie- und Wirtschaftskreisläufe in der Region. Für den Ausbau solcher Wertschöpfungsketten öffnen sich zumindest mehr Chancen im Land, wenn die Nutzung alternativer Ressourcen vorangetrieben werden kann. Die bestehende Umwelt- und Landwirtschaftsallianz ist deshalb weiterzuentwickeln. Sie ist unabdingbar für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auf etwas verweisen, was wir nicht immer so in den Vordergrund stellen, was aber dennoch auch für Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung ist, nämlich die Situation der Zoos und Tiergärten. Auch in Mecklenburg-Vorpommern müssen wir die europäische Zoorichtlinie umsetzen. Die dazu erforderlichen Mittel sind im Haushalt wesentlich klarer auszuweisen als jetzt.

(Beifall Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Zweitens. Wir setzen den Vorrang für die Bildung in unserem Land durch. Für die Linkspartei.PDS hat Bildung

oberste Priorität. Wir haben schon seit einem Jahr die vorschulische Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten eingeführt und verstärkt. Vielerorts wurde uns bestätigt, dass die Kinder in diesem Jahr gut vorbereitet in die Schule gekommen sind. Unser Ziel ist es, die vorschulische Bildung und Erziehung auf die Altersklassen 3 und 4 auszudehnen.

(Torsten Renz, CDU: Da folgen Sie ja unserem Vorschlag!)

Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns gemeinsam auch über entsprechende finanzielle Möglichkeiten im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern nachdenken!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben die notwendige politische Bildung in unserem Land konzentriert. Wir haben auf Bildungsfreistellung und auf erfolgreiche Weiterbildung gesetzt. Und, meine Damen und Herren, wir haben das längere gemeinsame Lernen in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nächstes Jahr, Frau Gramkow!)

Es ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einem zukunftsfähigen, integrativen und chancengleichen Bildungswesen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Haushalt stellt die notwendigen Finanzmittel und Stellen zur Verfügung, die für die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens vorerst bis zur 6. Klasse notwendig sind.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Für uns ist klar: Der längere gemeinsame Unterricht wird zukünftig in Mecklenburg-Vorpommern einschließlich der Klasse 8 zu absolvieren sein!

(Torsten Renz, CDU: Nee, das kommt nicht, Frau Gramkow, das kommt nicht!)

Mit großen finanziellen Anstrengungen sichern wir eine wohnortnahe Schulstruktur im ländlichen Raum und wir stellen zusätzliche Mittel für den Förderunterricht bereit, der im kommenden Schuljahr noch ausgeweitet werden soll.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sechs Minuten pro Schüler! –
Wolfgang Riemann, CDU: Na! –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Lassen Sie uns in den Ausschüssen darüber diskutieren!

Wir treffen Vorsorge, dass jeder Jugendliche und jede Jugendliche ein Angebot für einen Ausbildungsplatz erhält. Ja, Herr Borchert, Sie haben Recht, die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen muss deshalb konsequent gesichert werden. Eine Entscheidung zur Berufsschulstruktur in Mecklenburg-Vorpommern steht sowieso auf der Tagesordnung.

(Rudolf Borchert, SPD: Steht auf der Tagesordnung, richtig!)

Die Hochschulen unseres Landes, meine Damen und Herren, haben eine sehr gute Entwicklung genommen und sie sind bei den Studierenden auch sehr beliebt. Trotzdem müssen sie sich einem Strukturwandel stellen. Für die Fraktion der Linkspartei.PDS ist es nach wie vor das Ziel,

(Wolfgang Riemann, CDU: Einen „verordneten“, das haben Sie vergessen!)

dass es zwischen dem Land, Herr Riemann, und den Hochschulen zu einem konsensualen Hochschulpakt kommt. Ich will hier aber auch deutlich sagen, dass es ein Weiter-so-wie-bisher nicht geben kann. Wir müssen notwendige Veränderungen vornehmen, um dem Bologna-Prozess und den internationalen Ansprüchen zu entsprechen. Die Finanzausstattung der Hochschulen ist über den Zeitraum des Doppelhaushaltes und die Mittelfristige Finanzplanung hinaus konstant. Auch das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Nee, eben!)

Es ist uns bewusst, dass es dennoch für die Universitäten und Hochschulen nicht einfach wird, die Aufgaben zu erfüllen.

(Harry Glawe, CDU: Es fehlen 30 Millionen, das wissen Sie ganz genau!)

Der schon heute, Herr Glawe, große Zulauf von Studentinnen und Studenten wird noch viel größer sein,

(Harry Glawe, CDU: Es fehlen 30 Millionen!)

wenn weitere CDU-geführte Bundesländer Studiengebühren einführen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es wird das ganze Gegenteil passieren, Frau Gramkow! Das Gegenteil wird passieren! – Zurufe von
Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Wir haben von Herrn von Storch gehört, auch die CDU in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Einführung von Studiengebühren ein. Die Linkspartei.PDS sagt klar: Studiengebühren für das Erststudium stehen außer Frage. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Chancengleichheit sollte hier keine leere Worthülse sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Jetzt behandeln Sie alle gleich. – Zuruf
von Wolfgang Riemann, CDU)

Deshalb sind die Investitionen in die Hochschulen auch konstant und wir sparen dafür bei anderen Verwaltungsbauten.

(Harry Glawe, CDU: Jaja, das glaubt ja sowieso keiner.)

Das Land wird einen erheblichen Eigenanteil an der Exzellenzinitiative des Bundes für die Innovation in Forschung und Entwicklung erbringen. Nach der Blockadehaltung der CDU, die nun endlich beendet ist, wollen wir versuchen, so viel Mittel wie möglich nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Drittens. Wir zeigen soziale Verantwortung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Ja.)

Die sozialen Pflichtaufgaben des Landes und der Kommunen steigen permanent. Wachsende Bedarfe und notwendige Haushaltskonsolidierung zwingen zu Schwerpunkten auch im Bereich des Sozialministeriums.

(Harry Glawe, CDU: Das ist total unglaublich.)

Diese sind die weitere Entwicklung der Kindertagesbetreuung, die nachhaltige Entwicklung der medizinischen Infrastruktur, der Erhalt und die Qualifizierung von Beratungsangeboten,

(Harry Glawe, CDU: Das bestreiten Sie doch gerade.)

die Ausdifferenzierung von Angeboten für die ältere Generation und für Menschen mit Behinderungen sowie ein qualifiziertes Kinder- und Jugendprogramm in Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wichtige Leistungen unseres Landes zur Verbesserung der sozialen Situation bleiben erhalten.

(Egbert Liskow, CDU: Und werden gekürzt.)

Das Landesblindengeld wird nicht angetastet. Gleiches gilt für das Landespflegewohngeld.

(Harry Glawe, CDU: Das läuft sowieso aus.)

Die Kindertagesstättenbetreuung im Land ist gesichert.

(Harry Glawe, CDU: Das läuft sowieso aus, Frau Gramkow, das wissen Sie ganz genau.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute über 4.000 Kinder mehr in Kindertagesstätten des Landes als noch vor Jahresfrist.

(Harry Glawe, CDU: Ja. –
Wolfgang Riemann, CDU:
Das hat die Linke gemacht.)

Eltern nehmen das Angebot der neuen Kindertagesstättenbetreuung inklusive der vorschulischen Bildung an.

(Harry Glawe, CDU: Ja, weniger pro Kopf.)

Wir werden dafür Sorge tragen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass die steigenden Kinderzahlen finanziell im Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ein Wort zur Investitionsförderung: Wir finden es sehr bemerkenswert, dass im Rahmen der Neuausrichtung des ELER-Programms aus dem Landwirtschaftsministerium ein Signal gesandt wurde, dass zukünftig für die Entwicklung des ländlichen Raums auch soziale Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel in Kindertagesstätten, möglich sein sollen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das ist Ausdruck einer Allianz zwischen Wirtschaft – hier Landwirtschaft – und sozialer Verantwortung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS)

Die soziale und berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten wird erstmals verstärkt so gefördert, wie Sie es im Haushalt finden. Die Ansätze in den Bereichen der sozialen Wohlfahrt und der Suchtprävention, wir haben es hier auch gehört, sind aus unserer Sicht, Herr Borchert, korrekturbedürftig.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

Darüber hinaus muss das Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir schon letztes Mal gesehen, auf demselben Streichweg.)

und im Landeshaushalt entsprechend untersetzt werden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Viertens. Wir wollen kulturelle Vielfalt ermöglichen und Sport fördern.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Viele Bereiche in Mecklenburg-Vorpommern mussten einen Konsolidierungsbeitrag leisten.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Gemessen daran ist es bemerkenswert, dass die Mittel für die Kulturförderung stabilisiert, ja teilweise erhöht wurden. Hinzu kommt noch die Berücksichtigung des Ehrenamtes als Eigenleistung in den neuen Förderrichtlinien des Landes. Das ist wirklich ein sehr gutes Angebot für die Weiterentwicklung der kulturpolitischen Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Gut ist auch, dass ab 2007 die EU-Strukturfördermittel für die Entwicklung und Förderung des Denkmalschutzes in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt werden können.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber die nachhaltige Förderung des Landes für den Breiten- und Leistungssport, die seit Jahren auf hohem Niveau und konstant ist, hat ja wohl Erfolge gezeigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir haben uns über die Jahre für das Sportförderungsgesetz eingesetzt. Es trägt heute seine Früchte und der Zuschuss ist konstant.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS –
Detlef Müller, SPD: Sehr richtig!)

Und das Ergebnis: Mecklenburg-Vorpommern hat eigentlich für Deutschland die Europameisterschaften der Leichtathleten gewonnen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Franka Dietsch aus Koserow. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS)

Ich denke, eigentlich wäre das ...

Also, Wolfgang, Koserow – klar!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS)

Eigentlich wäre das doch einen Leistungsbonus wert. Ich möchte im Namen aller an dieser Stelle den Medaillengewinnerinnen und Medaillengewinnern herzlich gratulieren. Sie tragen den Namen Mecklenburg-Vorpommern über die Landesgrenzen hinaus

(Wolfgang Riemann, CDU: Koserows Namen, ja! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und eine bessere Werbung kann es doch wahrlich nicht geben!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Sie wird Ehrenbürgerin!)

Fünftens. Wir wollen eine Partnerschaft mit den Kommunen gestalten. Darauf werde ich mich im Anschluss in der Debatte noch beziehen.

Sechstens. Es geht darum, in Mecklenburg-Vorpommern Demokratie und Toleranz zu leben. Der Kampf gegen rechtsextremistische Entwicklung bleibt eine wesentliche Querschnittsaufgabe auch für den Staat, ja eigentlich für unsere gesamte Gesellschaft, denn Rechts extremismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus gefährden die Grundlagen der Demokratie. Das Wirken der mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur, die Netzwerkstellen und Lobby eV sind an dieser Stelle wirklich hoch zu würdigen. Sie sind unverzichtbar. Die weitere Arbeit der genannten CIVITAS-Projekte, der Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz überhaupt brauchen finanzielle Förderung durch das Land, zumal nicht absehbar ist, inwieweit nach der Bundestagswahl das Bundesprogramm überhaupt fortgesetzt wird.

Nun bin ich nicht gerade eine Freundin der sächsischen Landesregierung, aber sie stellt 1,2 Millionen Euro für Projekte gegen Rechtsextremismus zur Verfügung.

(Rudolf Borchert, SPD: Jetzt, nachdem die SPD an der Regierung ist.)

Müssen erst Rechtsextremisten im Parlament sitzen, bevor wir alle aufwachen?

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Linkspartei.PDS hat die politischen Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2006/2007 aus ihrer Sicht bewertet. Sie trägt sie mit, auch wenn wir deutliche Veränderungen und den Abbau von Defiziten im Doppelhaushalt festgestellt haben. Ich will hier klar erklären: Wir müssen die Defizite im Doppelhaushalt ausgleichen und erst dann – erst dann – werden wir darüber nachdenken, einen neuen wünschenswerten Zukunftsfonds für Mecklenburg-Vorpommern aufzulegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat jetzt das Wort der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Dr. Harald Ringstorff. Bitte schön, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben von Herrn von Storch als Hauptredner der Opposition wohl mehr eine Pflichtrede gehört.

Herr von Storch, nur an einem Punkt, da standen Sie so mit allem, was Sie zur Verfügung haben, dahinter, und zwar als Sie das Steuerkonzept von Herrn Kirch

(Renate Holznagel, CDU: Kirchhof!)

verteidigt haben. Ich muss Ihnen sagen, dafür habe ich auch ein gewisses Verständnis, denn Sie ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben Angst, weil er kompetent ist und familienfreundlich. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Riemann, Sei bruken nich ümmer dortwischen raupen. Wi weiten doch, Sei sünd so klauk, Sei könen sogar Kattenschiet in'n Düstern rüken.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Gedanken doch zu Ende führen!

Herr von Storch, Sie standen wirklich engagiert hinter diesem Konzept von Herrn Kirchhof. Könnte es sein, dass Sie so engagiert für dieses Konzept gestritten haben, weil auch Ihr Portmonee – ich gehe davon aus, dass Sie über ein beträchtliches Einkommen verfügen – sehr stark davon profitieren wird?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Haushalte haben sich gegenüber 2003, als wir den letzten Doppelhaushalt aufgestellt haben, nicht verbessert. Das wissen alle, auch die Finanzministerin hat darauf hingewiesen. Unter diesen schwierigen Voraussetzungen einen soliden und zukunftsorientierten Haushaltsplan zu erstellen und außerdem weitere Schritte auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung zu machen ist keine beneidenswerte Aufgabe.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Umso mehr danke ich Ihnen, Frau Finanzministerin, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sparsamkeit und klare Schwerpunkte, dafür stand und steht diese Landesregierung. Solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik, das heißt für uns, die Finanzen sanieren und in die Zukunft des Landes investieren.

(Egbert Liskow, CDU: Wo denn?!)

Und das tun wir. Im Übrigen weiß das auch die CDU, sie gibt es nur nicht zu.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Reinhard Dankert, SPD: Das ist wohl wahr!)

Wir wollen ein Land, das seine Zukunft aus eigener Kraft gestalten kann. Unsere Ziele sind die deutliche Verringerung der Neuverschuldung und ein ausgeglichener Haushalt noch in diesem Jahrzehnt. Seit Jahren verfolgen wir deshalb einen strikten Sparkurs. Das ist nicht populär, aber notwendig, denn wir können uns nicht für alle Zeiten auf Zahlungen aus Brüssel verlassen. Einen dritten Solidarpakt wird es aller Voraussicht nach nicht geben. Der stete Geldtropf von außen ist kein Gewohnheitsrecht, obwohl es einigen vielleicht schon so vorkommt.

Und, Frau Gramkow, so Leid mir das tut, auch ein kritisches Wort zu Ihrer Rede sagen zu müssen,

(Rudolf Borchert, SPD: Nicht doch!)

Ihre angeblich alternativen Konzepte auf Bundesebene sind keine alternativen Konzepte.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wir können ja unterschiedlicher Auffassung sein, Herr Ringstorff.)

Sie vergessen, dass wir heute keine nationale Ökonomie mehr haben,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das steht da auch nicht drin. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

dass die Menschen im Gegensatz zu früher heute frei sind und ihren Wohnsitz wählen können, wo sie es wollen, und zwar auch außerhalb Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Es schränkt sie ja auch nicht ein.)

Nein, meine Damen und Herren, ich gehe auch davon aus, dass Sie das nicht einschränken wollen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Danke schön!)

Meine Damen und Herren, bis zum Auslaufen des Solidarpaktes 2019 müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Uns allen muss klar sein, dass die Zahlungen schon in den kommenden Jahren spürbar geringer ausfallen. Hinzu kommt, dass sich auf absehbare Zeit wenig an der angespannten Haushaltslage im Land ändern wird. Dazu stehen wir – wie der gesamte Osten – vor weiteren demografischen Veränderungen, die uns vor große Herausforderungen stellen. Es wird immer deutlicher, dass die alten Bundesländer zunehmend kritischer auf das schauen, was wir uns leisten. Der Verteilungskampf wird härter, nicht nur weil Wahlkampf ist. All das wird dazu führen, dass wir zukünftig mit weniger Geld auskommen müssen. Deshalb handeln wir jetzt! Wir sparen

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?!)

und setzen Schwerpunkte in den Bereichen, die unser Land zukunftsfähig machen. Wir setzen auf Investitionen, Innovationen und eine leistungsfähige Förderpolitik.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Schlagworte, Herr Ministerpräsident!)

Mit einer auch weiterhin hohen Investitionsquote fördern wir die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern. Die Investitionsleistungen des Landes sind mit 773 Euro je Einwohner trotz ihres allmählichen Absinkens noch ungefähr dreimal so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Diese Politik zahlt sich aus. Die Wirtschaftsstruktur im Land hat sich insgesamt deutlich verbessert. Das zeigt auch die Entwicklung in den Zukunftsbranchen wie der Biotechnologie, der Gesundheitswirtschaft, der IT-Branche oder der Energiewirtschaft. Entscheidend ist, dass wir eigene Wachstumspole entwickeln und eigene Stärken nutzen. Auch Beispiele wie die metallverarbeitende Industrie in Rostock, die Holzwirtschaft in Wismar oder die Konzentration der Ernährungswirtschaft im Landkreis Ludwigslust zeigen, wir kommen beim Aufbau einer starken mittelständischen Wirtschaft voran.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, obwohl die Arbeitslosigkeit immer noch zu hoch ist, tut sich auf dem Arbeitsmarkt etwas. Die Zahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern im Monat August ist im Vergleich zum Vormonat, aber auch im Vergleich zum Vorjahresmonat erheblich gesunken.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Verglichen mit dem August 2004 ist die Zahl in unserem Bundesland um 5,8 Prozent geringer, und das, obwohl durch die Umstellung der Statistik mehr Menschen einbezogen wurden, wir wissen, circa 95 Prozent der Sozialhilfeempfänger. Der Rückgang der Arbeitslosen gegenüber

dem Vorjahresmonat ist in Mecklenburg-Vorpommern verglichen mit allen anderen Bundesländern am größten. Das zeigt, unsere Politik und die Strukturreformen der Bundesregierung sind richtig. Sie müssen fortgesetzt werden!

Herr Riemann, nun komme ich zu Ihnen.

(Angelika Peters, SPD, und
Egbert Liskow, CDU: Er ist nicht da.)

Übrigens sind die Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern auch erheblich besser als 1998, meine Damen und Herren von der Opposition. Einen Rückgang von 17,5 Prozent zeigt der Vergleich der Unterbeschäftigung Juli 1998 zu Juli 2005. Und für August dürfte dieser Vergleich noch günstiger ausfallen. Ich erinnere an die vielen Wahlkampf-ABM, mit denen Sie damals unser Land überschwemmt haben, die nahmen im August weiter zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes setzen wir auf Bildung, Forschung und Innovation. Mit diesem Haushaltsentwurf wird der Hochschulkorridor mit einer Steigerung von 1,5 Prozent pro Jahr fortgeschrieben. Damit haben die Hochschulen in unserem Land weiterhin Planungssicherheit, auch wenn aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht alles, was von Hochschuleseite wünschenswert ist, auch finanzierbar ist. Dennoch gibt Mecklenburg-Vorpommern für seine Studierenden pro Kopf mehr aus als beispielsweise Bayern. Wir fördern zukunftsfähige Strukturen, aber wir fordern sie auch von Seiten der Hochschulen.

Meine Damen und Herren, ich sage das auch in Richtung der Hochschulen: Wer meint, in einem kleinen Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern kann man in allen Sportarten in der Ersten Bundesliga spielen, der wird bald nur noch in allen Bundessportarten in der Regionalliga spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das sind doch die Alternativen, um die es geht.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Dann müssen Sie die
Hochschulentwicklungspläne mal lesen! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine Damen und Herren, wir finanzieren den Zukunftsfonds weiter und wir haben ihn darüber hinaus mit zusätzlich 30 Millionen Euro aus dem Verkauf der Nord/LB-Anteile aufgestockt. Darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen. Damit setzen wir, denke ich, ein Zeichen für Fortschritt und Zukunftsfähigkeit und schaffen das moderne Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Zu den Schwerpunkten für die Zukunftsfähigkeit des Landes gehört auch eine leistungsfähige Förderpolitik. Die EU-Förderung spielt für Mecklenburg-Vorpommern eine große Rolle. Rund 2,7 Milliarden Euro werden wir in dem Zeitraum von 2000 bis 2006 aus Brüssel bekommen haben. Dieser Doppelhaushalt und die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 greifen ineinander. Wir gehen davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern mit großer Sicherheit auch weiterhin Ziel-1-Gebiet der EU sein wird. Dafür hat die Landesregierung von Anfang an hart gekämpft. Diese Chancen und Fördermöglichkeiten müssen wir nutzen, und zwar noch systematischer und konsequenter als bis-

her. Deshalb hat die Landesregierung im Zuge der Haushaltsaufstellung die Förderschwerpunkte neu und sehr viel stärker gebündelt. Zielorientierung und ressortübergreifendes Denken standen dabei im Vordergrund und dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen. Das zeigt auch, wie pragmatisch und langfristig die Landesregierung bei ihrer Haushaltsplanung vorgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Durch eine intelligente Kombination verschiedener Fondsmittel verbreitern wir das Spektrum der Verwendungsmöglichkeiten und gewinnen Synergien für die weitere Entwicklung unseres Landes.

Meine Damen und Herren, wir handeln jetzt, damit unser Land die Herausforderungen der kommenden Jahre bestehen kann. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern genauso um zukunftsfähige Strukturen, zum Beispiel für eine schnelle und schlanke Verwaltung. Durch die umfangreiche Modernisierung wird die Verwaltung unseres Landes effektiver und damit kostengünstiger und, was mindestens genauso wichtig ist, auch bürgernäher. Ich weise noch einmal darauf hin, die Verwaltungsmodernisierung ist ein Gesamtpaket!

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

Entbürokratisierung, die Zusammenlegung von Ämtern und Gemeinden zu zukunftsfähigen Einheiten, Aufgabenübertragung, Kreisgebietsreform, Zusammenfassung und Reduzierung der nachgeordneten Behörden, der Ausbau von E-Government, die Umsetzung des Personalkonzeptes 2004, das alles gehört zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Übrigens, meine Damen und Herren, wer im Personalbereich noch mehr fordert, der fordert ganz klar betriebsbedingte Kündigungen. Und ich sage auch den Forderern: Wenn Sie mit einem Finger auf uns zeigen, dann zeigen vier Finger auf Sie zurück! Sie haben diese aufgeblähte Verwaltung aufgebaut und wir sind dabei, das sukzessive auf einen bezahlbaren Stand zu reduzieren. Ich glaube, unser Vorgehen ist ohne Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich wiederhole noch einmal: Die Verwaltungsmodernisierung ist ein Gesamtpaket und nur als Gesamtpaket macht sie Sinn!

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

Entscheidend für das Gelingen der Reform ist, dass die Reformbausteine gleichzeitig realisiert werden. So sind Funktional- und Gebietsreform unmittelbar und untrennbar miteinander verknüpft. Man kann nicht erst übertragen und dann fragen: Wie müssen denn die Verwaltungsstrukturen aussehen, in die man überträgt? Unter Umständen kämen sie dann zu mehr Bürokratie und nicht zu weniger.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Wenn Sie bei der Anzahl der Kreise blieben, dann hätten Sie 16 StÄUN und 16 Landwirtschaftsämter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ministerpräsident, das glauben Sie doch selber nicht.)

Das, glaube ich, kann auch nicht in Ihrem Interesse sein. Ich würde Sie bitten, in diesem Gebiet, was für die Zukunft des Landes und der kreisfreien Städte ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie wissen nicht mal, wie viele Landkreise wir haben, Herr Ministerpräsident. Wir haben nicht 16, sondern 12! Das ist traurig, Herr Ministerpräsident. Das ist traurig. Das ist wirklich traurig.)

Ich würde hier noch einmal einen Appell an die Opposition richten, hier nicht weiter zu blockieren, sondern im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes mit uns an einem Strang zu ziehen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Übertragung vieler Aufgaben in die Hände der kommunalen Verwaltung legt mehr Verantwortung und mehr Entscheidungskompetenz in die Hände vor Ort. Wir müssen daher im Rahmen einer Gebietsreform die Zahl der Landkreise reduzieren, um starke und leistungsfähige Kreise zu schaffen, die diese Aufgaben effizient erfüllen können. Ich sage hier noch einmal ganz deutlich: Mit den vorhandenen Strukturen ist das nicht zu machen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das Geld, ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe Ihnen doch Ihre Klugheit schon bescheinigt, Herr Riemann. Möchten Sie es noch einmal?

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD, und Heike Polzin, SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ungeheuerlich, was Sie da vorne abziehen! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Se sünd so klauk in de Würd as de Katteiker in'n Stiert. So secht de Mäkelborger ok noch.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Linkspartei.PDS – Angelika Peters, SPD: Dat versteiht hei jo nich.)

Meine Damen und Herren, das Geld, das wir einsparen, können wir statt in die Verwaltung von Verwaltung in die Zukunft unseres Landes investieren, und zwar in Schulen, Hochschulen und Forschung. Es soll den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute kommen. Auch die Ansiedlungsbedingungen für Unternehmerinnen und Unternehmer können wir damit weiter verbessern. So machen wir das Land attraktiver und haben die Chance, unsere Zukunft aus eigener Kraft zu gestalten. Das wollen wir! Wir wollen ein Land, das die Herausforderungen anpackt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Gründlich überlegen und abwägen ist wichtig, erklären, was man will, ist wichtig, die Menschen mitnehmen ist wichtig, aber dann muss man auch den Mut haben und anpacken. Wer lange grübelt, verspielt seine Chancen.

Meine Damen und Herren, richtige Strukturentscheidungen müssen aber auch auf Bundesebene getroffen werden. Und deshalb kann ich nur vor dem warnen, was Ihre Parteifreunde vorhaben, meine Damen und Herren

von der CDU. Auf der einen Seite fordert Frau Merkel eine Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte. Aber wir wissen alle, es sind gerade die kleinen Leute in Mecklenburg-Vorpommern, die sich höhere Preise am wenigsten leisten können.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Sie schwächen damit die Binnenkonjunktur und treiben die Schwarzarbeit hoch. Das haben Sie bis kurz vor den Wahlen noch selber behauptet, denn noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen hat Herr Kauder genau diese Aussagen gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und parallel dazu, meine Damen und Herren, verkündet Professor Kirchhof das größte Steuersenkungsprogramm aller Zeiten. Dieses Programm, die Finanzministerin hat schon darauf hingewiesen, ist zutiefst ungerecht.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Genau. Reichtumspflege.)

Der einheitliche Steuersatz von 25 Prozent würde ein 42-Milliarden-Loch in die Haushalte von Bund und Ländern reißen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ringstorff,
Sie können wohl nicht rechnen?!)

Wo soll denn zum Beispiel das Geld für Bildung und Familienpolitik herkommen? Wissen Sie, was die Abschaffung von Pendlerpauschalen, Schicht-, Feiertags- und Nachtzuschlägen für die Krankenschwester, den Werftarbeiter oder den Pendler vom Dorf bedeutet?

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie doch
schon angefangen. Sie haben doch wieder gar
nichts verstanden! – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das tut ihm weh. Das tut ihm weh. –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Bernd Schubert, CDU)

Sie treffen die falschen Leute! Das ist massive Umverteilung zugunsten der Reichen. Es ist schamlos, was Sie dort vorhaben!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der
Linkspartei.PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Schamlos, Herr Ministerpräsident, sind 26 Prozent
Kinderarmut in diesem Land! Das ist schamlos!)

Mecklenburg-Vorpommern würde rund 400 Millionen Euro an Einnahmen verlieren. Die Folge wäre, dass wir deutlich weniger investieren oder die Verschuldung wieder deutlich nach oben treiben müssten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Rehberg, Sie hatten doch gestern den Herrn Professor aus Heidelberg zu Gast. Ich hätte erwartet, dass Sie ...

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Egbert Liskow, CDU: Jetzt fängt der auch
noch an! – Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ich hätte erwartet, dass Sie bei dieser Gelegenheit eins deutlich machen: Die Pläne von Herrn Professor Kirchhof würden Mecklenburg-Vorpommern in den Ruin treiben. Wir haben nichts dergleichen von Ihnen gehört, Herr Rehberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Da sind Sie kräftig dabei. Das schaffen
Sie noch ganz alleine.)

Es ist so, wie es häufig ist: Bei Ihnen stehen wieder einmal die Interessen Ihrer Partei vor den Interessen unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der
Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Seit sieben Jahren sind Sie schon Minister-
präsident. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das ist falsch, meine Damen und Herren von der Union!

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und der Linkspartei.PDS –
Rudolf Borchert, SPD: So ist es. –
Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

Sie wissen genau, dass wir schon eine sehr niedrige Steuerquote haben. Wir brauchen keinen weiteren Rückgang der Steuereinnahmen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsentwurf – die Finanzministerin, Frau Gramkow und Herr Borchert haben darauf hingewiesen – nutzen wir die Chance, konsequent Prioritäten zu setzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Veränderungen voranzutreiben und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es geht um die Schaffung von mehr und zukunftssicheren Arbeitsplätzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
glaubt Ihnen doch keiner mehr.)

aber auch um den sozialen Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation. Das sind unsere Ziele!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wir wollen ein Land, in dem die Menschen darauf vertrauen können, dass wir das tun, was notwendig ist, damit Mecklenburg-Vorpommern seine Zukunft meistert, und zwar aus eigener Kraft.

(Egbert Liskow, CDU: Dazu haben
Sie sieben Jahre Zeit gehabt.)

Das ist unsere Aufgabe und dafür stehen wir bei unseren Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung, und zwar gemeinsam! Und deshalb stehen wir zu einer soliden und verantwortungsvollen Haushaltspolitik in diesem schönen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Die plattdeutsche Sprache liegt uns sicher allen am Herzen, aber trotzdem müssen auch plattdeutsche Sprichwörter der Würde des Hauses entsprechen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Ja, deshalb stinkt das so! Wir haben das schon verstanden, Herr Ministerpräsident. – Bernd Schubert, CDU: Zum Glück haben wir das bloß noch ein Jahr zu ertragen.)

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im letzten Bericht der Bertelsmann-Stiftung – und diese Stiftung steht nicht zwingend dafür, dem Geruch der CDU sehr nahe zu stehen –

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Der PDS auch nicht.)

wird dem Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des Rankings in vielen Bereichen die rote Laterne zugewiesen, überreicht nach objektiven Kriterien. Meine Damen und Herren, es wird Folgendes festgestellt: Kein anderes Bundesland ist so schlecht wie Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt, kein anderes Bundesland ist so schlecht auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitet, kein Land hat es so sehr versäumt, seine Stärken auszubauen. Ich zitiere, und das, Herr Ministerpräsident, passt zu dem Niveau Ihrer Rede und zu Ihrer Regierungstätigkeit:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau so.)

„Zudem haben die Aktivitäten des Landes über alle Beobachtungszeiträume kontinuierlich abgenommen.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Land wie Sachsen-Anhalt ist vom letzten Platz nach dem Regierungswechsel im Jahr 2002 um zwei Plätze nach oben gekommen, weil es eben Dynamik vermittelt.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie hier Wahlkampf machen, können das andere genauso gut. Wenn Sie hier Wahrheit und Klarheit einfordern und solche Worte gebrauchen wie „schamlos“, „das Land in den Ruin treiben“, dann frage ich Sie ganz besorgt: Was hat denn die Bundesregierung heute gemacht?! Heute wäre der Tag gewesen, die erste Sitzung nach der Sommerpause, wo man den Bundeshaushalt 2006 hätte einbringen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gekniffen! Gekniffen hat sie!)

Nichts hat sie getan, gar nichts! Sie lassen die Menschen im Unklaren, wie es mit ihnen weitergehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist der Punkt! Aber es gibt noch einen Bundesfinanzminister – ich hoffe, den gibt es wirklich nur noch elf Tage – und der heißt Eichel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oberlehrer!)

Und der Herr Ministerpräsident, der hat heute die Katze aus dem Sack gelassen. Er hat wirklich die Katze aus dem Sack gelassen. Er hat heute gesagt, was die Sozialdemokratie plant, wenn sie weiterhin regiert.

(Zuruf von der CDU: Oha, jetzt kommt's!)

Auf die ganz konkrete Frage „Herr Eichel, welche Subventionen wollen Sie 2006 abbauen, wenn die SPD die Wahl gewinnt?“ antwortete er: „Dazu gehört auch, ab 2006 die soziale und kulturelle Komponente des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes wieder in den Vordergrund zu stellen und alles herauszunehmen, was durch Lobbyarbeit hineingekommen ist. Das bringt schon einen ganzen Batzen Geld.“ Ich frage Sie: Was gehört dazu? Bücher, Lebensmittel, Agrarprodukte oder was gehört dazu, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das kann doch nicht wahr sein!)

Und es geht noch weiter, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja ein Ding! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht noch weiter, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es wird angekündigt, die geplanten Änderungen im Mehrwertsteuergesetz sollen Teil eines umfangreichen Haushaltssanierungsprogramms sein, mit dem Eichel schon 2006 Mehreinnahmen von insgesamt 6 Milliarden Euro erzielen will.

(Rainer Pracht, CDU: Das gibt's doch nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das kriegen Sie nicht nur mit Tierfutter hin, Herr Ministerpräsident, da müssen Sie ein bisschen tiefer greifen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die Union, sagen den Menschen vor der Wahl, was nach der Wahl ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der Unterschied zu Ihnen, keinen anderen Unterschied haben wir miteinander.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt gucken wir uns einmal den Haushalt an. Ich habe den Eindruck, dass sich einige hier nur mit Nebensächlichkeiten befassen. Wir nehmen das Ist 2003. Was ist in den letzten drei Jahren gelaufen und was soll in den nächsten zwei Jahren laufen? Die bereinigten Gesamteinnahmen sollen bis 2007 um 190 Millionen Euro steigen, davon Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen fast 200 Millionen Euro. Die Investitionseinnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die bereinigten – das sind die, die von draußen kommen, vom Bund und von der Europäischen Union –, werden bis 2006 um 87 Millionen Euro steigen. Sie sinken übrigens nicht in der Realität – das ist völlig fiktiv, was Sie angenommen haben – um 157 Millionen Euro, weil Sie ganz einfach sagen, da gibt es auch eine Verantwortung der Bundesregierung. Dieses Problem, Herr Ministerpräsident, ist bisher nicht gelöst. Es ist zwar gelöst, dass wir Ziel-1-Gebiet bleiben sollen, nur die Finanzvolumina, gerade für die neuen Länder mit EU-Osterweiterung, das Problem ist nicht gelöst.

(Harry Glawe, CDU: Richtig, richtig.)

Sie nehmen einfach einen Abschlag von zehn Prozent vor. Und jetzt kommt's: Wenn Sie von Sparsamkeit reden, wenn Sie von Konsolidierung reden, dann muss man sich doch einmal die Ausgabenseite angucken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die laufenden Ausgaben sinken vom Ist 2003 bis zum Soll 2007 um 62 Millionen Euro. Aber jetzt stellt sich doch die spannende Frage: Wer muss dieses insbesondere erbringen? Wo bekommen Sie das Geld

her? Und da haben Sie offenbar – entschuldigen Sie den Ausdruck – eine richtig schöne Melksau gefunden, das sind die Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, was Sie mit diesen Kommunen unter Vorpiegelung falscher Tatsachen machen, da war noch vor drei Jahren das Thema Mindestfinanzgarantie, 1,25 Milliarden Euro. Sie wollen in dem Zeitraum Ist 2003 bis 2007 den kommunalen Finanzausgleich um fast 250 Millionen Euro absenken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Viertelmilliarde Euro, 500 Millionen Deutsche Mark. Und wenn Sie diese ganze Spanne einmal kumulativ sehen – in fünf Jahren, von 2003 bis 2007 –, dann sind Sie bei einer kumulativen Summe, die den Kommunen weniger zur Verfügung steht, von 747 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im gleichen Zeitraum nehmen die Kommunen 103 Millionen Euro mehr an Steuern ein. Das heißt, Sie sanieren Ihren Landeshaushalt vermeintlich auf dem Rücken der Gemeinden, der Kreise und der kreisfreien Städte, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Zweites. Frau Finanzministerin Keler, das ist ja immer ganz toll, wenn Sie sich hinstellen und sagen, die Personalausgaben sinken. Wenn man sich einmal die Mühe macht,

(Bernd Schubert, CDU: Bei dem Innenminister kann man sich das auch schenken.)

wer sich wirklich einmal die Mühe macht und sich die Verwaltungskosten insgesamt vornimmt, wer sich die Personalausgaben vornimmt, da stolpert man nämlich ganz schnell, die Sach- und Fachausgaben, und deswegen sind die bereinigten laufenden Ausgaben nur um 62 Millionen Euro gesunken, die sind nämlich um 300 Millionen Euro gestiegen. Dann kommen Sie nämlich schlichtweg zu dem Ergebnis, dass Sie zwar einen Abbau der Personalausgaben in dem betrachteten Zeitraum vom Ist 2003 bis 2007 von 365 Millionen Euro haben, aber einen Anstieg der sächlichen Verwaltungskosten, zu dem Thema komme ich noch, um 25 Millionen Euro. Aber jetzt kommt's, Frau Ministerin: 303 Millionen Euro sollen im Jahr 2007 die Landesforstanstalt, Nettoveranschlagung, Fachhochschulen und BBL kosten. Dann sind wir nicht bei einem Sinken der Personalausgaben, sondern bei einer Steigerung.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Sparsamkeit heißt für mich, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Runter mit den konsumtiven Ausgaben, investieren in die Zukunft des Landes! Sie machen das ganze Gegenteil. Sie schrauben die konsumtiven Ausgaben hoch – oder senken Sie zumindest nicht ab – und die Investitionen senken Sie. Die Melkkühe dieses Haushalts sind der Investitionsbereich und die Kommunen. Die beiden haben zu bluten, während Sie bei sich selber gar nichts tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Das ist der Punkt!

(Ministerin Sigrid Keler:
Hartz IV vergessen Sie ganz.)

Frau Finanzministerin Keler, ich habe jetzt keine Lust, die absoluten Zahlen noch als Gegenvergleich hier darzulegen. Es ist wirklich so, man muss sich ein bisschen Mühe machen und dahintersteigen

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

bei den Sach- und Fachausgaben. Natürlich ist auch Hartz IV mit dabei, aber massiv darin versteckt ist die Ausgliederung der Landesforst, BBL und die Nettoveranschlagung der Fachhochschulen. Das müssen Sie bitte einfach zur Kenntnis nehmen! Sie müssen das mit reinrechnen!

Der größte Skandal, Frau Keler, ist für mich ganz einfach, dass Sie es nicht geschafft haben, obwohl Personal abgebaut worden ist – das bestreitet ja gar keiner –, dass die sächlichen Verwaltungskosten nicht sinken, denn sie sind gestiegen. Und deswegen werden heute fast 60 Prozent mehr pro Stelle an sächlichen Verwaltungskosten ausgegeben als bei Ihrem Regierungsantritt 1999. Das halte ich für skandalös! Wenn wir Personal abbauen, müssen die sächlichen Verwaltungskosten in gleicher Art und Weise auch runtergehen, die Inflationsrate gegengerechnet. Aber das haben Sie nicht erreicht. Nein, Frau Finanzministerin, sparen heißt, bei der Konsumtion runter. Sie machen das Gegenteil: Sie gehen bei den Investitionen runter im kommunalen Finanzausgleich, aber bei sich selber in der Landesverwaltung tun Sie so gut wie nichts. Das ist bedauerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, wir können uns gerne einmal zu einem Diskurs hinsetzen.

(Reinhard Dankert, SPD: Machen wir.)

Das sind keine Verdrehungen, sondern das sind ganz einfach Tatsachen!

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wirklich peinlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie beim Personal Ihre Ergebnisse sehen, dann muss man sich damit einmal ein bisschen näher befassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollen 10.500 Stellen abbauen – das ist akzeptiert –, dann haben Sie die Hälfte, etwa 5.000 Stellen im Bereich von Schulen, Lehrpersonal, Konzept, und Sie haben ein so genanntes Personalentwicklungskonzept bei der Polizei. Aber was sich da entwickelt, das erschließt sich mir nicht ganz. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Weiterhin wollen Sie noch 1.700 Stellen auf die Kommunen übertragen. Herr Ministerpräsident, da muss ich Ihnen widersprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der ist gar nicht mehr da.)

Wie kommen Sie denn auf 1.700 Stellen? Seriöse Politik, seriöse Reformpolitik heißt für mich, dass ich erst die Aufgaben definiere, die ich übertragen möchte, und danach das Personal definiere, denn danach bemesse ich auch die Strukturen. Und noch eins – auch wenn Sie nicht mehr da sind –, Herr Ministerpräsident, wenn Sie hier sagen, Sie wollen die Menschen mitnehmen, nein, Herr Ministerpräsident. Gerade beim Thema Verwaltungsmodernisierung haben Sie bewiesen, dass Sie nach Gutsherrenart durchregieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist richtig. So ist das.)

Das ist kein Mitnehmen, das ist ein Gegeneinander, was Sie hier machen. Wenn Sie es wirklich ehrlich meinen würden, die Menschen mitnehmen in Mecklenburg-Vorpommern, dann hätten Sie doch bei der Anhörung zum Schulgesetz zugehört und nicht durchregiert. Bei den Hochschulen und Universitäten – das soll in der nächsten Landtagssitzung kommen – ist das für mich so eine Politik wie Knüppel aus dem Sack, das so genannte Ermächtigungsgesetz oder die Verordnung für die Unis und Fachhochschulen

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

und als Letztes die Verwaltungsreform.

Herr Ministerpräsident, zu dem Thema Ermächtigungsgesetz – und, Herr Metelmann, Sie sitzen ja noch da als Bildungsminister, als Kultusminister – sage ich Ihnen, dass ich nicht den Ansatz habe, einem Unternehmen in seine Geschäftspolitik hineinzuregieren. Und genauso muss ich Ihnen sagen – ob Landtagsabgeordnete, weil das gestern ein Bundestagskandidat in Rostock gesagt hat, das sollte der Landtag oder die Landesregierung entscheiden, wo Entwicklungspotenziale von Universitäten und Fachhochschulen liegen –, wir sollten uns doch nicht anmaßen, klüger zu sein als Professoren, als Gremien von Universitäten, die von der Sache wirklich etwas verstehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deswegen ziehen Sie dieses Gesetz zurück, Herr Kultusminister, und bringen Sie eine wirkliche Autonomie mit Budgetierung von Personalkosten und Verwaltungskosten auf den Weg! Schaffen Sie einen berechenbaren Finanzkorridor und Freiheit bei der Drittmiteinwerbung! Dann bin ich fest davon überzeugt, dass unsere Universitäten die Zukunftspotenziale, die sie haben, auch nutzen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das, was Sie machen, ist Politik, großherzogliche Politik wie im Mittelalter und nichts anderes. Dieses Ermächtigungsgesetz muss vom Tisch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen auch noch eins zu den Studiengebühren, weil wir ja mitten dabei sind. Ich bin für Studiengebühren, denn erstens, wenn Darlehensfinanzierung da ist, die KfW kann das sehr gut machen, es gibt tolle Vorbilder dafür, zweitens, weil die Universitäten diese Gebühren selber verwenden dürfen, hier muss man eine Regelung mit dem Land finden. Und ich sage Ihnen drittens, was passieren wird: Der Student wird als Kunde gesehen werden und die Universität wird zum Dienstleister. Dies hat so viele positive Effekte, die wir uns noch gar nicht ausmalen können.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und wer meint, dass dann die Studenten zu uns kommen werden, wenn Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg diese Gebühren einführen, der liegt falsch. Das ganze Gegenteil wird passieren, denn sie werden eine

Topausstattung haben bei Großgeräten, bei Sachmitteln und so weiter und sofort. Sie werden sich förmlich bemühen, dass die Studenten zu ihnen kommen. Sie werden Folgendes machen können: Sie werden die Professoren-, die wissenschaftlichen Mittelbau-Studenten-Relationen viel günstiger gestalten können als woanders.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die Studiengebühr als soziales Monster an die Wand malt, der sollte einmal gucken, wie es woanders läuft. Nur ein Beispiel: Österreich hat einen Fehler gemacht, denn sie haben anfangs keine Darlehensfinanzierung vorgesehen, die Studentenzahlen sind gesunken. Daraufhin haben sie diesen Fehler korrigiert und die Studentenzahlen sind gestiegen. Studiengebühren haben nichts mit unsozial zu tun. Sie sind ein Gebot der Vernunft, unter anderem auch – das gebe ich zu –, damit die Regelstudienzeiten endlich eingehalten werden und nicht die Durchschnittsstudienzeiten deutlich von den Regelstudienzeiten abweichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade für unsere modernen und gut aufgestellten Universitäten und Fachhochschulen sind die Studiengebühren eine Chance, zusätzlich Studenten von außen reinzuholen, um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer diese Chance nicht erkennt, der verkennt die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wenn ich noch einmal zum Landespersonal zurückkomme, Frau Finanzministerin Keler, dann bleiben 1.200 Stellen, die Sie irgendwo in der Landesverwaltung einsparen wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Altersbedingt!)

Da stelle ich mir die Frage, warum Sie ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Erst wenn
sie altersbedingt ausscheiden.)

Der Kündigungsschutz, Kollege Riemann, der steht dem natürlich bis 2009 entgegen. Das gebe ich zu. Und wenn sie gegebenenfalls noch auf die Kommunen übertragen werden, haben sie sogar einen Kündigungsschutz bis 2011.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist richtig. Frau Keler, dann stelle ich aber wirklich die Frage, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann man ja
zulasten der Kommunen einfach so machen!)

Wenn ich mir einmal die Prozente zur Hand nehme, die obersten Landesbehörden haben einen prozentualen Anteil von rund sechs Prozent an der Gesamtverwaltung und beim Abbau sind die obersten Landesbehörden gerade einmal mit zwei Prozent dabei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie gehabt.)

Frau Keler, Sie sind schlichtweg unglaublich! Das Schonen der obersten Landesbehörden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Häuptlinge!)

das führt uns überhaupt nicht weiter.

(Rudolf Borchert, SPD: Milchmädchenrechnung!)

Und wenn Sie sich hier hinstellen, ich muss um Entschuldigung bitten, dass ich nicht Ihre ganze Rede hören konnte, Frau Keler, natürlich bringt die Zusammenlegung

von Ministerien nicht sofort etwas. Aber wenn Sie sie aus machtpolitischen Erwägungen 1998 reduziert und nicht noch ausgeweitet hätten, dann würden Sie heute in diesem Jahr die Früchte Ihrer Arbeit ernten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.
So ist das. Genau, so ist das.)

Das ist ganz einfach, dann hätten Sie die Zahl, die Sie ja selber in Ihrer Unterrichtung aus dem März 2004 aufgeschrieben haben – 19 Millionen Euro –, heute schon realisiert. Uns ist auch klar, dass das nicht von heute auf morgen geht, aber dieses hätten Sie heute realisiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Hauptvorwurf, den wir Ihnen machen müssen, und auch dieses Zitat vom Herrn Ministerpräsidenten, dass die alten Bundesländer kritisch auf uns schauen, ja, Herr Ministerpräsident, sie schauen besonders kritisch auf uns, weil wir den höchsten Besatz an Landesverwaltung in ganz Deutschland haben, 26,8 Stellen bezogen auf die Einwohnerzahl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist der kritische Punkt und kein anderer!

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Ja, Frau Keler, natürlich sind Sie runtergegangen, weil Sie ausgelagert haben. Aber ich muss Ihnen sagen, die Dinge kenne ich schon aus den Kommunen. Sie müssen die Defizite oder die Personalkosten, wenn Sie dort keinen ausgeglichenen Haushalt haben – und ich bezweifle, dass die angedeuteten Bereiche ausgeglichene Haushalte haben können –, über Sach- und Fachaussgaben regeln. Deswegen wäre es der Ehrlichkeit halber richtig, die ausgliederten Bereiche bei den Personalausgaben wieder mit dazuzuschreiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig, das ist nicht schwer.)

Glauben Sie, eine Staatskanzlei in München oder eine in Wiesbaden, die bekommen das nicht mit, was Sie hier machen? Die halten Ihnen doch die Zahlen pro Kopf an Personalausgaben vor und rechnen das mit rein, ohne Probleme dabei zu haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch nicht die Lösung. Nein! Sie haben eins über die Jahre versäumt, denn Haushaltspolitik macht man nicht von heute auf morgen mit der Brechstange, unter keinen Umständen, Sie haben versäumt – beginnend, als Sie 1998 regiert haben –, die Strukturen so zu organisieren, dass ein Personalabbau möglich und inhaltlich auch vernünftig ist. Und wenn der Ministerpräsident davon redet, dass man die europäischen Strukturfonds jetzt besser verwaltet – also ich habe jetzt keine Lust mehr, ein paar schöne Beispiele aus unserer Fördermittelanfrage vorzulesen, das spare ich mir jetzt, denn zu dieser Belustigung möchte ich nicht beitragen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

dazu sage ich Ihnen, wenn Sie Wirtschaft und Arbeit zusammengelegt hätten, hätten Sie die beiden großen europäischen Strukturfonds zusammen gehabt, und zwar EFRE und ESF, Landwirtschaft und Umwelt. Es hätte auch vieles kostengünstiger und effizienter laufen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, was Sie immer schreiben, effizientere Fördermittelverwendung, dass da nichts passiert ist, das haben Sie sich selbst zuzuschreiben.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Aber die ABM von 1998 stellen Sie nicht infrage, nee?!)

Frau Kollegin, wir hatten einmal ein Ressort, wo sämtliche Planungs- und Genehmigungsbehörden in einer Hand waren. Das haben Sie zerschlagen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Heute habe ich dafür vier Ressorts, ich kann sie Ihnen im Einzelnen aufbröseln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

Und glauben Sie mir bitte, wenn Sie das Planungsrecht, die Baubehörde und den technischen Umweltschutz in einer Hand haben, dann können Sie viel zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beitragen, außer Sie haben das in vier Ressorts.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das hat aber nichts mit Wahlkampf-ABM zu tun.)

Nein, nein, das ist nicht so gewesen! Ich sage, das war damals der Stein der Weisen. Aber es war ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung und der Zeit mehr als angemessen. Und übrigens, den Naturschutz hatten wir bei der Landwirtschaft. Wir hatten acht Ministerien und Sie haben neun Ministerien gebildet, zumindest eins mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau, richtig.)

Wir wollen hier mal bei den Tatsachen bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist schlichtweg die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was mir heute gefehlt hat, außer pauschalen Vorwürfen an uns, dass wir die Verwaltungsreform blockieren, das ist einmal wieder eine Zahl, wie viel man dabei sparen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kleine Einmaleins scheint in dieser Landesregierung wenig ausgeprägt zu sein. Es gab einmal einen Innenminister, den gibt es heute noch,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Echt?!)

der brachte 180 Millionen Euro Einsparpotenzial ein. Es gibt einen Professor Seitz mit einem Gutachten, eigentlich sind es zwei, ein ursprüngliches und ein korrigiertes, da schwankt es zwischen 70 und 150 Millionen Euro,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Gute Schwankungspreise!)

dann gibt es Pressemitteilungen der Landesregierung von 45 Millionen Euro und dann hat Herr Timm noch einmal von 1 Milliarde Euro gesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist die Schwankungsreserve!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie hier nicht belastbare Zahlen zu diesem „Reformwerk“ vorlegen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann gebe ich Ihnen den guten und dringenden Rat: Lassen Sie die Finger davon!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie bekommen niemanden davon überzeugt, dass dieses Einsparungen bringt, niemanden in Mecklenburg-Vorpommern. Solange Sie mit so diffusen Zahlen operieren, bekommen Sie niemanden und keinen überzeugt. Das Einmaleins scheint auch beim Kollegen Borchert nicht großartig ausgeprägt zu sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wundert mich nicht.)

Kollege Borchert, dass Sie auf die Trickserie der Finanzministerin reinfallen, was die Verwendung der Nord/LB-Mittel betrifft, das wundert mich schon sehr. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bekommen wir das Geld in zwei Raten, 70 Millionen und 20 Millionen. Und wenn ich das richtig gelesen habe, dann soll es einen Zukunftsfonds fünf Jahre mit je 6 Millionen Euro geben. Kollege Borchert, dann werden doch im ersten Jahr 64 Millionen Euro in 2006 zur Schuldentilgung genommen und im zweiten Jahr von den 20 Millionen bekommt der Zukunftsfonds 6 Millionen und dann gehen noch einmal 14 Millionen gleich zur Schuldentilgung weg. Das ist doch die Realität!

(Rudolf Borchert, SPD: Ihre Rechnung kann ich nicht nachvollziehen. Das kann ich nicht nachvollziehen.)

Es wird doch kein Sondervermögen gebildet, wo Zinsen oder irgendwelche anderen Dinge dann auflaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum hat man hier nicht unseren Vorschlag ansatzweise mit in Erwägung gezogen? Es kann doch nichts Vernünftigeres geben – wenn sich der Ministerpräsident hier hinstellt und sagt, wir wollen Innovation, wir wollen Ausgliederung aus den Universitäten –, dass wir sagen: Lasst uns darüber reden, über das Wieviel, das kann man immer noch in Betracht ziehen, die 90 Millionen Nord/LB in eine Darlehensförderung insbesondere für innovative Unternehmen, die sich ausgliedern wollen aus den Universitäten und den Fachhochschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Die Instrumentarien, die heute auf dem Tisch liegen, die führen überwiegend nicht dazu, dass es möglich sein wird, Ausgründungen zukünftig mit Basel II problemloser ins Auge zu fassen. Deswegen ist Ihr Ansatz der völlig falsche! Heute wäre es geboten, denn wir haben einen Abbau von 125.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten sieben Jahren zu verkraften gehabt. Nicht die Arbeitslosenzahl ist die interessante Zahl, diese Zahl ist die interessante Zahl, und zwar wie viele Menschen sind in Mecklenburg-Vorpommern in Arbeit. Es waren vor sieben Jahren 620.000 und wir sind jetzt unter 500.000 gesunken. Das ist unser zentrales Problem. Es wäre deshalb richtig gewesen, diese 90 Millionen Euro oder einen Teil davon in einen revolvingierenden Darlehensfonds einzubringen, um Ausgründungen zu ermöglichen, um hoch qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Das wäre der richtige Weg gewesen und nicht einfach Schulden zu tilgen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss noch einige Anmerkungen zu unseren Gegenvorschlägen. Es sind nur drei ganz simple Dinge.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Jörg Heydorn, SPD: Sie wollen zwei Ministerien einsparen. – Rudolf Borchert, SPD: Erster Punkt.)

Erstens, die Ministerien.

(Rudolf Borchert, SPD: Einsparung 10 Millionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der geringste Betrag. Trösten Sie sich! Das ist der geringste Betrag, denn es sind 133 Millionen Euro kumulativ. Da können wir streiten, ab wann das voll gewirkt hätte. Das gebe ich zu. Da kann ich auch ablassen von der Zahl.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Warum nicht die sächlichen Verwaltungsaufgaben entsprechend der Stellenzahl sukzessive runtersetzen?

(Rudolf Borchert, SPD: Ach, der alte Hut!)

Zehn Prozent weniger, 1999 beginnend, das sind bei mir 245 Millionen Euro.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist kein innovativer Vorschlag.)

Warum nicht im Bereich der Sachverständigengutachten? Ich weiß, dazu gehören auch Gerichtskosten, das ist mir klar. Da haben Sie fast eine Verdoppelung in sieben Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar von 38 Millionen Euro auf rund 77 Millionen Euro.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das würde eine Gesamtsumme zwischen 600 und 650 Millionen Euro erbringen, und zwar kumulativ. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es einen Grund, ich frage das gerade die Haushälter von SPD und PDS, die sächlichen Verwaltungskosten, obwohl Personal abgebaut worden ist, so dramatisch ansteigen zu lassen?

(Rudolf Borchert, SPD: Das gucken wir uns noch einmal genau an, das mit den Verwaltungsausgaben!)

Dafür gibt es, meine sehr verehrten Damen und Herren, überhaupt keine Begründung. Deswegen muss ich Ihnen sagen, dieser Doppelhaushalt ist Bilanz Ihres politischen Wirkens.

(Rudolf Borchert, SPD: Das hören wir jedes Jahr schon wieder von Ihnen.)

Der Haushalt 2007 gibt einen Ausblick darüber, was Sie zukünftig machen wollen:

Erstens. Es kann nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Bildung mit 3.900 Euro das wenigste Geld pro Schüler ausgibt, die Sachsen sind bei 4.300 und die Thüringer bei 5.000.

Zweitens. Es kann auch nicht sein, dass über die Zukunft dieses Landes, über Universitäten und Fachhochschulen eine ständige Debatte nach mittelalterlichen Grundsätzen geführt wird.

Drittens. Es kann aus meiner Sicht auch nicht sein, dass die konsumtiven Ausgaben in der Haushaltsstruktur insgesamt nicht weniger werden, dass die Investitionen

so rapide abgesenkt werden und letztendlich die Kommunen die Melkkühe dieser Landesregierung sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von meiner Großmutter gelernt: Spare in guten Zeiten, damit du in der Not was hast! Sie haben in guten Zeiten nicht gespart und haben deswegen auch nichts in der Not. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –
Volker Schlotmann, SPD: Anhaltender Beifall. –
Rudolf Borchert, SPD: Die CDU-
Vorschläge waren echt dünn!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Linkspartei.PDS.

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an den Redebeitrag des Kollegen Borchert anknüpfen. Er hat gesagt: Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker werden sich einbringen in die Diskussionen. Er hat mehr gesagt, aber unter anderem das. Und zum Einbringen: Kein Haushalt geht so aus der Diskussion heraus, wie er eingebracht wurde, und so werden wir auch im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich faktisch jeden Posten auf den Prüfstand stellen. Es gibt Posten, die wir mit Stolz betrachten können, und es gibt Posten, die für uns eine Herausforderung sein werden. Mit Stolz betrachte ich zum Beispiel die Position, die wir seit Jahren für die Krankenhauslandschaft einnehmen.

(Harry Glawe, CDU: Das können Sie in Neustrelitz regeln. Neustrelitz können Sie noch regeln. Neustrelitz! Das machen wir dann beide zusammen, mit Frau Ministerin zusammen.)

Herr Glawe wird mir sicherlich Recht geben, dass wir es immer wieder als wünschenswert angesehen haben – das halte ich auch für beachtlich –, was sowohl von der Vorgängerregierung als auch in dieser Legislaturperiode geleistet wurde. Insbesondere ist sehr beachtlich, dass seit 1998 kein Krankenhausstandort geschlossen wurde.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Neustrelitz können Sie noch machen. Das sage ich ja.)

Es ist viel Geld aus der öffentlichen Hand in die Krankenhausstandorte gegangen und von daher ist die Frage natürlich zwingend und logisch: Wie wirksam ist das eigentlich?

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und habe bestimmte Parameter untersucht, nicht die der streng ökonomischen, zum Beispiel der Gewinn- und der Ertragsituation der Krankenhäuser oder der Belegungszeiten, sondern solche Parameter, die für die Patientinnen und Patienten wichtig sind, wie zum Beispiel die Krankenhausbetten. Also wie rasch erreiche ich eine stationäre medizinische Versorgung? Wie steht es um die Behandlungsintensität der Ärztinnen und Ärzte? Wie viel Zeit und welche Ressourcen im Umfeld hat ein Arzt, um sich mir als Patient zu widmen? Wie sieht es mit der Pflegeintensität aus? Wie viele Pflegerinnen und Pfleger stehen zur Verfügung? Wie viele Pflegerinnen und Pfleger betreuen wie viele Fälle? Dazu habe ich mir ein Ranking erarbeitet und bin zu der erstaunlichen Erkenntnis gekommen, dass Mecklenburg-Vorpommern über alle Positionen hinweg global gesehen die besten Parameter aufweist. Ich wage

die Behauptung, dass Mecklenburg-Vorpommern in der Effizienz und der Wirksamkeit im Interesse der Patientinnen und Patienten eine Spitzenposition in der stationären medizinischen Versorgung einnimmt. Darauf können wir stolz sein. Ich denke, dass wir das auch entsprechend würdigen, wenn wir uns mit dem Haushalt beschäftigen.

Wenn es um Herausforderungen geht, der Herr Ministerpräsident hat davon gesprochen, meine ich, ist es eine entscheidende Herausforderung zu gucken, welche Positionen im Haushalt machen Mecklenburg-Vorpommern stark für die Zukunft. Und da gibt es bestimmte Positionen im investiven Bereich. Ganz klar sind die Technologieförderung, der Tourismus und die Gesundheitswirtschaft angesprochen worden.

(Harry Glawe, CDU: Das ist im Wirtschaftsministerium angesiedelt, Herr Kollege.)

Aber eine entscheidende und strategische Frage ist aus meiner Sicht, in die Zukunft der Kinder zu investieren. Die Investition in frühkindliche Bildung und Erziehung ist die bestmögliche Investition, denn sie ist zum einen ungeheuer nachhaltig, und zwar über Jahrzehnte. Wir würden, wenn wir die frühkindliche Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern stärken, also über die Kinderzahl hinaus Mittel bereitstellen, mindestens drei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wir würden Prävention leisten, denn alles das, was die Kinder mit auf dem Weg bekommen und was sie stark macht für die Zukunft, kommt dem Land doppelt und dreifach zugute und wir wären bei einer gegenläufigen Entwicklung, die ja auch denkbar wäre, verschont von negativen Folgekosten. Die zweite Fliege, die wir sozusagen in dieser Position erschlagen, ist, wir entlasten die Wohnsitzgemeinden, wenn wir zusätzliche Mittel für die frühkindliche Erziehung und Bildung bereitstellen, und drittens entlasten wir die Eltern. Und alle Parteien stellen sich derzeit völlig zu Recht hin und sagen: Macht die Familien stark! Familien stärken und Familienpolitik forcieren, das ist ein wichtiges Anliegen.

(Harry Glawe, CDU: In eurer Familienpolitik werden die Haushalte massiv runtergefahren, darüber müssen wir reden im Haushalt!)

Also sollten wir es machen! Ich möchte dazu einladen – Frau Gramkow hat darauf hingewiesen –, dass wir uns gemeinsam und parteiübergreifend bemühen,

(Harry Glawe, CDU: Über Sozialpolitik für Mecklenburg-Vorpommern müssen wir reden, über die Maßnahmen!)

Herr Glawe, diese Position zu stärken.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Oder war das jetzt die Abschiedsrede hier?!)

Einen Bedarf gibt es für das Jahr 2006 in Höhe von 4 Millionen Euro und im Jahr 2007 in Höhe von 7 Millionen Euro. Ich wage nicht zu träumen, dass uns diese Summe gelingt. Aber darüber nachzudenken, ob wir an dieser Stelle Mittel verstärken können, und zwar den Kindern und den Familien zuliebe, das ist es allemal wert.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut. Sehr gut. Und jetzt müsst Ihr nur noch handeln! Jetzt noch handeln!)

Jetzt müssen wir noch handeln, denn wir sind jetzt am Zuge! Wir müssen etwas machen!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Ja, dann mal los!)

Ich möchte, bevor ich vom Rednerpult trete, noch etwas sagen zu den kritischen Anmerkungen des Ministerpräsidenten gegenüber unserer Fraktionsvorsitzenden und zu dem Hinweis, dass die Alternativen der PDS ja keine Alternativen wären. Ich möchte noch einmal bekräftigen, dass wir im Gegensatz zu den anderen Parteien auf Bundesebene alternativ handeln.

(Heiterkeit bei Ilka Lochner-Borst, CDU)

Ich behaupte, dass die Parteien auf Bundesebene, die im Moment in Fraktionsstärke im Bundestag sitzen, eine Politik der Reichtumspflege betreiben.

(Beifall Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Wir sind die Einzigen, die das Geld dort abholen wollen, wo es wirklich ist.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nun sagte der Herr Ministerpräsident, wenn wir das machen – er hat es ein bisschen anders zum Ausdruck gebracht –, dann ziehen die weg. Eine solche Haltung ist, wenn man das zu Ende denkt, die Bankrotterklärung der Politik. Wenn die Politik sich vom Kapital in die Knie zwingen lässt, dann haben wir verloren, dann steht von uns allen hier die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

(Beifall Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte ganz einfach dafür werben, auch eine andere Sicht einzunehmen.

(Harry Glawe, CDU: Niemand hat
die Absicht, eine Mauer zu errichten!)

Wir kommen nicht umhin, den Konflikt zwischen Arm und Reich in dieser Gesellschaft zu lösen. Wer den Konflikt zwischen Arm und Reich in dieser Gesellschaft nicht anpackt, dazu gehört im Übrigen auch die frühkindliche Erziehung und Bildung,

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

wird letztlich keine der zentralen Konfliktfelder dieser Zeit lösen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU:
Sehr gut. Sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

(Angelika Peters, SPD: Jetzt gehe ich was essen!)

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was haben wir heute von Frau Keler und vom Ministerpräsidenten gehört: „Weiter so!“ und „Kattenschiet“. Meine Damen und Herren, „Weiter so!“ mit einem Viertel Kindesarmut in diesem Land, „Weiter so!“ mit Rasenmäher an Hochschulen und Schulen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und „Weiter so!“ mit letzten Plätzen in der Arbeitslosigkeit und bei PISA?! Nein, sagt die CDU!

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich denke, es geht ein Gespenst hier in diesem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, um.

(Volker Schlotmann, SPD: Wolfgang Riemann!)

Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD, und
Holger Friedrich, SPD – Rudolf Borchert, SPD:
Vor den Schwarzen, da fürchten wir uns!)

Wer fürchtet sich vor Herrn Professor Kirchhof? Da werden Ängste geschürt, der Mann will die Gemeinnützigkeit besteuern, der Mann will Hartz IV besteuern. Falsche Parolen werden verbreitet,

(Volker Schlotmann, SPD: Dafür seid Ihr doch
sonst zuständig. – Zuruf von Detlef Müller, SPD)

nur um zu verschleiern, dass hier ein Professor mit Kompetenz und Familienfreundlichkeit – und dafür stehen seine Urteile im Bundesverfassungsgericht – endlich das „Weiter so!“ in diesem Land und in der Bundesrepublik Deutschland verhindern will.

(Rudolf Borchert, SPD: Den Spitzensteuer-
satz, den will er auf 25 Prozent absenken. –
Harry Glawe, CDU: Und er will auch bis zu
38.000 Euro steuerfrei machen für die Armen!)

Frau Keler, Sie sprachen von Steuereinbrüchen durch Kirchhof,

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

dabei kennen Sie weder die Summe des Abbaus der Vergünstigungen und die daraus resultierenden Mehreinnahmen, noch kennen Sie die angedachte Änderung im Bilanzrecht,

(Rudolf Borchert, SPD:
25 Prozent Zwischensteuersatz!)

aber Sie werfen schon mal eine Zahl in den Raum, nur damit die Leute denken und sagen: O Gott, o Gott, was kommt auf uns zu? Es ist Wahlkampf, meine Damen und Herren!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Riemann, ...

(Harry Glawe, CDU: Ich wollte dem Kollegen
nur erklären, wie das mit der Steuer ist. –
Rudolf Borchert, SPD: Der will immer
das letzte Wort haben!)

Herr Riemann, einen Moment bitte! Meine Damen und Herren, die Diskussionen untereinander bitte ich einzustellen. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Heute im Frühstücksfernsehen sagte Herr Konz, das ist der Verfasser von „1000 ganz legale Steuerticks“ – wo wir rangehen wollen, wo Sie sich nicht rantrauen, meine Damen und Herren, wo wir rangehen wollen –, Ministerialbürokratie und Steuerbürokratie wird noch kräftig Sand in die Mühlen schmeißen.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir wollen mit einer Steuerreform eine Vereinfachung, damit Familien mit zwei Kindern überhaupt erst ab 38.200 Euro Steuern zahlen. Das ist familienfreundliche Politik.

(Harry Glawe, CDU: Genau, das ist familien-
politisch richtig. Genau, das ist völlig richtig.)

Frau Keler, ich übersetze Ihnen gerne meinen Spruch aus der letzten Landtagssitzung: „Quod licet jovi, non licet bovi!“ Jovi, das ist der Jupiter und nicht der Lebemann. Frau Keler, ich hatte zumindest ein nicht bildungsfernes Elternhaus.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU, Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS – Volker Schlotmann, SPD: Echt?! Da bin ich platt! – Zuruf von Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann)

Drittens. Sie rechnen die Steuereinsparungen hier vor, 400 Millionen, ohne die genauen Zahlen zu kennen. Und dann verbreiten Sie gestern – was Sie für eine Angst haben, Sie mussten gleich eine Pressekonferenz ansetzen –, der Professor Kirchhof ist in Schwerin. Frau Keler hat sofort eine Pressekonferenz angesetzt, um das abzuschwächen.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja, da war sie richtig aufgeregt!)

Sie führen die Mär an, dass eine Familie mit 26.000 Euro, wenn die Entfernungspauschale wegfällt, schlechter gestellt ist.

(Harry Glawe, CDU: Herr Wille hat wieder Druck gemacht.)

Frau Keler, haben Sie einmal ausgerechnet, wie lange ein Arbeitnehmer fahren müsste, um die Steuereinsparungen von 2.100 Euro – 2.100 Euro spart der Arbeitnehmer nach unserem System ein – zu erhalten?

(Volker Schlotmann, SPD: Hier ist das Parlament, Herr Kollege! Hier ist das Parlament! Hier ist das Parlament, Herr Kollege!)

Haben Sie einmal ausgerechnet, wie lange er fahren müsste? Können Sie das dem Plenum sagen?

(Beate Mahr, SPD: So gut wie Herr Riemann rechnet doch keiner!)

Ich kann es Ihnen sagen: Das sind mehr als 160 Kilometer täglich! Mehr als 80 Prozent der Pendler fahren nur 50 Kilometer täglich. Diese Leute haben eine Verbesserung mit unserer Einführung des Steuersystems und mit der Umgestaltung des Steuersystems. Ich sage Ihnen, das wird auch gut so sein. Moorschutz, Gerechtigkeit ...

(Holger Friedrich, SPD: Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Gerechtigkeit erhöht ein Volk.)

Genau, das ist gerecht, das ist kinderfreundlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja!)

Das Moorschutzkonzept ist heute hier genannt worden und ich habe ein prima Beispiel – der Umweltminister ist ja nicht da –, wie Moorschutz in diesem Land nachhaltig gemacht wird:

(Volker Schlotmann, SPD: Reden Sie doch mal mit dem Parlament!)

In der Gemeinde Bugewitz, Stadt Anklam, geht der Streit herum, ob man Flächen flutet.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Nun weiß ich als Landwirt, wenn man ein Moor wieder aufbauen will, dann darf man es nicht fluten, sondern man muss es vernässen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Aber nein, das Umweltministerium schreibt vor, wenn ich euch Fördermittel für eine Straße oder für einen Ortsteil gebe, dann müsst ihr erst fluten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Absaufen lassen! Absaufen lassen!)

Fluten dient nicht dem Mooraufbau, das müsste man eigentlich auch wissen, wenn man Fachleute dazu befragt.

(Volker Schlotmann, SPD: Ist das jetzt zu dem Programm?! – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Lassen Sie ihm doch einen Termin beim Umweltminister geben, der hilft!)

Meine Damen und Herren, Herr Rehberg hat es schon angesprochen,

(Rudolf Borchert, SPD: Aber am Moorschutzprogramm wollen Sie doch festhalten, Herr Riemann, oder?!)

diese Landesregierung bringt nicht die Kraft auf, die Ministerien zu verkleinern. Diese Landesregierung bringt nicht die Kraft auf, das Kabinett zu verkleinern.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Ich habe hier die Mittelfristige Finanzplanung, Seite 2, dort finden Sie bis 2009 alle Ministerien in schöner Stille wieder aufgeführt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Na klar! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie dann Ihrem Generalsekretär sagen, na, was die CDU an Vorschlägen macht, das hat der Ministerpräsident schon gesagt. Im Haushalt – Fehlanzeige! Fehlanzeige, meine Damen und Herren! Da hätte es reingehört,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, da hätte es reingehört.)

da hätte man sagen müssen: In der Mittelfristigen Finanzplanung sehen Sie, dass wir die Ministerien zusammenlegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Sie sehen das in unserem Haushalt ab 2007.

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn man in dieser Legislaturperiode schon nicht die Kraft hat, dass man sich das für die nächste Legislaturperiode aufhebt oder dafür aufhebt, wenn vielleicht zwei Minister nach Berlin gehen können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, das lassen wir lieber, das ist zu teuer!)

da sei der liebe Gott davor!

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, na, na!)

Ich denke, die Bevölkerung erkennt ja auch zunehmend, welche Luftblasen hier die Linken in die Welt setzen, und zwar unfinanzierbare Versprechen und Luftblasen!

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Na, ich weiß nicht, ob Sie nachgerechnet haben, Herr Riemann.)

Meine Damen und Herren, schauen wir noch einmal in die Mittelfristige Finanzplanung hinein. Der Landtag hat ja einen Beschluss gefasst. Und zwar lautet dieser Beschluss sinngemäß, die Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen solle 2005 annähernd den gesetzlichen Bestimmungen ab 2006 entsprechen. Wir meinen zwar, dass wir 2005 etwas verbessert haben, aber wir finden hier in dem Text auf der Seite 27, in keinem Jahr werde es gelingen, den Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zu gestalten.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Finanzpolitik, Frau Finanzministerin, sieht anders aus. Die Vorschriften für Investitionen und für Nachholbedarf für die unterproportionale Finanzkraft der Kommunen lauten, Sie kürzen in diesen Bereichen, Sie verwenden die Bundesergänzungszuweisungen konsumtiv.

Und dann finden wir noch den schönen Satz – ich glaube, Herr von Storch hat ihn heute früh schon zitiert –, was unsere Haushaltspolitik auszeichnet, auf der Seite 63 zum „Zukunftsfonds“: „Die inhaltliche Ausrichtung ist durch die Koalitionsfraktionen festzulegen.“ Das ist Haushaltspolitik nach Gutsherrenart. So verstehen Sie dieses Parlament!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Landtag legt ein für alle Mal fest, wie die Mittel verwendet werden. Sie können Vorschläge machen, meine Damen und Herren, und nicht die Koalitionsfraktionen legen hier etwas fest.

(Rudolf Borchert, SPD: Das hatte ich aber auch schon klargestellt, Wolfgang, ne?)

Ja, bitte schön, das ist eine offizielle Regierungsvorlage, Herr Borchert, Drucksache 4/1799.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, gegen die Regierung.)

Bitte schön, Sie stellen die Regierung und ich meine, das gehört dort einfach nicht hinein.

Was ich vermisste, meine Damen und Herren, sind Schwerpunktsetzungen in diesem Haushalt, Schwerpunkte vielleicht wie die Bildung.

Frau Gramkow, Sie haben mir gesagt, ich hätte einen hervorragenden Bildungsweg genossen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, das habe ich festgestellt bei Ihnen.)

Ich sage Ihnen, ich habe es genossen, als ich in der 11. Klasse von der EOS geflogen bin.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich habe es genossen, weil ich den Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in Prag nicht befürwortet habe.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Du hast trotzdem Abitur gemacht.)

Ich habe es genossen, dass ich von der Fachschule geflogen bin,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das habe ich nicht gesagt.)

als ich in der Jungen Gemeinde war. Das habe ich sehr genossen, dieses Bildungssystem!

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann meine ich nicht das Bildungssystem, sondern das politische System.)

Und, meine Damen und Herren, ein letztes Wort dazu – und ich darf wieder zitieren –, wie unsere Bildung draußen ankommt, Ihre Bildung und nicht unsere: „Das Schuljahr in Mecklenburg-Vorpommern beginnt chaotisch“, mailt Hendrik Seidelmann, Wismar. „Seit 1998 arbeite ich als Lehrer in M-V, bisher an fünf Schulen. Keines der Schuljahre begann geordnet.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

„Nie war zu Beginn der Sommerferien eine Planung möglich, oft auch zu deren Ende nicht. Die Kultusbehörden sind zu einer mittel- oder gar langfristigen Planung entweder nicht in der Lage oder nicht bereit. Statt den Schülern Wissen zu vermitteln, muss man sich als Lehrer ständig mit neuen Erlassen und Gesetzen beschäftigen. Rot-roten Bürokraten ist das offenbar egal.“ – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Altmeister deutschsprachiger Wortgewalt Goethe hat einmal gesagt: „Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles.“ Keine Angst, ich will jetzt keinen Beitrag zur jahrhundertelangen „Faust“-Diskussion leisten. Aber ich musste an dieses Zitat denken, als ich folgende zwei Sätze in der Mittelfristigen Finanzplanung, Seite 16, las: „Die Finanzpolitik entfaltet insbesondere gesellschaftspolitische Wirkungen und steht im Mittelpunkt der politischen Koordinierung. Denn zwischen gesellschaftlichen und individuellen Zielen einerseits und dem verantwortungsvollen Einsatz verfügbarer Geldmittel für deren Realisierung andererseits schafft sie die Voraussetzungen für nachhaltige Akzente einer erfolgreichen Politik.“

Nun gebe ich zwar gern zu, dass es in Mecklenburg-Vorpommern durchaus so scheint, als ob es so ist, aber eigentlich muss es anders sein. Im Mittelpunkt muss die Frage stehen, wie wir das Land gestalten müssen, damit wir 2020 ausreichend Wertschöpfung, sprich Lebensperspektive durch Arbeitsplätze, haben, damit Mecklenburg-Vorpommern auch nach dem Solidarpakt II eigenständig weiterleben kann und damit wir die Beseitigung der Probleme, von denen Frau Gramkow richtigerweise gesprochen hat, wirklich mit nachhaltigen Akzenten angehen können. Diese nachhaltigen Akzente muss aber die Politik setzen und Finanzpolitik ist ein Dienstleister dabei und steht nicht im Mittelpunkt.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Finanzmittel sind Mittel zum Zweck.)

Und bei einem solchen Herangehen, das will ich auch einmal sagen, kommt es dann vielleicht sogar dazu, dass wir endlich anfangen, Konzepte gegen Abwanderung zu

entwickeln, statt immer nur wie das Kaninchen vor der Schlange dazustehen und zu bejammern, dass die Leute weggehen.

Eine zweite Anmerkung: Ich habe immer betont, dass ich Doppelhaushalte generell für richtig halte, und sie haben sich aus meiner Sicht auch bewährt. Allerdings – und da knüpfe ich an die Probleme an, die Frau Gramkow angesprochen hat – in der jetzigen Situation halte ich einen Doppelhaushalt für mehr als bedenklich.

Ich gebe ja zu, dass die vorgezogene Bundestagswahl keiner voraussehen konnte, aber angesichts der Änderungen, die auf uns zukommen, spätestens für das Jahr 2007, egal, wer die Wahl gewinnt, hätte die Regierung den Plan 2007 wohl besser in der Schublade gelassen. Und klar war – das will ich auch deutlich sagen – von vornherein, dass zum heutigen Zeitpunkt der Debatte über den Doppelhaushalt 2006/2007 hinsichtlich der EU-Strukturfonds vieles nebulös sein muss und sein wird. Nach dem Scheitern der Finanzierungsverhandlungen auf der EU-Ebene halte ich die Zuversicht hinsichtlich der zukünftigen Mittel aus den EU-Strukturfonds zumindest für sehr mutig.

Eine dritte Anmerkung zur Personalbewirtschaftung: Wenn man sich das Haushaltsgesetz in Gänze anguckt, dann besteht es – ich habe das nicht durchgezählt – zu circa 90 Prozent aus Sonderermächtigungen, meistens für das Finanzministerium. Ich möchte das am Beispiel Personalbewirtschaftung verdeutlichen. Im Haushaltsgesetz Paragraph 8, „Besetzung von Stellen“, finden wir 18 Abschnitte mit noch weiteren Unterpunkten, die alle Sonderermächtigungen enthalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wenn so viel Sonderregelungen notwendig sind, stimmt dann vielleicht das System der Personalbewirtschaftung nicht? Wären nicht mehr Flexibilisierung und Eigenverantwortung in den Bereichen sehr viel hilfreicher auf der Basis der Personalbudgets, die ich für eine sehr gute Einrichtung halte, also für ein sehr gutes Steuerungsinstrument? Wäre da nicht sehr viel mehr zu erreichen?

Und einen Hinweis kann ich mir dann doch nicht verkneifen. In Paragraph 10 Absatz 2 geht es um drittmittel-finanzierte Stellen. Die Hochschullehrer, die Drittmittel einwerben, sind nicht verpflichtet, diese Mittel durch den Hochschulhaushalt oder den Landeshaushalt laufen zu lassen. Und deshalb ist die Ermächtigung für das Bildungsministerium, zusätzliche Stellen aus dem Drittmittelbereich besetzen zu können, rechtlich mindestens fragwürdig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Ilka Lochner-Borst, CDU: Richtig.)

Ein vierter Gedanke: Im Paragraphen 17 des Haushaltsgesetzes zur Komplementärfinanzierung werden Ermächtigungen für Umstrukturierungen beantragt. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel, bei dem ich mich ein bisschen auskenne, das Institut für Ostseeforschung Warnemünde. Seit Jahren kämpfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, zumindest einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsministeriums und auch einige Abgeordnete darum, den Rechtsstatus dieses Instituts zu verändern, weil das IOW das einzige ist, das im Haushalt mit eigenem Kapitel auftaucht und zum Beispiel von Haushaltssperren voll erfasst wird, was sich mehr als negativ auswirkt. Jetzt soll hier im Gesetz eine Ermächtigung an das Finanzministerium erteilt werden, dass das alles viel-

leicht geändert werden kann. Das IOW hat aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein eigenes Kapitel im Einzelplan 07. Warum, wenn wir das wollen, machen wir das nicht einfach? Warum sollen wir hier eine Ermächtigung erteilen? Wenn wir endlich diesen Schritt, der notwendig ist, gehen wollen, dann sollten wir ihn gehen und nicht irgendwelche Ermächtigungen erteilen.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

Ich glaube, dass das, soweit ich das beurteilen kann, in den anderen Fällen, die in diesen Paragraphen angeführt sind, in ähnlicher Weise gilt.

Eine letzte Bemerkung zum Haushaltsbegleitgesetz: Ich habe schon in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Verfassungsgerichtsurteil darauf hingewiesen, dass ein Haushaltsbegleitgesetz möglicherweise und wahrscheinlich verfassungskonform ist, damit aber eine inhaltliche Überfrachtung der Arbeit dieses Landtages passiert. Und ich sage es an dem Beispiel des vorliegenden Haushaltsbegleitgesetzes: So ganz auf die Schnelle und nebenbei ändern beziehungsweise erlassen wir erstmals acht Gesetze! Und das sind nicht Peanuts, kein Gesetz ist Peanuts. Ich sage das auch am Beispiel des Bereiches, in dem ich mich am besten auskenne, dem Bildungsausschuss, Artikel 6 zum Weiterbildungsgesetz. Hier geht es um das Problem, das hier schon öfter eine Rolle gespielt hat, nämlich um die politische Bildung. Da kann ich nicht einfach mal ein paar hunderttausend Euro irgendwohin umschieben und dann hat sich das, indem ich so nebenbei ein Gesetz ändere.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nein, das machen wir nicht.)

Hier geht es um inhaltliche Fragen der politischen Bildung, dafür muss man sich Zeit lassen. Das kann man während des Haushaltsgesetzes nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Dafür gibt's doch die Unterrichtung
zur Neustrukturierung.)

Aber wir verfassen, Frau Gramkow, nebenbei mal schnell so ein Gesetz,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nein, das machen wir nicht nebenbei und
schnell! Wir haben zwei Jahre diskutiert.)
Du warst doch dabei ein Jahr lang!

ohne eine vernünftige, inhaltliche Debatte ermöglicht zu haben. Und wir haben Artikel 7 – Herr von Storch hat das schon angesprochen –, wo Einschränkungen bei den Studienreferendaren und den Lehramtsanwärtern beschlossen werden sollen, auch mal kurz nebenbei, während der Bildungsausschuss sich mit dem Haushalt 2005 sowie dem Haushalt 2006/2007, mit den Gesetzen im Haushaltsbegleitgesetz zum Haushalt 2005 und nun noch mit den Gesetzen zum Haushalt befassen muss, und alles innerhalb von maximal drei Monaten. Das soll solide Landtagsarbeit sein?! Das tut mir Leid, hier fehlt mir jegliche Solidität. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir werden uns Mühe geben.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Die Finanzministerin hat ums Wort gebeten. Bitte, Frau Keler, Sie haben das Wort.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Redestart von Herrn Rehberg war ja sehr fulminant, aber er bestand in erster Linie aus Halbwahrheiten. Und ich will es Ihnen einmal an drei Beispielen deutlich machen, damit das hier nicht so im Raum stehen bleibt:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Erstens. Die Stelleneinsparung durch Verlagerung auf die Kommunen ist falsch. Die Stelleneinsparung ist vorher gerechnet und wenn wir auf die Kommunen verlagern, ist das dann noch einmal ein zusätzlicher Abbau.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben die Personalausgaben natürlich bereinigt berechnet und ich habe Ihnen hier gesagt, dass wir 80 Millionen Euro bereinigt eingespart haben. Auch das muss beachtet werden.

Zweitens. Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben behauptet Herr Rehberg, sie seien gestiegen. Ich habe hier ja vorhin berichtet, wie die tatsächliche Situation eigentlich ist, dass wir in erster Linie eine deutliche Steigerung bei den Ausgaben in Rechtssachen haben. Das sind gesetzliche Leistungen und wenn wir dann noch die BBL-Umschichtungen berücksichtigen, dann haben wir natürlich bei den sächlichen Verwaltungsausgaben eine deutliche Einsparung.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Können Sie das mal beziffern?)

Und drittens hat Herr Rehberg behauptet, dass wir bei unseren laufenden Ausgaben keine Einsparung von 2003 zu 2007 haben. Er hat aber nicht berücksichtigt, dass im Jahr 2003 natürlich Hartz IV noch gar nicht mit veranschlagt war. Hartz IV veranschlagen wir mit 160 Millionen Euro und diese muss man schon bei all diesen Berechnungen immer mit berücksichtigen. Es hat hier nicht nur eine Konsolidierung, wie er behauptet, zu Lasten der Kommunen stattgefunden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das Letzte, was er gesagt hat: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, ist ein schöner alter Spruch.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Ja. –

Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich würde sagen, es wäre schön gewesen, die CDU hätte Anfang der 90er Jahre mehr gespart,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Frau Keler, wir wissen doch, dass wir beide voll dabei waren!)

denn da sind die höchsten Verschuldungen eingetreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie waren doch von Anfang an dabei.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, es liegen mir weiter keine Wortmeldungen vor. Dann schließe ich die Aussprache.

(Torsten Renz, CDU: Ein Glück auch.)

Der Ältestenrat schlägt vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung auf den Drucksachen 4/1800 und 4/1812(neu) sowie die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1799 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Rechts- und Europaausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Bauausschuss, an den Sozialausschuss, an den Umweltausschuss, an den Tourismusausschuss sowie an den Sonderausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit einer Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, Drucksache 4/1824.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/1824 –

Das Wort zur Einbringung hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sechste Änderung des Finanzausgleichsgesetzes fällt im Vergleich zu den vorhergehenden Änderungen relativ gering aus. Weil das so ist, lassen Sie mich bitte eine Bemerkung voranschicken, bevor ich Ihnen die einzelnen Änderungsvorschläge erläutere.

Frau Keler hat heute früh schon darauf hingewiesen, dass der Solidarpakt II bis 2019 auf null zurückgeführt wird. Das wird zur Folge haben, dass die jährliche Finanzausgleichsleistung, die im FAG enthalten ist, über 300 Millionen Euro pro Jahr abnehmen wird, so dass wir von heute 1,129 Milliarden auf weit unterhalb 1 Milliarde Euro bis 2019 landen werden. Diese über 300 Millionen Euro weniger in den kommunalen Haushalten werden eine dramatische Reduzierung der Ausgaben der Kreise, Städte und Gemeinden zur Folge haben müssen. Ich sage es auch deswegen, weil bereits heute das Verwaltungshaushaltsdefizit aller kommunalen Haushalte höher als 500 Millionen Euro ausfällt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ungefähr die Summe, die Sie gekürzt haben in den letzten Jahren.)

Herr Dr. Jäger, nun müssen wir die Frage beantworten, warum dieses so ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil Sie kürzen.)

und zwar im Vergleich zu allen anderen neuen Ländern

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und auch zu den alten natürlich ist die Finanzausgleichsmasse im Jahre 2006 einwohnerbezogen immer noch die höchste in Deutschland. Das muss man berücksichtigen, wenn wir diese Fragen beantworten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Unsere Aufgaben sind nicht nur einwohnerbezogen.)

Also müssen wir uns ansehen, was sich unsere Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern leisten, vielleicht leisten sie sich auch zu viel.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Zum Beispiel zu viel Ministerien.)

Beispielsweise – ohne Wertung, ich will es nur mal in den Raum stellen – leisten sich die Kommunen in unserem Bundesland auf 1.000 Einwohner 32,5 Theaterplätze. Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 10,3, also das Dreifache gegenüber dem Durchschnitt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Reden Sie
doch mal mit Ihren Kollegen!)

das reiche Bundesland Bayern bei 11,9, der Theaterstandort Berlin bei 5,1, Mecklenburg-Vorpommern bei 32,5. Das heißt, es gibt bestimmte Bereiche, Ausgabenbereiche auf kommunaler Ebene, wo wir uns in Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr leisten

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

als andere Kommunen in anderen Ländern, und deswegen ist die Frage, wo wir langfristig – über die Landesebene reden wir heute nicht, jedenfalls nicht an dieser Stelle –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, eben!)

auch auf kommunaler Ebene einsparen müssen.

Ich sage nicht, dass es nicht auch politische Schwerpunkte geben muss im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern, aber wenn wir uns auf der einen Seite mehr leisten, dann müssen wir zusätzlich auf einer anderen Seite den gleichen Betrag beim Ausgabeverhalten der Kommunen einsparen, meine Damen und Herren. Das sind die Realitäten. Und ich will der FAG-Debatte im Einzelnen vorausgreifend sagen, dass wir nur dann, wenn wir die Realitäten in Mecklenburg-Vorpommern anerkennen, uns den Herausforderungen für die nächsten Jahre verantwortlich stellen.

Das heißt erstens Abbau eines Defizites in den Verwaltungshaushalten der Kommunen von über 500 Millionen Euro, allein über 400 davon haben die kreisfreien Städte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

zum Beispiel auch die Landeshauptstadt, und zweitens Einsparungen von mehr als 300 Millionen Euro jährlich in den nächsten Jahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind schuld an
über 30 Millionen Kürzungen, Herr Minister!)

Herr Rehberg hat vorhin von kumulativen Rechnungen gesprochen. 300 Millionen jährlich sind in zehn Jahren ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Seitdem
Sie im Amt sind, sind wir pleite.)

3 Milliarden Euro müssen eingespart werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Verwaltungsreform allein auf Kreisebene bringt 100 Millionen Euro jährlich, 200 müssen wir woanders suchen. Und das heißt mit anderen Worten ...

(Torsten Renz, CDU: Ich denke, 180.)

Auf Kreisebene 100, Herr Renz, ich kann Ihnen das gern auch noch einmal zum wiederholten Male erläutern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bisher
haben Ihre Zahlen nie gestimmt.)

Und das heißt, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

wir brauchen erstens in diesem Land eine Debatte mit den ehrenamtlichen Vertretungen und den Verwaltungen über die Ausrichtung der Leistungsangebote auf kommunaler Ebene.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zweitens. Wir brauchen Rechtsaufsichtsbehörden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist immer dasselbe.)

die die strategische Aufgabe der Einsparvolumina auf kommunaler Ebene erkennen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Immer dasselbe!
Sind Sie eigentlich Kommunalpolitiker?!)

Und drittens, Herr Dr. Jäger, brauchen wir Landespolitiker – dazu zähle ich auch den Kommunalminister –, die, ich sage es im Plural, ehrlich und gewissenhaft diese Diskussion führen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann tun Sie das
doch mal! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich weiß schon, was Sie sagen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Überhaupt nicht.)

Sie werden hier stehen und sagen, das Land muss mehr Geld auf die Kommunen überweisen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Selbstverständlich.)

Diese Diskussion ist unseriös, das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso denn das?)

Und deswegen sage ich Ihnen, wenn wir mit den Kommunen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Innenminister,
Sie können nicht andere beleidigen! Das geht
so nicht. Bleiben Sie mal bei der Sache! –
Glocke der Vizepräsidentin)

den Bürgermeistern, Landräten und den Gemeindevertretern,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben
Sie denn für die Kommunen getan?)

mit diesen Kommunalpolitikern eine ehrliche und aufrichtige Debatte führen, kommen wir tatsächlich einen erheblichen Schritt weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ehrlich heißt
Gefolgschaft hinter Frau Keler.
Sie trauen sich doch nicht.)

Nun kommen wir zu den Einzelschriften

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir vermissen Sie als Verbündeten.)

des Gesetzentwurfes für 2006 und folgende. Bereits beschlossen wurde in der fünften Änderung des FAG, dass der Gleichmäßigkeitsgrundsatz ab dem nächsten Jahr voll

wirksam wird. Sie haben schon gehört, dass das Volumen des Finanzausgleiches für 2006 1,129 Milliarden Euro beträgt. Von kommunalen Vertretern, Vertretern der Verbände und nicht zuletzt auch von der Opposition in diesem Lande, der CDU, wird unter Bemühung der Landesverfassung ein subjektiver Anspruch jeder einzelnen Kommune auf eine Mindestfinanzausstattung gefordert.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Eine solche Diskussion, meine Damen und Herren, wird ja auch derzeit vor dem Landesverfassungsgericht geführt und ist aus Sicht der Landesregierung deswegen einseitig,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

weil es nicht allein darum gehen kann, die kommunale Finanzausstattung nach den Wünschen der Kommunen sicherzustellen, sondern, meine Damen und Herren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann müssen Sie sich eine andere Verfassung suchen, Herr Timm.)

alle politischen Handlungsfelder des Landes in Mecklenburg-Vorpommern angemessen auszustatten, das heißt innere Sicherheit genauso wie Rechtsprechung, Hochschule genauso wie Bildung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Angemessen heißt, bei den Kommunen zu sparen und selbst das Geld zum Fenster rauszuwerfen.)

Es geht insgesamt darum, die politische Handlungsfähigkeit des Bundeslandes im Ganzen aufrechtzuerhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und weil das so ist, haben Land und Kommunen sich im Jahre 2002 darauf geeinigt, den Gleichmäßigkeitsgrundsatz einzuführen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und die Mindestfinanzgarantie, die vergessen Sie immer. –

Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben keinen Mut.)

Dieser Gleichmäßigkeitsgrundsatz – das haben wir in diesem Hohen Hause nun schon häufig diskutiert – wird im Jahre 2006 voll angewandt ohne, wie Sie fordern, Mindestfinanzgarantie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich, beides zusammen geht nur. So war es auch versprochen.)

Bei der gemeinsamen Einnahmebetachtung von Land und Kommunen zeigt sich, dass die Belastung des Landes deutlich größer ist als die der kommunalen Ebenen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber selbst verschuldet. Reduzieren Sie doch Ihren Verwaltungsapparat!)

Das ist Ihnen in dem Finanzausgleichsgesetz dargelegt und Sie haben es sicherlich auch nachgelesen.

Meine Damen und Herren, die strukturellen Defizite belasten die kommunalen Haushalte sehr, ich habe darauf hingewiesen, jedoch führte die Steuergesetzgebung des Bundes zur deutlichen Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens, nämlich um 50 Millionen Euro für das Jahr 2004.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Für ganz wenige Kommunen.)

Die Kassenstatistik per 31.12.2004 wies daher auch erstmalig wieder für alle Kommunen des Landes einen

positiven Finanzierungssaldo aus, nämlich ein Plus von 25 Millionen Euro unter dem Strich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen, dass es ganz wenige sind.)

Das heißt, meine Damen und Herren, die Einnahmen auf kommunaler Ebene waren höher als die Ausgaben. Durch die hohe außerplanmäßige Tilgung konnte sogar der Verschuldungsgrad insgesamt für alle Kommunen von 2,4 Milliarden Euro auf 2,39 Milliarden Euro zurückgeführt werden, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, auf kommunaler Ebene. Hier wird wirklich gespart. Nehmen Sie sich mal ein Beispiel!)

Die letzte Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres wies im Vergleich zur Steuerprognose des Vorjahres für die Kommunen moderate Erhöhungen der Steuereinnahmeerwartung bis 2009 aus, während die Steuereinnahmeerwartung des Landes im Vergleich zum Vorjahr deutlich nach unten korrigiert werden musste.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage das deswegen, weil der Gleichmäßigkeitsgrundsatz natürlich die Einnahmeerwartung des Landes und der Kommunen miteinander vergleicht. Wir haben, obwohl eine Korrektur möglich gewesen wäre, dies nicht getan.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind ja so dankbar.)

Wir haben es Ihnen im Gesetzentwurf dargelegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Mir kommen gleich die Tränen.)

Gerade die Konsolidierungsbemühungen auf kommunaler Ebene haben das Land veranlasst, den Gleichmäßigkeitsgrundsatz unverändert für 2006 anzuwenden.

Meine Damen und Herren, als Bestandteil der sechsten FAG-Novelle wurde erstmals, wie ich sagte, eine Überprüfung der Finanzverteilung der Gesamteinnahme des Landes auf die beiden Ebenen Land und Kommunen vorgenommen. Und weil wir bei dieser Überprüfung die Belastungen auf beiden Seiten gegeneinander abgewogen haben, haben wir uns entschieden, den Schlüssel unverändert anzuwenden. Das hat zur Folge, dass die Kommunen diesen Betrag von 1,129 Milliarden Euro bekommen, obwohl nach dem strikten Gleichmäßigkeitsgrundsatz dieser Betrag eigentlich überzahlt wäre. Aber – ich sage es noch einmal – wir wollen uns, auch wenn die Mindestfinanzgarantie fällt, diese Zuwendung an die Kommunen auch leisten.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die sich verringernden Einnahmen des Landes zwingen uns dazu, alle Möglichkeiten auch der Kommunen zur Einnahmeerhöhung auszu-schöpfen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso verringert? Sie haben Zuwachs.)

Hierzu ist zu bemerken, dass der durchschnittliche Hebesatz der Gemeinden bei der Grund- sowie Gewerbesteuer deutlich hinter dem Durchschnitt der übrigen neuen Bundesländer liegt. Für das Jahr 2003 wurde eine fiktive Berechnung der für Mecklenburg-Vorpommern erzielbaren Mehrergebnisse anhand der Durchschnittshe-

besätze durchgeführt. Danach ergeben sich Steuermehreinnahmen in einer Größenordnung von mehr als 50 Millionen Euro.

(Torsten Renz, CDU: Das ist doch eine Milchmädchenrechnung!)

Das Innenministerium wird und muss daher künftig ein stärkeres Augenmerk darauf legen, ob die zum Haushaltsausgleich zumutbaren Möglichkeiten der Einnahmebeschaffung ausgenutzt werden konnten. Gleiches gilt, meine Damen und Herren, bei den Landkreisen für die Bemessung der Kreisumlage, die in einer Vielzahl von Fällen ohne ausreichende Analyse der gemeindlichen Haushalte im Hinblick auf eine zumutbare Belastbarkeit durch die Umlage erfolgt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Damit machen Sie die Gemeinden wieder kaputt.)

Einige Kreistage haben die Hinweise meines Hauses auch vorbildlich beachtet, nicht alle, aber einige.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, neben der Überprüfung des Finanzverteilungsverhältnisses war Schwerpunkt der vorliegenden Gesetzesnovelle die Anpassung der Zweckzuweisungen an das neue zentralörtliche System im Landesraumentwicklungsprogramm. Für die Gemeinden, die durch das jetzige dreigliedrige System aus Oberzentren, Mittelzentren und Grundzentren ihren Status als zentralen Ort verlieren, sind im neuen FAG Übergangsfinanzierungen vorgesehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr geringe.)

Der Gesetzentwurf geht davon aus, dass bei 43 der derzeitigen ländlichen Zentralorte die neuen Kriterien eines Grundzentrums nicht erfüllt werden. Für jede dieser Kommunen ist nach dem neuen FAG eine Übergangsfinanzierung von je 95.000 Euro für die Jahre 2006 und 2007 vorgesehen. Die Stadt Malchin, die ihren Status als Mittelzentrum verliert, erhält ein Übergangsgeld von jährlich 470.000 Euro. Dies soll helfen, den Wegfall beziehungsweise die Verringerung der Zuweisung bis 2008 abzumildern.

Insgesamt ist eine Finanzzuweisung für die genannten Kommunen in Höhe von jährlich rund 4,6 Millionen Euro geplant. Trotz der Verringerung der Anzahl der zentralen Orte bleibt es beim Finanzvolumen in Höhe von 107,3 Millionen Euro im Paragraphen 10 e für die zentralörtliche Funktion einiger Städte und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt, die Summe ist die gleiche, sie verteilt sich auf weniger Orte und deswegen bekommen diejenigen, die zentrale Orte bleiben, zukünftig mehr. Für kreisangehörige Gemeinden in außergewöhnlich schwieriger Haushaltslage sollen zusätzlich zu den bereits in der Vergangenheit angewendeten Fehlbetragszuweisungen künftig Konsolidierungshilfen gewährt werden. Für diesen Zweck sind im Finanzausgleich 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Daneben werden ab dem Jahr 2006 weiterhin Sonderbedarfszuweisungen in Höhe von 19 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung stehen.

Neu ist die Verteilungsregelung der so genannten Infrastrukturpauschale. Sie wird künftig nach den Einwohnerzahlen des vorvergangenen Jahres bemessen und nicht mehr wie bisher nach den Einwohnerzahlen

des Jahres 1995. Dies ist die Folge eines Verfassungsgerichtsurteils aus dem Jahre 2003.

Einen Umstand möchte ich noch bemerken: Die Landesregierung hat sich entschlossen, den Finanzierungsbedarf aus den Fusionsprämien für die Gemeinde- und Ämterfusion der Verwaltungsreform, die zum 1. Januar 2005 abgeschlossen wurde, mit einem Anteil von 16 Millionen Euro, meine ich, 50 Prozent jeweils, weiter zu finanzieren über 2006 und 2007 hinaus. Das war auch die Zusage.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Herr Ringguth, das ist nicht Bestandteil des FAG, aber Bestandteil des Doppelhaushaltes, den Sie vor sich liegen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das haben wir aber alle so besprochen.)

Das, meine ich, sollte man zumindest nicht übersehen, Herr Dr. Jäger, und deswegen erwähne ich es an dieser Stelle, freue mich aber, dass Sie mir zugehört haben. Vielen Dank.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine der wenigen Zusagen, die Sie einhalten. Wenn Sie sonst nichts einhalten, das haben Sie getan. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, so weit zu den Änderungen des FAG.

Die kommunalen Interessenverbände haben enttäuscht auf unsere Vorlage reagiert, das Gesamtvolumen sei zu gering.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Recht haben Sie.)

Ich habe schon darauf hingewiesen, es ist das höchste aller Länder, einwohnerbezogen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Timm, das ist einfach unzutreffend, was Sie da verbreiten.)

Nun kann man immer sagen, das Geld ist zu knapp, aber ich muss darauf hinweisen – ich habe es auch schon getan –, die Frage ist, ob die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sich vielleicht nicht zu viel leisten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, Herr Timm! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und diese Debatte werden wir in den nächsten Jahren sehr ernsthaft miteinander und auch draußen im Lande führen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie nicht so abgehoben wären, dann könnten wir das gemeinsam machen. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Entscheidende wird sein, wie die enormen Einsparerfordernisse, die der Rückgang des Solidarpaktes uns abverlangt, für die Gemeinden, Städte und Kreise eingeleitet werden können. Diese Frage muss auch die kommunalen Landesverbände interessieren, wenn sie die Realitäten nicht völlig außer Acht lassen wollen. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen in diesem Zusammenhang auch – ich sage es mal so – schärfere Instrumente bei den Rechtsaufsichtsbehörden.

Ich freue mich auf diese Debatte. Zurzeit sind wir noch nicht in der Lage, die Herausforderung zu bestehen, aber

möglicherweise durch diese Debatte und auch durch die nächsten Monate und Jahre,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch Ihr Job. Dann machen Sie mal was!)

bei denen wir uns diesen Fragen stellen müssen, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Legen Sie mal was vor! Dann gucken wir mal.)

Mehr Geld haben wir nicht. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben, und das Beste daraus machen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, jeder hat Verständnis dafür, wenn die Finanzministerin als eine Ministerin in der Landesregierung sagt, dem Land geht es schlecht, den Kommunen geht es schlecht, ich möchte als Erstes für mein Land das behalten, was ich halten kann. Dafür hat jeder Verständnis. Wofür ich kein Verständnis habe, ist, wenn sich hier der Innenminister hinstellt und sagt, wir geben eigentlich den Kommunen zu viel Geld und die leisten sich zu viel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, da muss ich Sie fragen: Wo leben Sie eigentlich?

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Sie scheinen noch niemals die Sorgen von vom Volk gewählten Vertretern in Städten, in Gemeinden, in Landkreisen überhaupt mitbekommen zu haben,

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Dafür kennen Sie die umso besser.)

wie wir uns einen Kopf machen, Herr Innenminister, dass wir im Bereich der freiwilligen Leistungen noch den einen oder anderen Jugendklub unterstützen, dass wir im Bereich der freiwilligen Leistungen noch die eine oder andere bürgerschaftliche Initiative unterstützen. Ich sage Ihnen, das ist schon sehr, sehr wenig, was wir in dem Bereich tun.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Worüber Sie hier räsonieren, nämlich dass die Kommunen sich möglicherweise zu viel Verwaltungsaufwand leisten, Herr Innenminister, wenn man im Glashaus sitzt, dann darf man bitte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Nicht die Kommunen haben mehr als 10.000 Mitarbeiter zu viel, sondern die Landesregierung. Dass die Kommunen Weltmeister im Einsparen von Stellen in unserem Lande sind, können Sie aus den Zahlen sehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Wenn Sie die Zahlen, die Sie selber vorlegen, ab und zu mal lesen, dann stellen Sie das fest. Das, was die Landesregierung bringt, ist noch nicht einmal Kreisklasse. Aber es war eigentlich nicht überraschend. Diejenigen, die

geglaubt haben, dass das Doppelgespann Gleichmäßigkeitsgrundsatz und Mindestfinanzgarantie etwas halten würde, das waren viele. Herr Müller, Sie haben das damals richtig gepredigt und haben gesagt, natürlich gehören die zusammen. Das hat noch nicht einmal für einen Haushaltsplan gereicht, meine Damen und Herren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Und dann war es noch eine große Erleichterung für uns alle, für uns Kommunalpolitiker, für uns, die wir uns um Kommunen kümmern, dass die Landesregierung bereit war,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Im April noch versprochen und im Juni dann weggeworfen.)

uns noch ein Bakschisch dazuzugeben. Sie haben das als Gewinn der Haushaltsberatungen gepriesen.

Meine Damen und Herren, ich habe schon beim fünften Änderungsgesetz gesagt, das ist Wortbruch, und das sage ich hier noch einmal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau! Das kann man auch nicht oft genug sagen. –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, Sie glauben ja meistens dem Propheten aus der eigenen Umgebung weniger als anderen. Bleiben Sie dabei!

Wir haben damals gesagt, Gleichmäßigkeitsgrundsatz ist nur dann verfassungsgemäß, wenn zugleich Mindestfinanzgarantie. Meine Damen und Herren, es gibt ein Urteil vom Thüringer Verfassungsgerichtshof aus diesem Jahr, das Sie gerne bitte nachlesen. Da ist das sehr viel toller formuliert, da ist das sehr viel sauberer begründet, dass eine Mindestfinanzgarantie so aussehen muss, dass man zunächst einmal berechnet, was haben wir als Land den Kommunen im übertragenen Aufgabenbereich aufgehalst und was kostet das.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Frau Keler erzählt uns immer, wir müssen alle sparen und deshalb auch die Kommunen. Zunächst einmal haben Sie eine Verantwortung dafür, das, was Sie den Kommunen durch Gesetz aufgelastet haben, auch zu finanzieren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Das tun Sie, meine Damen und Herren, derzeit nicht.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass einer von Ihnen aus den Koalitionsfraktionen tatsächlich geglaubt hat, dass wir jetzt nicht mehr zum Verbundsatz reden, weil Sie den jetzt im Artikel 2 des Haushaltsgesetzes verstecken. Aber es wäre naiv, wenn ich glauben würde, Sie hätten das angenommen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich den Einzelplan 11, der auch von der Landesregierung autorisiert ist, ansehen, dann sehen Sie das Ganze, was hier verschoben wird. Gegenüber 2002 sind für das Jahr 2007 die Finanzausgleichsleistungen um 234 Millionen Euro, also um 17,2 Prozent, verringert worden.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

So viel, meine Damen und Herren, zu dem, was sich die Kommunen denn so überdurchschnittlich leisten. Herr Innenminister, wenn Sie das glauben, weiß ich auch, warum Sie nicht für uns eintreten. Aber Sie glauben etwas Falsches. 17,2 Prozent beträgt die Verringerung in diesem Zeitraum. Und, meine Damen und Herren, bei den Schlüsselzuweisungen leisten Sie sich noch einen Zacken mehr. Unsere Schlüsselzuweisungen für alle kommunalen Gebietskörperschaften

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Jetzt hört alle gut zu!)

sind in diesem Zeitraum um fast ein Viertel, nämlich um 22,1 Prozent, von Ihnen gekürzt worden, „von Ihnen“ heißt von der Koalition,

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

denn die Entscheidung haben wir hier in diesem Landtag.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Fast ein Viertel!)

Und dann vertreten Sie das bitte auch draußen, dort, wo Sie kommunale Mandate haben! Und dann sagen Sie jedes Mal dazu, wenn wir einem Verein seinen Zuschuss kürzen oder streichen müssen, das waren wir hier im Landtag. Ich werde jedenfalls in der Zukunft sehr darauf achten, dass die Verantwortung klar ist. Ich sage – Frau Gramkow ist gerade hereingekommen –, meine Damen und Herren, das, was Sie jetzt vorhaben im kommunalen Finanzausgleich, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich habe Ihnen zugehört, Herr Dr. Jäger.)

Das weiß ich, selbstverständlich, wir hören uns immer gerne zu.

... kostet die Landeshauptstadt Schwerin, und das werden Sie mir abnehmen müssen, denn die Zahlen sind berechnet, wieder mal runde schlanke 3 Millionen Euro an Zuweisungen des Landes.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und, meine Damen und Herren, wo sollen wir sie denn herholen? Aus den freiwilligen Leistungen? Das schmerzt.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, ja.)

Jeder von Ihnen, der ein Stück Verantwortung gegenüber den Bürgern in sich fühlt, müsste uns eigentlich in den Beratungen, die hoffentlich jetzt noch anstehen, wenn Sie nicht jedes Mal wieder schon vorher festgelegt sind, helfen, dass wir das auch hinbekommen.

Es wird immer gesagt und auch heute ist es wieder von der Finanzministerin gesagt worden, bedauerlicherweise auch von demjenigen, der für die Kommunen zuständig ist, dem Innenminister, wir müssen alle sparen. Meine Damen und Herren, auch wenn Sie jetzt die Entscheidung über die Höhe aus dem Finanzausgleichsgesetz herausgenommen haben und in das Haushaltsgesetz verlegt haben, so wenig intelligent sind wir nicht, dass wir nicht nachrechnen können. Es ist einfach falsch, was der Innenminister hier gesagt hat. Ich fürchte, er sagt wissentlich das Falsche, und das finde ich schlimm. Er sagt, das Land bekommt in den zwei Jahren, über die wir hier reden, nämlich 2006 und 2007, weniger Geld. Das ist einfach falsch. 59,8 Millionen, die Zahlen habe ich aus dem Einzelplan 11 genommen – Frau Finanzministerin, ich hoffe, Sie haben die Zahlen ordnungsgemäß dargestellt –,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Gehen Sie bitte davon aus, dass das so ist.)

bekommt das Land mehr. Wer jetzt glaubt, dass ein bestimmter Anteil davon an die Kommunen weitergeht, der irrt ganz gewaltig.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aufgrund der Absenkung des Verbundsatzes bekommen die Kommunen 45,7 Millionen weniger. Das bedeutet – ich sage nicht, Sie betrügen uns, das wäre ein bösesartiges Wort –,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Sie nehmen uns zu Unrecht, und zwar vollkommen ohne Beachtung der kommunalen Finanzlage, einfach 105 Millionen weg.

(Beifall Egbert Liskow, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

So viel zur Gleichmäßigkeit, zur Ehrlichkeit unter den Ebenen und zur kommunalen Selbstverwaltung im Land. Das, meine Damen und Herren, geht so nicht. Und ich bin auch ganz sicher, nach den Grundsätzen, die wir aus der Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofes ableiten können, und die Verfassung dort ist nicht anders als bei uns, meine Damen und Herren, wird es wieder scheitern. Der Griff in die Kasse der Kommunen wird wieder schief gehen, nur dann haben wir mehr Unsicherheiten im Haushalt. Und, meine Damen und Herren, man merkt Ihnen an, diese kommunale Ebene, das sind für Sie unliebsame Mitesser und nicht etwa die Ebene, auf der Bürger und Bürgerinnen Selbstverwaltung erleben und mitgestalten können. Das wollen Sie gar nicht. Sie wollen uns die letzten Gestaltungsspielräume wegnehmen und das finde ich in hohem Maße bedenklich. Dann stellt sich der eine oder andere von uns noch irgendwo auf irgendwelche Plätze und beklagt mangelnde Wahlbeteiligung und sonst noch was. Meine Damen und Herren, kommunale Selbstverwaltung macht nur Spaß, wenn man Gestaltungsspielräume behält. Sie nehmen sie uns weg,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und zwar vollkommen unnötig, weil Sie Ihre Hausaufgaben nicht machen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen auch die fällige Abrechnung nicht ersparen. Wir hatten einmal ein gutes Finanzausgleichsgesetz. Darin war ein Verbundsatz enthalten, der auch nicht jedes Jahr zur Disposition stand,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

sondern das war die Garantie kommunaler Selbstverwaltung. Das haben wir alle einmal gewollt in diesem Landtag, nur Sie haben es einfach mehrheitlich geändert. Dass wir dagegen waren, brauche ich hier nicht zu erwähnen, denn gegen so etwas muss man einfach sein. Gegen die Aufkündigung der gemeinsamen Finanzverantwortung werden wir uns immer wenden. Meine Damen und Herren, dieser Verbundsatz betrug damals 28 Prozent. Der Städte- und Gemeindetag hat das in seiner Stellungnahme im Einzelnen ausgerechnet. Daher stammen auch einige Zahlen, die ich hier vorgetragen habe, weil ich mich nicht alleine auf meinen Rechenstift verlasse. Ich habe mich auf den der Finanzministerin verlassen und auf den derjenigen, die das bei uns vortragen, nämlich die kommunalen Landesverbände. Und da hätte das Land nicht einen Hel-

ler mehr abgegeben, als es vorher abgegeben hat. Das Land hätte sich nur an die Solidargemeinschaft Land und Kommunen halten müssen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Bei 28 Prozent hätten wir in den drei genannten Haushaltsjahren 2005, 2006, 2007 – Sie wissen, der Haushalt 2005 ist noch auf – 313 Millionen Euro mehr gehabt. Und, Herr Innenminister, da hätten Sie keinen Konsolidierungsfonds gebraucht, da hätten Sie gar nichts anderes gebraucht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber natürlich! Wir hätten noch mal 150 Millionen Euro Schulden in den Kommunen!)

Wenn Sie schon für den Haushalt 2005 hier etwas mehr Rückgrat als Anwalt der Kommunen gezeigt hätten, dann hätten wir viele Fehlbeträge gar nicht erst zu beklagen. Wenn gesagt wird, die Kommunen leisten sich zu viel,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist geradezu unglaublich!)

meine Damen und Herren, dann hat jemand, wie ich finde, seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Zu den einzelnen Binnenverteilungsregelungen, die der Entwurf der sechsten Änderung des FAG vorsieht, kann man sehr viel sagen. Was eingetreten ist, meine Damen und Herren, das muss Sie nicht wundern. Wenn es schon im Vorfeld Streit zwischen den beiden Gruppen gibt, wenn nämlich das Geld weniger wird, wenn Sie mehr aus dem kommunalen Finanzausgleich entnehmen, dann wird natürlich der Streit derer, die daraus ihr kommunales Leben zu finanzieren haben, groß, und prompt haben wir in den vorliegenden Stellungnahmen zum Referentenentwurf unterschiedliche Stellungnahmen der beiden kommunalen Landesverbände. Meine Damen und Herren, als Landtag haben wir zu entscheiden. Aber es macht mich schon traurig, dass wir diesen Streit dadurch schüren, dass wir die Finanzausgleichsmasse, und ich sage, unnötig, weil das Land nicht selber spart, weil es sich selber nicht an seine Grundsätze hält und es nur bei den Kommunen wegnimmt, verringern. Diesen Streit haben Sie provoziert und den werden wir alle zusammen ausbaden dürfen, denn, meine Damen und Herren, es geht einfach nicht, dass man oben weniger hineintut und dann noch glaubt, es kommt unten mehr heraus.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist eine alte Binsenweisheit.)

Das können Sie Schulkindern ab der ersten Klasse beibringen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wer sagt denn das?)

Der Herr Innenminister hat gesagt, das liegt an den Kommunen, die leisten sich zu viel. Er hat nicht gesagt, dass das Land sich so viel leistet, dass es den Kommunen über die Jahre hinweg immer weniger gegeben hat.

Und wenn ich jetzt einmal die Haushaltsfehlbeträge einer kreisfreien Stadt angucke, wenn ich tatsächlich das bekommen hätte, was einmal 28 Prozent waren, dann wissen wir beide –

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Dass wir unsere Hausaufgaben in Schwerin auch nicht gemacht haben, seitdem wir einen neuen Oberbürgermeister haben oder was?)

wir können das nachrechnen –, dass wir unsere Hausaufgaben in den letzten Jahren durchaus gemacht haben, aber es sind uns jeweils immer zwischen 3 und 5 Millionen Euro im Jahr weggenommen worden. Das heißt, belastbar waren Zusagen des Landes nie.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das Land ist nicht für die Haushaltsmisere in Schwerin verantwortlich.)

Und dann sollen wir den Bürgern gegenüber erklären, dass sie Verständnis dafür haben sollen, dass wir als gewählte Stadtvertreter oder als gewählte Mitglieder eines Kreistages

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Da kenne ich zwei Oberbürgermeister.)

nicht besser können. Wir können nicht deswegen nicht besser, weil wir nicht sparen können, sondern weil uns einfach alles das, was wir einsparen, sofort weggenommen wird.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch Unsinn!)

Ein eklatantes Beispiel: Den Brief haben auch Sie, Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Oh, natürlich! Der Oberbürgermeister hat mir geschrieben.)

den haben auch Sie, Herr Timm, wenn Sie Ihre Post lesen. Darin steht, gerichtet an alle Abgeordneten aus der Landeshauptstadt Schwerin, was es bedeutet, wenn man zum Beispiel die Tatsache nimmt, dass wir beim ÖPNV, weil wir nicht anders können, den Zuschuss kürzen. Hören Sie gut zu, meine Damen und Herren: Wir kürzen den Zuschuss beim Träger des Öffentlichen Personenverkehrs!

(Reinhard Dankert, SPD: Sie in Schwerin?)

Ja.

(Reinhard Dankert, SPD: Weil Sie einmal „wir“ sagen und einmal „Kreistagsabgeordneter“. Ich muss nur aufpassen, dass ich das richtig trenne.)

Ja, wissen Sie, ich bin nicht schizophran, sondern ich habe von denselben Bürgern, auf die ich mich hier beziehe,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, das haben Sie mir schon mal erklärt.)

mein Mandat und sie haben mir so viele Stimmen gegeben, Herr Dankert, dass ich das Vergnügen habe, sogar der Stadtvertretung vorsitzen zu dürfen,

(Klaus Mohr, SPD: Alle Achtung!)

und deswegen sage ich, wir. Und damit meine ich zunächst meine Stadt und dann meine ich das Land. Und ich sage Ihnen als Landtagsabgeordneter ...

(Reinhard Dankert, SPD: Oder haben Sie mit „wir“ gemeint „die CDU-Landtagsfraktion“?)

Nein, Herr Dankert, hören Sie mir zu!

(Reinhard Dankert, SPD: Man muss ein bisschen aufpassen.)

Ich weiß, dass das schwer fällt. Ich weiß nicht, ob Sie das in Rostock anders halten. Ich jedenfalls fühle mich

zunächst einmal den Bürgern der Stadt verantwortlich, die mir ihre Stimme gegeben haben.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist in einer Demokratie richtig. Da entscheidet für mich keine Koalition und ich lasse mich auch von niemandem irgendwo an einen Zügel nehmen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und jetzt sage ich Ihnen das, was ich unbedingt loswerden muss. Wenn wir auf der kommunalen Ebene sparen, müssen wir zum Beispiel den Zuschuss kürzen und deswegen die Tarife anheben, siehe Nahverkehr. Was macht die Landesregierung? Sie sagt ganz einfach: Da haben einige Städte ihren Eigenanteil gekürzt, deswegen kürzen wir jetzt auch den Landesanteil. Also, meine Damen und Herren, Herr Innenminister, das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch auch nicht die Begründung.)

Es kann nicht Ihr Ernst sein, dass Sie uns oben im Finanzausgleich das Geld wegnehmen. Wenn wir dann notgedrungen da kürzen, wo freiwillige Leistungen sind, also nicht gesetzlich verpflichtende, sagen Sie, prima, ihr habt gekürzt, dann kürzen wir auch. Also das nennt man prozyklisch in der Volkswirtschaft und das war, jedenfalls zu meiner Zeit, als ich noch gelernt habe, sehr verpönt. Wenn das heute anders ist, müssen Sie mich da vielleicht neu belehren.

Etwas zum kreisangehörigen Raum: Sie haben das hier nur so gestreift, dass Sie jetzt 43 ländliche Zentralorte aus der Finanzierung herausgenommen haben. Sie haben es als tolle Leistung angesehen, dass diese ländlichen Zentralorte noch eine Übergangshilfe erhalten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Übergangsgeld.)

Die Übergangshilfe ist, wenn ich richtig gerechnet habe, etwa ein Viertel von dem, was Sie bisher hatten, also pro Gemeinde gerechnet.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, das geht tendenziell natürlich zu Lasten des ländlichen Raumes, und zwar in entscheidendem Maße. Und genau in dem Raum, wo wir auf der anderen Seite Konsolidierungsansätze im FAG vorsehen, kürzen Sie. Irgendwann müssen Sie uns einmal erklären, wie das Ganze zusammenpasst.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich hoffe, dass Sie dafür Erklärungen haben. Aus der Begründung jedenfalls ist das nicht ersichtlich.

Aus dem, was ich jetzt gesagt habe, würde eigentlich die logische Konsequenz sein: Nehmen Sie diesen Gesetzentwurf zurück! Machen Sie die Hausaufgaben neu, machen Sie einen Verbundsatz so in der Nähe von 28 Prozent! Kommen Sie wieder, dann beraten wir. Nun bin ich aber kein Spinner und kein Träumer.

(Reinhard Dankert, SPD: Und wo
nehmen wir die 300 Millionen her?)

Wo wir die 300 Millionen hernehmen?

(Heinz Müller, SPD: Einsparen
von zwei Ministerien!)

Frau Keler weiß, woher Sie sie nimmt. Sie hat uns vorgerechnet, dass Sie 10.500 Stellen zu viel hat. Warum werden die denn nicht erst einmal genommen? Da erklären Sie uns ganz locker, dass das irgendwann im Jahr 2009, in Wirklichkeit 2011, wird. Meine Damen und Herren, den Kommunen steht das Wasser Oberkante Unterlippe und Sie reden von 2011. Sie haben kein Verantwortungsgefühl!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh!)

Sie haben es nicht. Sie haben kein Verantwortungsgefühl für die kommunale Ebene.

Und, Herr Dankert, genau zu unserem Zwiegespräch: Wenn Sie sich kommunal verantwortlich fühlten, dann könnten Sie einen solchen Gesetzentwurf nicht mittragen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, so wie Sie,
Herr Dr. Jäger. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich sage, ich wünsche mir sehr viel mehr Mitstreiter, die ein kommunales Amt mit Verantwortung tragen und nicht nur als Landtagsabgeordneter. Das Land darf sich selber bedienen, die Kommunen hängen an unserer Strippe. Wir werden es nicht verhindern können, dass Sie diesen Gesetzentwurf in die Ausschüsse verweisen,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

aber seien Sie sich sicher, wir werden jede Anstrengung unternehmen, um für die Interessen der Kommunen zu streiten. Im Augenblick habe ich den Eindruck, in der Landesregierung gibt es keinen. Ich hoffe, dass es bei Ihnen in der Koalition noch den einen oder anderen gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

(Torsten Renz, CDU:
Endlich mal ein Kommunal.)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einleitend möchte ich gerne einen Halbsatz von Ihnen, Herr Dr. Jäger, aufgreifen, aber ich bringe ihn anders zu Ende, als Sie es getan haben. Der Halbsatz, den ich aufgreife, heißt: „Kommunale Selbstverwaltung macht nur Spaß, wenn ...“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben dann den Satz in Ihrem Sinne zu Ende gebracht. Ich sage, jeder von uns wird unterstreichen, kommunale Selbstverwaltung oder vielleicht sogar Politik insgesamt macht Spaß, wenn man aus dem Vollen schöpfen kann, wenn die Mittel da sind, wenn man bestenfalls noch die Frage zu entscheiden hat, ob wir dieses Projekt oder jenes Projekt in Angriff nehmen können, wenn wir keinen Sparzwängen unterliegen und wenn wir einfach ausgeben können nach Lust und Laune. Dann macht es Spaß, das gebe ich Ihnen ja gerne zu, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Renz, CDU:
Das ist Sozialdemokratie.)

Nur eins müssen Sie mir zugeben:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Von einer solchen Situation, von solchen Realitäten sind wir in der Bundesrepublik Deutschland und nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland weit entfernt. Das gilt für den Bund, das gilt für alle 16 Länder und das gilt für die kommunale Ebene.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie sich mal die lila Programme an!)

Und wer glaubt, lieber Dr. Jäger, dass solche Zwänge um die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern einfach einen Bogen machen würden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie sich mal die Programme von Herrn Holter an!)

der erzählt sich selbst einen in die Tasche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Und das wollen wir doch nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo haben Sie die kommunalen Kenntnisse her, Herr Müller? Wo sammeln Sie diese?)

Die Lage der Kommunalfinanzen ist schwierig. Das haben Sie selber in Ihren Ausführungen unterstrichen. Ich will das noch einmal mit ganz wenigen Zahlen unterlegen und untermauern. Ich habe hier die Zahlen der Fehlbedarfe in den Verwaltungshaushalten, wohl gemerkt, nicht der Kreditaufnahmen in den Vermögenshaushalten, sondern der Fehlbedarfe in den Verwaltungshaushalten. Ich habe allerdings mit eingerechnet die etatisierten Fehlbedarfe des Jahres 2005.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, okay.)

Da wissen wir nicht, ob die am Ende des Jahres 2005 auf den Cent genau so eintreten. Wir hoffen alle, es wird nicht so sein. Aber wenn wir die Fehlbedarfe der Haushalte des Jahres 2005 und die aufaddierten Fehlbedarfe der Vorjahre für die Landkreise und die kreisfreien Städte addieren, kommen wir nur für diese 18 Gebietskörperschaften auf einen Fehlbetrag von 528 Millionen. Dabei ist Parchim noch nicht mitgerechnet, weil die dieses Jahr keinen Haushalt haben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Der ist schon beschlossen.)

Da müssten wir wahrscheinlich noch einmal 8 Millionen hinzurechnen. Aber darum geht es auch nicht. Die Größenordnung macht klar, es fehlt eine halbe Milliarde Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist das Ergebnis Ihrer Kürzungssorgie.)

Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erklären Sie das mal der Finanzministerin!)

Bleiben wir bei den Zahlen. Ich würde gerne noch ein, zwei Zahlen hinterherschieben. Natürlich trifft das einzelne Gebietskörperschaften sehr unterschiedlich und das hat natürlich mannigfache Ursachen. Ursachen liegen beispielsweise auch im Ausgabeverhalten einzelner Gebietskörperschaften.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist unstrittig.)

Das ist unstrittig, ja. Und gerade Sie, lieber Kollege Ringguth, sollten vielleicht bei der nächsten Zahl ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Als wir noch einen SPD-Oberbürgermeister hatten, wurde das Geld auch rausgeschmissen. Wir kürzen jetzt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vielleicht sollten Sie, lieber Kollege Ringguth, gerade Sie bei der nächsten Zahl aufmerksam zuhören.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Die nächste Zahl, die ich hier habe, betrifft die Personalausgaben pro Einwohner in unseren Landkreisen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nein, nicht Rechlin. Ich habe unsere Landkreise hier, Personalausgaben pro Einwohner.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die Personalausgaben pro Einwohner – die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2004 – gehen von 153 Euro im Landkreis Bad Doberan, das ist der günstigste Wert, bis zu 249 Euro im Müritzkreis.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das ist klar! Das ist eine olle Kamelle. – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir schaffen den Landeshaushalt ab. – Heike Polzin, SPD: 100 Punkte! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, ich lasse gerne Zwischenrufe zu.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Müller, wir machen einen Landkreis.)

Es steht der CDU-Fraktion auch noch Redezeit zur Verfügung und deswegen bitte ich zu beachten, dass Herr Müller jetzt das Wort hat.

Bitte, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich habe gar nicht gedacht, dass Sie darauf so anspringen, wenn ich nur eine Zahl aus dem Müritzkreis nenne.

(Jörg Heydorn, SPD: Herr Kollege, wiederholen Sie doch die Zahl vom Müritzkreis noch mal. Ich habe die leider nicht richtig verstanden.)

Okay, meine Damen und Herren.

(Jörg Heydorn, SPD: Die Müritzkreiszahlen noch mal, die habe ich gerade nicht mitgekriegt!)

Gerne, Herr Heydorn. Ich sage die Zahlen gerne noch einmal: 153 Euro in Bad Doberan, die nächstbeste Zahl ist dann, wenn ich das richtig sehe, 182 Euro in Ludwigslust.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, Herr Müller, Kernverwaltung wollen wir wissen!)

Nein, Personalausgaben des Kreises.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und das geht dann hoch bis 249 Euro im Müritzkreis, die 80 Cent, die noch dazukommen, wollen wir auch nicht unterschlagen.

(Heike Polzin, SPD: Und da ist auch die Landesregierung dran schuld, Herr Müller. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

So, meine Damen und Herren, Sie sehen also, in unseren Landkreisen und in unseren kommunalen Verwaltungen wird sehr unterschiedlich mit dem Geld umgegangen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Es ist auch eine Frage, wer dort politisch das Sagen hat.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Aber kommen wir noch einmal zurück auf die Einnahmesituation unserer Kreise, die hier in besonderer Weise eine Rolle spielt. Nun, da hat Herr Rehberg, den das FAG offenbar nicht so sehr interessiert, er ist nicht mehr da,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Der verlässt sich voll auf mich.)

davon gesprochen, das Land behandle die Kommunen wie seine Melkkühe.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Dr. Jäger, Sie haben gesagt, es sei unverantwortlich, wie sich das Land gegenüber den Kommunen verhält.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren, dann schauen wir uns doch bitte mal die Realitäten an und schieben mal die Sprechblasen ein bisschen beiseite.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, bitte entschuldigen Sie noch einmal.

Meine Damen und Herren, ich bitte doch, auch bei dieser spannenden Debatte so viel Ruhe zu halten, dass der Redner zu verstehen ist.

(Torsten Renz, CDU: Sie können doch nicht behaupten, dass jemand nicht da ist, obwohl er da ist!)

Meine Damen und Herren, ich bitte doch jetzt, beruhigen Sie sich.

Herr Müller hat das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich Ihnen meine Brille leihen?)

Heinz Müller, SPD: Herr Rehberg, ich bitte um Entschuldigung. Für das Protokoll: Ich sehe, dass Herr Rehberg anwesend ist. Ich habe ihn nur hier vorne vermisst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie mal auf die Regierungsbank, wer noch da ist!)

Tut mir Leid, sorry.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich bin Ihnen so dankbar.)

Also, meine Damen und Herren, schauen wir uns an, was die Bundesländer an Finanzausgleichsleistungen an

ihre Kommunen geben, und schauen wir uns an, was die neuen Bundesländer – und damit sollten wir uns zunächst einmal vergleichen – hier im Durchschnitt ihren Gemeinden zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das sind im Durchschnitt der neuen Bundesländer, ohne Mecklenburg-Vorpommern gerechnet, 638 Euro pro Einwohner im Jahr 2005. Mecklenburg-Vorpommern – ich sage noch einmal, der Durchschnitt der anderen liegt bei 638 – gibt in diesem Jahr pro Einwohner 695 an seine Kommunen. Das ist ein Spitzenplatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wer da behauptet, wir sanieren uns auf Kosten der Gemeinden, sagt die Unwahrheit.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Schauen wir uns an, wie die Gesamteinnahmesituation der Gemeinden aussieht. Ich würde jetzt einmal Mecklenburg-Vorpommern mit den finanzschwachen Flächenländern West vergleichen. Wir können auch gern den Vergleich mit Sachsen machen. Das kann ich im Ausschuss, Herr Dr. Jäger, alles gern nachliefern.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Jaja, das machen Sie mal!)

Aber wenn wir uns einmal angucken, wie da die Einnahmestruktur aussieht, können wir feststellen, dass bei den Gebühren, dass bei den sonstigen Einnahmen und bei den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit die Zahlen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den finanzschwachen Flächenländern West nur sehr gering differieren. Da haben wir also ungefähr die gleiche Einnahmestruktur.

Wenn wir uns die Steuern ansehen – ich mache das jetzt einmal wieder in Euro pro Einwohner –, dann liegen die in Mecklenburg-Vorpommern bei 297 und bei den finanzschwachen Flächenländern West bei 594. Wir haben also eine eklatante Steuerschwäche

(Ute Schildt, SPD: Ja. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern in Relation zu den finanzschwachen Ländern West. Das ist Fakt.

Die Frage ist: Wie reagiert das Land auf die Tatsache, dass bei den anderen Einnahmen das ungefähr gleich ist, aber bei den Steuern die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern extrem schwach auf der Brust sind im Vergleich zu anderen Bundesländern? Und das, was die Landesregierung tut, das, was wir als Gesetzgeber getan haben und, so hoffe ich, auch weiterhin tun, ist, diese Steuerschwäche zu kompensieren. Im Augenblick – und auch das ist eine Tatsache, Herr Dr. Jäger, die können Sie nicht wegdiskutieren – wird diese Steuerschwäche mehr als überkompensiert. Das Land gibt nicht nur den Ausgleich für diese unterproportionale Steuerkraft, sondern es gibt darüber hinaus erheblich mehr an seine Gemeinden.

Wir kommen dann insgesamt darauf, dass wieder pro Kopf gerechnet eine Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern an Einnahmen 1.635 Euro zur Verfügung hat, in den Flächenländern West nur 1.477 Euro. Das heißt, von der Einnahmesituation her sind die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern dank der Politik der Landesregierung und dank dieser Politik der Koalition besser ausgestattet als die Gemeinden in den Flächenländern West.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dann wird's höchste Zeit, dass Sie das FAG mal richtig durchreformieren! Die Gemeinden brauchen nichts mehr.)

Herr Ringguth, Ihre Zwischenrufe waren schon besser.

Also wir kompensieren die Steuerschwächen nicht nur, sondern wir überkompensieren sie,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Bernd Schubert, CDU: Ja.)

und wir haben damit eine Situation, dass unseren Gemeinden mehr an Einnahmen zur Verfügung steht pro Einwohner gerechnet als den finanzschwachen Ländern des Westens.

(Torsten Renz, CDU: Glauben Sie das wirklich, Herr Müller?! – Rudolf Borchert, SPD:

Die Zahlen sind doch eindeutig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Gehen Sie mal mit mir auf die Straße und reden Sie mal mit den Leuten! Sie scheinen überhaupt nicht mehr zu wissen, was da draußen vorgeht.)

Herr Dr. Jäger, ich gehe gerne mit Ihnen über die Straße und ich rede auch gerne mit den Leuten,

(Ute Schildt, SPD: Das macht er doch auch. – Heike Polzin, SPD: Na eben. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber das sind Fakten, die wir aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes holen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie die bezweifeln wollen, dann können wir darüber reden.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Meine Damen und Herren, weiter: Wenn wir also auf der einen Seite feststellen müssen, dass die Einnahmesituation der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern sich sehr wohl sehen lassen kann – natürlich hätte man es gern besser, aber wer hätte es nicht gern besser, klar –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe seine Rede hinten liegen. Die können wir mal allen Bürgermeistern schicken.)

dass im Vergleich zu den Gemeinden in den Ländern, mit denen wir uns vergleichen müssen, diese Einnahmesituation gar nicht so schlecht ist, wenn wir aber auf der anderen Seite feststellen, die Haushaltssituation, ich habe ja über Fehlbeträge geredet, ist schlecht,

(Heike Polzin, SPD: Woran liegt das?)

dann stellt sich doch die Frage ganz zwangsläufig, dass wir auch noch eine zweite Seite haben, die zur Finanzsituation gehört, und das ist die Ausgabenseite.

(Heike Polzin, SPD: Das ist das Problem.)

Und deswegen, meine Damen und Herren, werden wir, wenn wir hier über Geld reden, gar nicht umhinkommen, auch über diese Ausgabenseite zu reden, und das Herr Dr. Jäger, haben Sie in Ihren Ausführungen geflissentlich ausgeblendet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee!)

Und deswegen ...

(Jörg Heydorn, SPD: Einen Satz hat er davon gesagt.)

Ja, er hat davon gesprochen, wie schön es für den Jugendklub ist oder sonstige Dinge, die ich auch alle sehr positiv finde, Geld auszugeben.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Wir müssen auch über Ausgaben reden und über die Ausgabenstruktur.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber weil Herr Dr. Jäger hier das Thema des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes und der Verbundquote so strapaziert hat, einen Satz oder zwei Sätze vielleicht grundsätzlich zum Thema Gleichmäßigkeitsgrundsatz: Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat dieses Verfahren, um die finanziellen Leistungen an die Kommunen zu berechnen, nicht erfunden. Dieses Verfahren haben wir abgekupfert – das darf man doch sagen, gute Ideen zu klauen ist ja erlaubt – vom Land Sachsen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Dieses Verfahren stammt aus Sachsen und ich halte den Grundgedanken und das Verfahren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Probleme der sächsischen Gemeinden möchte ich gerne haben, Herr Müller. Die haben nämlich eine bessere Landesregierung. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

das hier angewandt wird, für vernünftig. Wir haben nämlich einen alten abgedroschenen Spruch, der sagt, wir sitzen alle in einem Boot,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und dann ist man im Parlament gleich in der Gefahr, dass einer dazwischenruft: „Jau, einer rudert, einer steuert.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das will ich noch nicht mal sagen. Sie rudern nur in die falsche Richtung.)

Hier haben wir eine Situation, in der wir dieses „Wir sitzen alle in einem Boot“ tatsächlich realisieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee!)

denn für alle, die in diesem Verfahren nicht so drinstecken, wir nehmen die Steuereinnahmen der kommunalen Ebene und wir nehmen die Steuereinnahmen der Landesebene und wir zählen zu den Steuereinnahmen der Landesebene das hinzu, was quasi Steuerersatzcharakter hat, also Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Und wir sorgen dafür, dass die eine Ebene, die kommunale Ebene, und die andere Ebene, die Landesebene, von diesem Gesamtkuchen jeweils auf Dauer ein gleichbleibendes Stück erhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Die einen erhalten 33,92, die anderen 66,08 Prozent. Wenn der Kuchen insgesamt größer wird, dann haben beide etwas davon, und wenn der Kuchen insgesamt kleiner wird, dann leiden beide.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Und das, meine Damen und Herren, ist für mich tatsächlich das Umsetzen des Satzes von „Wir sitzen alle in einem Boot.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt doch nicht!)

Ich halte dieses Prinzip für sehr gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Jörg Heydorn, SPD: Sehr sinnvolle
Regelungen. – Rudolf Borchert, SPD:
Das funktioniert doch in Sachsen.)

Aber wir alle wissen, der Kuchen wird in der nächsten Zeit nicht größer. Der Kuchen wird in der nächsten Zeit kleiner. Er wird kleiner und das muss ich hier nicht im Detail ausführen. Wir haben es wiederholt diskutiert, weil insbesondere die Mittel des Bundes über den Solidarpakt geringer werden. Und deswegen, meine Damen und Herren, die Reden, die Sie heute gehalten haben, Herr Dr. Jäger, bewahren Sie bitte gut auf. Wahrscheinlich brauchen Sie sie im nächsten und übernächsten Jahr wieder,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

denn die Gefahr, dass wir insgesamt mit weniger Finanzmitteln im öffentlichen Bereich auskommen müssen, ist sehr hoch, und das heißt auch, dass die Kommunen mit weniger Finanzmitteln auskommen müssen, genauso wie das Land. Und das ist die Wahrheit, vor der wir hier die Augen nicht verschließen dürfen. Der laute Ruf nach immer mehr ist einfach und auch verständlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht nicht um mehr, sondern um nicht so viel weniger, Herr Müller.)

Aber der laute Ruf nach immer mehr hat in dieser Bundesrepublik keine vernünftige und keine sachliche Grundlage mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also
Grundrechenarten, es gibt weniger.)

Wir müssen uns vielmehr darüber Gedanken machen, wie wir mit dem Vorhandenen möglichst viel erreichen und möglichst gut auskommen. Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns auf die Ausgabenseite schauen. Da stellt sich dann die Frage: Wo geht das Geld hin?

(Beate Schlupp, CDU: Ja.)

Herr Dr. Jäger, Sie haben über Personal beim Land gesprochen. Das ist gar nicht zu bestreiten, dass das Land zu viel Personal hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir arbeiten daran, dieses zu reduzieren. Aber wenn wir bei den Personalausgaben – und ich bin jetzt nicht bei den Stellen, ich bin bei den Personalausgaben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

und zwar nur für aktives Personal, also ohne Beteiligung der Pensionslasten und Ähnliches – bei den Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 509 Euro pro Einwohner sehen und bei den finanzschwachen Flächenländern West 432 Euro pro Einwohner und Jahr, dann sehen wir,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie verwechseln wieder
Äpfel mit Birnen! Das ist doch nicht vergleichbar!
Aufgabenbezogenheit ist doch das Wichtigste!)

dass wir in Mecklenburg-Vorpommern für Personal deutlich mehr ausgeben und uns deutlich mehr leisten, als

dies in finanzschwachen Flächenländern des Westens passiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht
richtig, was Sie da machen. – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und deshalb, glaube ich, müssen wir auch an diese Frage heran.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist Äpfel mit Birnen vergleichen.)

Also ich will hier nicht bestreiten und man kann auch nicht bestreiten, dass auf der kommunalen Ebene in den letzten Jahren enorme Einsparbemühungen unternommen worden sind

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das muss man hervorheben.)

und diese Einsparbemühungen zum Teil erhebliche Erfolge gehabt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das möchte ich hier sehr gern unterstreichen. Ich glaube, dass wir in einigen Gebietskörperschaften mit diesen Einsparbemühungen noch lange nicht am Ende sind und hier Weiteres zu tun ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das mag sein. –
Beate Schlupp, CDU: Was denn?)

Ich glaube aber auch, dass wir in einer Reihe von Gebietskörperschaften in den derzeitigen Strukturen

(Beate Schlupp, CDU: Ach so, ja.)

dieses nicht mehr weiter betreiben können,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das musste kommen, ja.)

ohne eine Situation zu erreichen, in der wir Leistungen der kommunalen Ebene in einem Umfang kürzen, wie wir dies nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Genau. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Schlussfolgerung daraus allerdings, meine Damen und Herren, kann nicht sein, dass wir sagen, dann wissen wir auch nicht mehr weiter, sondern die Schlussfolgerung daraus muss sein, dass wir fragen: Sind denn diese Strukturen, in denen die kommunale Ebene aufgestellt ist, eigentlich noch die richtigen? Sind denn diese Strukturen eigentlich noch zukunftsgemäß? Und ich glaube, die Antwort darauf kann nur ein klares Nein sein. Die Antwort auf diese Frage und die politische Strategie, die sich daraus entwickelt, kann nur sein, wir müssen unsere Strukturen so verändern, dass sie tatsächlich zukunftsfähig sind und wir auch in der Zukunft mit zurückgehenden finanziellen Ressourcen eine kommunale Selbstverwaltung unterhalten, die unseren Ansprüchen an eine solche kommunale Selbstverwaltung gerecht wird.

(Beate Schlupp, CDU: Den Nachweis
haben Sie aber noch nicht erbracht.)

Und das heißt nicht, dass man sich hinstellt und sagt, allens blifft bi'n Ollen,

(Beate Schlupp, CDU: Das hat niemand gesagt.)

und Verwaltungsreformen, die ebenfalls Gebietsreformen sind, diskreditiert,

(Beate Schlupp, CDU: Das hat niemand gesagt.)

sondern dass man sehr deutlich die Einsparpotentiale – die sind berechnet und dazu gibt es eine ganze Menge belastbare Zahlen – auch realisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Mit den belastbaren Zahlen nicht.)

Ach, Herr Ringguth, wenn Sie belastbare Zahlen vermissen, habe ich Ihr Engagement im Sonderausschuss vermisst, als es darum ging, mit einem Musterstellenplan belastbare Zahlen zu ermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Genau. –
Jörg Heydorn, SPD: So ist es.)

Das ist von anderen verhindert worden, nicht von uns!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wenn Sie sagen, wir müssen die Leute mitnehmen, Herr Dr. Jäger, die Stellungnahme aus Schwerin – darüber unterhalten wir uns noch einmal – ist ja gar nicht so ablehnend.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind richtig gut, ne?
Wir wollen nach vorne, im Gegensatz zu Ihnen,
die zurückwollen und alles abschaffen.)

Und wenn ich mir die Stellungnahme anschau, die in der Hansestadt Rostock zwar noch nicht beschlossen ist, aber vom Oberbürgermeister eingebracht werden wird,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

wo es heißt, dass man seine ablehnende Haltung aufgibt, und wo diese Stadt, bei der manche sagen, wir machen sechs plus zwei, wo eine von den zweien, die hier kreisfrei bleiben sollen, gar nicht kreisfrei bleiben will, wenn wir diese Stellungnahmen sehen,

(Beate Schlupp, CDU: Kennen Sie auch
die Stellungnahme von Uecker-Randow,
Herr Müller? – Wolfgang Riemann, CDU:
Kennen Sie schon die von Ostvorpommern? –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Kennen
Sie schon die Stellungnahme von Rügen?)

die etwa die Unternehmensverbände, etwa die Industrie- und Handelskammern, etwa die Gewerkschaften abgeben,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wenn Sie dann behaupten, wir nehmen niemanden mit und alle sind dagegen, dann sind Sie einfach realitätsblind!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jeder, der sich mit dieser Frage ernsthaft auseinandersetzt, kann sich nicht auf den Klassenstandpunkt stellen, das ist alles Teufelszeug, sondern muss schon etwas Fundierteres zu Wege bringen, und sehr viele gesellschaftliche Gruppen tun das. Da gibt es auch Kritik im Detail. Dafür sind wir als Ausschuss da und darüber werden wir ganz ausführlich reden,

(Beate Schlupp, CDU: Im Detail?)

aber die politische Linie, dass wir zu einer solchen Reform keine Alternative haben, ist, glaube ich, auch evident.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Aber lassen Sie mich noch zur Entwicklung der Einnahmen ein Letztes sagen:

(Torsten Renz, CDU: Sie wollten
noch was zu den Ausgaben sagen.)

Jetzt sage ich noch etwas zu den Einnahmen, auch wenn Ihnen das vielleicht nicht passt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei welchem
Verein wollen Sie die Zuschüsse denn?)

Es gab heute – nicht, dass Sie denken, ich würde während der Landtagssitzung Radio hören, das hat mir unser Referent auf den Tisch gelegt,

(Torsten Renz, CDU: Dafür brauchen Sie sich
doch nicht zu entschuldigen, Herr Müller.)

aber ich fand es sehr praktisch – eine Meldung vom SWR, da heißt es: „Die deutschen Kommunen werden offenbar im Jahr 2005 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben.“

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beate Schlupp, CDU: Welche? Kommen Sie mal
nach Uecker-Randow! Kommen Sie mal zum
Kreistag! – Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD:
Wer sind Sie doch gleich, Herr Müller?
Kommen Sie mal nach Uecker-Randow! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Wissen Sie,
wo das ist, Herr Müller? – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vielleicht lassen Sie mich zunächst zu Ende zitieren. Ich zitiere diese Meldung und dann können wir darüber debattieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, wo haben
wir denn hier den Südwestrundfunk?)

Haben Sie ein schlechtes Radio, Herr Rehberg?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

„Die deutschen Kommunen werden offenbar im Jahr 2005 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben. Verantwortlich hierfür“ –

(Torsten Renz, CDU: Kanzler Schröder.)

Achtung, nicht die Regierung – „seien die stark gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer, sagte der Finanzexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Dieter Vesper, dem ‚Handelsblatt‘. In diesem Jahr rechne das DIW mit einem Haushaltsplus der Städte und Gemeinden von 600 Millionen Euro, 2006 sogar mit einem Überschuss von zwei Milliarden Euro.“

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:
Oh! – Wolfgang Riemann, CDU:
Im Durchschnitt war der Graben zehn Zentimeter tief und trotzdem ist die Kuh ersoffen.)

Ich sage noch einmal, das war ein Herr Dr. Vesper vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, das meines Erachtens auch keine Dependence der SPD ist.

Aber weiter: „Die Einnahmen aus der wichtigsten Kommunalsteuer waren nach dem Platzen der New-Economy-

Blase und dem Konjunktureinbruch im Jahr 2001 dramatisch gesunken. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hatten sich Ende 2003 auf ein Sofortprogramm geeinigt, um die Einnahmen der Kommunen wieder zu erhöhen. Das zeige jetzt Wirkung, sagte Vesper.“

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ha, ha, ha!)

Also, meine Damen und Herren, bei der Gewerbesteuer haben wir bundesweit eine positive Tendenz.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wir wissen natürlich alle,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, jetzt kommt's.)

dass die Gewerbesteuer bei der bekannten Wirtschaftsschwäche – und die Steuerschwäche der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern habe ich ja schon angesprochen –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, richtig.)

hier nicht die Rolle spielt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

wie im Rhein-Main-Gebiet oder am Neckar,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

aber immerhin auch unsere Gemeinden, Herr Ringguth.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich weiß zwar nicht, wie das in Ihrer ist, aber in den größeren Gemeinden – wir haben sehr wohl und sehr deutlich etwas von Gewerbesteuer, auch im Uecker-Randow-Kreis, Frau Schlupp, aber ich möchte nicht ...

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beate Schlupp, CDU:
Wo denn? – Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel Gemeindehaushalte kennen Sie denn überhaupt? –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben auch eine Menge Hundesteuern im Land. –
Wolfgang Riemann, CDU: In manchen Gemeinden ist die Hundesteuer höher als die Gewerbesteuer. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie waren auch schon besser, ehrlich. –
Heike Polzin, SPD: Den Zwischenruf habe ich auch schon mal gehört, das Niveau.)

Ich möchte jetzt nur diese Meldung des Südwestfunks zu Ende bringen, da heißt es nämlich: „Die Zukunft der Gewerbesteuer, die uns in den nächsten Jahren dann in bundesweites Milliardenplus bringen soll, ist allerdings ungewiss. Der Finanzexperte im Kompetenzteam der Union, Paul Kirchhof, will sie ebenso wie die FDP abschaffen.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, stimmt.)

Das, meine Damen und Herren, ist die wahre Bedrohung, vor der unsere kommunalen Finanzen stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Lenz?

(Zuruf aus dem Plenum: Renz!)

Entschuldigung, Herrn Renz.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist der Frühling. –
Heike Polzin, SPD: Wie der Zirkus.)

Heinz Müller, SPD: Herr Renz, meine Redezeit geht zu Ende, deswegen muss ich Ihnen leider einen Korb geben.

Also, meine Damen und Herren, Herr Kirchhof schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 02.09.2005: „Versuche, die Gewerbesteuer zu revitalisieren oder zu modernisieren, können ihre grundlegenden Mängel nicht beheben. Die Gewerbesteuer hat keine Zukunft“. Das, meine Damen und Herren, ist die Politik der CDU.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Das ist die Politik von Herrn Kirchhof und die ist gefährlich für unsere Gemeinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Torsten Renz, CDU: Unfassbar!)

Und wenn Sie glauben, meine Damen und Herren, der Herr Kirchhof vertritt das eine, jetzt vertritt er das andere, denn das eine darf er nicht vertreten, das andere muss er vertreten, damit er einen hohen Job bekommt. Ich hoffe nur, er vertritt sich dabei nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber die CDU sagt etwas ganz anderes. Schauen wir bitte mal ins CDU-Wahlprogramm, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, das gilt.)

Bis 2009 nicht mehr, dann gilt Herr Kirchhof.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist schön.
Wenn der Herr Kirchhof gilt, ist das in Ordnung. Danke schön, Herr Müller. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

... da heißt es: „Es bleibt bei der Gewerbesteuer, bis wir im Einvernehmen mit den Kommunen und der Wirtschaft eine sinnvolle Alternative entwickelt haben.“ Auf gut Deutsch: Wir arbeiten daran, sie abzuschaffen.

(Jörg Heydorn, SPD: So ist es. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ersetzen.)

Ihr möglicher Koalitionspartner FDP sagt das in seinem Wahlprogramm ganz offen. Wie das Ganze ausgeht, können wir zum Beispiel in der Koalitionsvereinbarung von Nordrhein-Westfalen sehr schön studieren. Dort ist nämlich bereits klar zum Ausdruck gebracht worden, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Gewerbesteuer abschaffen will. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Politik, die für die Gemeinden außerordentlich bedrohlich ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehen die Gemeinden aber ganz anders.)

und nicht etwa die Politik der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun hat Herr Dr. von Storch uns vorhin gesagt, der Vorschlag von Kirchhof passe ja auf einen halben Bierdeckel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der weiß das besser.)

Vorher war das der von Herrn Merz, der auf einen ganzen passte, jetzt passt das schon auf einen halben, vielleicht sind wir bald auf die Größe einer Briefmarke herunter.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe jedenfalls den Eindruck, der Gewinn für die Kommunalfinanzen sinkt genauso wie die Größe des Berechnungszettels.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Sie sehen, meine Damen und Herren, Drohungen für die kommunalen Finanzen haben wir in der Tat. Die Lage ist schwierig, aber die bedrohliche Situation kommt nicht von der Politik der Landesregierung, sondern sie kommt ganz woanders her.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Von den Zwischenrufen.)

Sie kommt von der Möglichkeit, dass wir hier an einer der Säulen der kommunalen Finanzausstattung, der Gewerbesteuer, rütteln wollen.

Ganz nebenbei, das, was Herr Kirchhof vorhat, würde natürlich auch den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sehr deutlich schmälern, für Mecklenburg-Vorpommern pro anno um 120 Millionen Euro,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das stimmt doch gar nicht!)

aber das ist nicht so wichtig, Hauptsache, es passt auf einen halben Bierdeckel.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD – Jörg Heydorn, SPD:
Briefmarke! – Wolfgang Riemann, CDU:
Herr Müller, Sie haben keine Ahnung!)

Nun, meine Damen und Herren, haben wir – Herr Dr. Jäger hat dies getan, ich habe dies auch getan – in dieser Debatte um das Finanzausgleichsgesetz sehr viel geredet über das, was als Masse in diesem Gesetz zur Verfügung steht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar,
das ist doch das Entscheidende!)

Wir beide halten das wechselseitig für legitim. Wir haben es beide getan.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, müssen wir uns auch über die Frage der Binnenverteilung unterhalten, denn das, was der Gesetzentwurf hier vorlegt, sagt zur Masse gar nichts aus, sondern lediglich etwas zur Binnenverteilung. Lassen Sie mich in drei, vier Sätzen ein paar Dinge aus meiner Sicht dazu sagen: Dass wir bestimmte Dinge glätten, ist sicherlich unstrittig. Dass wir auf die Neustrukturierung des zentralen Ortesystems reagieren, ist notwendig. Wie wir reagieren, darüber werden wir uns unterhalten. Ich halte die gemachten Vorschläge für sinnvoll. Bei der Frage der Senkung der Mittel für den ÖPNV allerdings, Herr Dr. Jäger, fällt mir eins auf: Wir alle machen bei Stammtischen und Sonntagsdiskussionen sehr gern eine Bemerkung und sagen, die Vorwegabzüge müssen weniger werden, das ist zu viel und muss eigentlich alles in die Schlüsselzuweisungen. Aber in dem Augenblick, in dem man den ersten Vorschlag macht, um

bei Vorwegabzügen etwas zu reduzieren, geht sofort das große Geschrei los und alle fallen über einen her, als habe man wer weiß was gemacht. Ich glaube, wir müssen uns sehr sorgfältig über die Frage des Verhältnisses von Vorwegabzügen und Schlüsselzuweisungen unterhalten und dazu gehört auch die Frage des Öffentlichen Personenverkehrs.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ein Letztes, zum Konsolidierungsfonds: Ich halte ihn für sinnvoll. Ich halte ihn für notwendig. Es gibt einige Gemeinden in unserem Land, die unverschuldet in eine Situation geraten sind,

(Zurufe von der CDU: Einige?)

aus der sie allein nicht wieder herauskommen. Wir sollten die Möglichkeit schaffen, ihnen zu helfen. Das tut dieses Gesetz.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das hilft Eggesin auch nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, das würde helfen.)

Also überweisen wir es in die Ausschüsse und lassen Sie es uns dort diskutieren, aber bitte weniger mit Sprechblasen und mehr mit Fakten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte, die wir uns hier gegenwärtig leisten, wird der Arbeit der ehrenamtlichen und der hauptamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter innerhalb unserer Kommunalpolitik in den Kommunalparlamenten nicht gerecht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sie ist beschämend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Herr Dr. Jäger, wenn Sie das genauso sehen, komme ich auch zu Ihnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja, machen Sie!)

Warum sprechen wir uns eigentlich innerhalb dieser Debatte jegliches Verständnis für kommunalpolitische Angelegenheiten ab? Weil der eine es besser weiß als der andere?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich beurteile
die Leute nach ihrem Handeln.)

Nächste Woche werden wir im Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung Schwerin, dem ich seit 1990 angehöre – in der meisten Zeit als sachkundige Einwohnerin –, eine Vorlage verabschieden müssen, die uns nicht gerade leicht fällt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

weil wir bis zuletzt versucht haben, keine Gebühren von Kindern, jugendlichen Sportlerinnen und Sportlern für die Sporteinrichtungen zu nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, eben.)

Wir kommen nicht mehr umhin.

(Beate Schlupp, CDU: Ja. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, da
lade ich mal den Innenminister ein.)

An der Stelle frage ich dann uns alle: Sind das denn nun Ausgaben, die ich mir leisten kann, will, möchte oder worauf ich einfach verzichten will? Und deswegen ist das Beispiel mit den Theaterplätzen auch fehl am Platze. Natürlich werden einige Gemeinden mehr Gewerbesteuern haben und wir haben Gemeinden in diesem Land, die über unsere Debatte lachen, einige Mittelzentren, die auch noch Rücklagen haben, aber diese Kommunen werden zukünftig über die Steuerkraftmesszahl weniger oder gar keine Schlüsselzuweisungen bekommen und damit von den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer leben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und ob unsere Kreistage für ihre Aufgaben im Haushalt etwas von den zusätzlichen Einnahmen bekommen, wird doch wohl davon abhängen, ob wir in der Lage sind, über eine erhöhte Kreisumlage zu diskutieren, oder nicht.

(Egbert Liskow, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Ach!)

Und ich glaube, ich muss an der Stelle für diejenigen in der Kommunalpolitik nicht sagen, wie schwierig es für die einzelne Gemeinde ist, neben der Kreisumlage manchmal noch 100 Euro für das Erntefest zu bekommen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig,
Frau Gramkow, das sind die Fakten.)

Das sind die Fakten, aber diese Fakten belegen eben nicht, was Sie hier unterstellen wollen. Und darin liegt die Unehrllichkeit.

(Beate Schlupp, CDU: Ja. Und was kommt jetzt?)

Ich mache das jetzt wirklich über 15 Jahre mit. Kommunalpolitik und Landespolitik im Interesse der Kommunen haben immer unter jeder Regierung einen schweren Stand gehabt.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, ja.)

Es bedarf keiner großen Anstrengungen, immer zu sagen, dass die Landeskassen sparen und wir eine kommunalfeindliche Politik haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das war so.)

Daran ändert auch nichts, dass wir erhöhte Zuweisungen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber wir hatten mal einen festen Verbundsatz. Frau Gramkow, wir haben mal 28 Prozent garantiert.)

Herr Jäger, wenn wir heute die Verbundquote von 28 Prozent hätten, hätten wir im Stadthaushalt von Schwerin nicht ein Defizit von 24 Millionen Euro, sondern von 21 Millionen Euro. Was ist eigentlich daran der Unterschied?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch nicht wahr! Das ist doch nicht wahr!)

Natürlich, ich kann Ihnen sogar die Zahlen letztendlich auf den Tisch legen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihre Politik kostet uns sehr viel mehr.)

Ihre Politik ist unsere Gesamtpolitik, die wir hier machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, Sie haben das beschlossen, ich nicht! Ich würde das nie beschließen.)

und Sie können nicht ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie können nicht wieder ...

(Beate Schlupp, CDU: Diese Millionen würden uns retten. Die darf man nicht unter den Tisch kehren. – Reinhard Dankert, SPD: Herr Jäger war auch mal Innenminister.)

Herr Jäger war mal Innenminister.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da war die Verbundquote bei 28 Prozent.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und die wäre auch so geblieben! Ich hätte Frau Keler das nicht zugestanden. – Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Da gab es in diesem Zusammenhang 28 Prozent. Von weniger Steuereinnahmen ist weniger als 28 Prozent 1997!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Das ist nach Adam Riese wahr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich habe es Ihnen noch vorgerechnet.)

Und in diesem Zusammenhang, sage ich mal, können wir weiter so tun, als wenn wir uns gegenseitig etwas in die Tasche schieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht wahr.)

Wir haben eine schwierige Situation innerhalb der Kommunen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da gibt es Ursachen auf der Ebene der Kommunen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die gibt es.)

es gibt Ursachen auf der Ebene des Landes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Mich ärgert eigentlich, dass wir gezwungen sind, die kommunale Investitionspauschale zurückzufahren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay.)

dass wir gezwungen sind, zukünftig im kommunalen Bereich zu sagen, nicht mehr 90 Prozent an Fördermitteln geben zu können, sondern 75 Prozent. Das führt nämlich dazu, dass einige Kommunen von Fördertatbeständen ausgeschlossen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, richtig. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Und das wollen wir jetzt wieder ändern.)

Wollen Sie uns allen Ernstes sagen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen das mit Leichtigkeit machen?!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum tun Sie das denn nicht? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Verfassungsgerichtsurteil hat uns ins Stammbuch geschrieben, aufzupassen mit der Verschuldung des Landes. Jetzt tun wir es.

(Beifall Beate Mahr, SPD –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und wegen dieser Sache werden wir dann geohrfeigt. Sie müssen sich schon entscheiden, wie Sie in der Situation damit umgehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fangen Sie doch erst mal bei sich selber an!)

Die Situation des Landeshaushaltes ist eine schwierige. Die Kommunen haben sich mit dem Land auf Initiative der CDU sehr fair zu Fragen der Konnexität verständigt, wo wir verantwortlich sind, dass Konnexität gilt. Das heißt: Wer bestellt bezahlt.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Das wird auch für die Verwaltungs- und Funktionalreform so sein. Da gibt es ein faires Abkommen. Es gab faire Verhandlungen auch im Bereich der Finanzausstattung, aber jedes Mal, wenn es darum geht, wie wir innerhalb der Finanzausstattung zurechtkommen angesichts der gesamten Situation, diskutieren wir miteinander. Da gibt es dann eine Lobby der Kommunen, die in der Opposition sitzt, und es gibt keine Lobby mehr auf der Regierungsbank.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schade, schade!)

Ich weiß sehr gut, wovon ich rede. Ich habe das wirklich in den letzten Jahren auf beiden Bänken mitgemacht. Aber zu versuchen, in diesem Spannungsfeld einen machbaren Ansatz zu finden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

zu sagen, wir strukturieren um und versuchen tatsächlich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schlüsselzuweisungen, wovon unsere kleinen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern leben, und den Vorwegabzügen zu schaffen, das ist das Angebot.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber das steht doch gar nicht da. Davon steht doch nichts drin in dem Gesetzentwurf.)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass es an einigen Punkten nicht stimmt, dann kann man in diesem Zusammenhang mit uns darüber reden.

Aber eins ist auch Fakt: Wenn der Gleichmäßigkeitsgrundsatz gilt, und der ist ja aufgrund der Abschaffung der Mindestgarantie jetzt beklagt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

die Landkreise Rügen und der Landkreis Uecker-Randow

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

werden über das Verfassungsgericht eine Verständigung dazu herbeiführen,

(Beate Schlupp, CDU: Genau. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen ist das sehr mutig, was Sie da treiben.)

ob die Mindestgarantie notwendigerweise die Finanzausstattung der Kommunen sichern wird oder nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich denke, dass wir in diesem Zusammenhang vielleicht eine Entscheidung bekommen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die auch in unserer Entscheidungskompetenz nicht richtig war. Ich bin kein Jurist wie Sie, Herr Dr. Jäger, aber ich weiß auch, dass die Leitsätze des Thüringer Verfassungsgerichtes zum dortigen Finanzausgleich eine gute Lesart haben, wenn wir sie uns anschauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, richtig.)

Und ich denke, dass es deshalb überfällig ist, nicht nur eine kleine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zu machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Genau, ja.)

sondern dass wir den kommunalen Finanzausgleich generell neu regeln sollten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da bin ich mit dabei.)

und hier die Vorstellungen, die wir im Verwaltungsmodernisierungsgesetz im Paragraphen 101 finden, nach meiner Ansicht in zeitlicher Hinsicht nicht ausreichend sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Da biete ich entsprechende Diskussionen an.

Ich will aber noch etwas hinzufügen: Die Situation der Kommunen, ob Sie es nun wahrhaben wollen oder nicht – und wir werden uns, Herr Dr. Jäger, auch auf der nächsten Stadtvertreterversammlung damit beschäftigen –, ist natürlich auch vor eine sehr schwierige Verantwortung gestellt in Bezug auf die Umsetzung von Hartz IV und der Arbeitsmarktreformen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, stimmt. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na klar.)

Ich darf darauf verweisen, dass wir statt 707.000 Betroffenen 10.000 haben

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Grundsicherung. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und wir etwa 7,5 Millionen Euro mehr brauchen für die Kosten der Unterkunft, was nicht am Land liegt, sondern an der Frage: Wie ist die bundespolitische Entscheidung zustande gekommen? Da möchte ich gern an einen Punkt anknüpfen. Herr Müller, man kann hier jetzt in der neuerlichen Debatte hin und her reden mit Gewerbesteuer Ja oder Nein. Aber wir müssten eigentlich auch feststellen, dass es auf der bundespolitischen Ebene nicht gelungen ist, eine wirkliche Gemeindefinanzreform,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

wie sie von den Landkreisen und Städten immer wieder eingefordert ist, durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Aber an wem lag's denn? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Weil Sie das nicht können, weil Sie es nicht verstehen, Frau Keler, und anderen immer die Schuld geben! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber – Moment! Sie ist nicht zustande gekommen, weil sie an der Blockadehaltung der CDU/CSU im Bundesrat gescheitert ist. Und das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS –
Ministerin Sigrid Keler: Ja. –
Dr. Armin Jäger, CDU:
Nee, nee, das ist nicht wahr!)

Ich plädiere noch einmal dafür, dass wir die Finanzsituation der Kommunen nicht schönreden. Der Steuerzahlerbund wird sie Ihnen so nicht deklariert haben, wenn es so nicht wäre, sondern wir erleben dieses. Es ist ein Ursachegeflecht von eigenen Problemstellungen innerhalb der Landkreise, Gemeinden und der Städte, der Kleinteiligkeit unserer kreisfreien Städte. Verdammt noch mal, wir haben doch eigentlich schon in der Enquetekommission gewusst, dass die Frage der Konstruktion der kreisfreien Städte eine politische war und wir darüber reden müssen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: So ist es.)

Warum stellen wir denn das jetzt auch wieder in Frage? Wir erleben es doch. Und die Frage der Zwangseingemeindung kann nach meiner Ansicht in diesem Zusammenhang auch nicht das alleinige Motto sein.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Sagt doch keiner.)

Zum Beispiel bei der Einkommensteuer haben wir das immer wieder diskutiert. Wir erhalten die Einkommensteuer gegenwärtig nach dem Wohnort. Wir bekommen für die 5.000, die bei uns arbeiten, aber nicht leben, keine Einkommensteuer. Da hätte man über eine Splittung nachdenken können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

Es gibt doch Lösungsansätze,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

die es nicht notwendig machen, uns gegenseitig zu unterstellen, dass die verantwortliche Landespolitik alles auf Kosten der Kommunen sucht,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sondern wir sind bereit, die Partnerschaft mit den Kommunen wirklich zu pflegen und uns mit ihnen auch auseinander zu setzen. Ich denke, da geht kein Weg an einer effizienten, bürgernahen und demokratisch durchgesetzten Verwaltungs- und Funktionalreform in diesem Land vorbei. Das wird doch inzwischen auch nicht mehr von den beiden großen Spitzenverbänden bestritten, sondern es ist nur die Frage, wie wir den Weg gehen, um gemeinsam ein Ziel zu erreichen. Ich denke, selbst wenn wir mit einem Kraftakt 200 Millionen Euro den Kommunen sofort zur Verfügung stellen, werden wir die eigentlichen Probleme, die wir in der kommunalen Ebene haben, nicht lösen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Es sind strukturelle Probleme, Fragen der Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung, der hohen Arbeitslosigkeit. Da kann eigentlich nur ein Umdenken in der Bundespolitik und Landespolitik sowie die kommunale Entscheidung helfen, und nicht nur, weil diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht gewillt sind, die Kommunen zu unterstützen, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende Gramkow.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass sich dieser Landtag eine Geschäftsordnung gegeben und das Wort der jeweilige Redner hier vorn hat. Bei allem Verständnis für emotionale Situationen und für die Abgeordneten, die sich in solchen Situationen geneigt fühlen, zu reagieren oder sich mit Äußerungen zu melden, wenn das am laufenden Band geschieht und in eine Art Dialog ausartet, dann hat das nichts mehr mit der Einhaltung der Geschäftsordnung zu tun. Ich möchte dringend darum bitten, dass wir uns das Leben hier nicht unnötig schwer machen und Sie sich daran halten.

Bevor ich jetzt das Wort an den nächsten Redner übergebe, begrüße ich an dieser Stelle ganz herzlich im Saal den Amtsvorgänger, den ehemaligen Landtagspräsidenten Herrn Hinrich Kuessner.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts meines Zeitlimits möchte ich zwei Zitate in die Debatte einbringen, die Ihnen sicher zum Teil bekannt sind. Das erste Zitat stammt aus einem Brief der Landrätin des Landkreises Rügen an alle Mitglieder des Landtages. Ich zitiere: „Die Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 520.000 Euro erhöht voll den Fehlbedarf, der dadurch für 2006 bei über 4 Millionen Euro liegen wird. Dabei kann ich die Auswirkungen des SGB II und des Kindertagesstättenförderungsgesetzes (Übernahme Elternbeiträge) nicht einschätzen. Eine Haushaltskonsolidierung aus eigener Kraft ist nicht mehr möglich. Die Finanzausstattung der Kommunen sichert nicht mehr die Aufgabenerfüllung.“ Und weiter im Zitat: „Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich habe volles Verständnis dafür, dass auch das Land nach Konsolidierungsmöglichkeiten sucht. Kein Verständnis habe ich dafür, dass bei der Berechnung der Finanzausgleichsleistungen die Aufgaben der Landkreise und sich daraus ergebende Ausgaben kaum Berücksichtigung finden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist genau der Punkt. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also wenn schon, dann „Die Linkspartei.PDS“, so viel Zeit muss sein, Herr Kollege Liskow.

Das zweite Zitat stammt aus der Monatszeitschrift des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e.V. „der überblick“, Heft 8/2005, Seiten 470/471. Vorher wird in einer Kurzfassung der Redaktion zum Verfassungsgerichtsurteil Thüringens, das Herr Dr. Jäger schon erwähnt hat, über die Grundsätze, die dort angewandt wurden, geredet und dann wird fortgefahren, ich zitiere: „Nach Maßgabe dieser Grundsätze verstoßen die angegriffenen Regelungen des ThürFAG zur Bildung und Verwendung der Finanzausgleichsmasse, insbesondere auch für besondere und investive Finanzausweisungen nach Maßgabe des Landeshaushaltes gegen Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Verfassung.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

„die den Kommunen zum Schutz des Kernbereichs ihres Selbstverwaltungsrechtes eine finanzielle Min-

destausstattung und – über dieses absolute Minimum hinaus – eine von der jeweiligen Leistungsfähigkeit des Landes abhängige angemessene Finanzausstattung sichert. Das Urteil dürfte nicht nur für die anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen das FAG 2004 in Mecklenburg-Vorpommern sondern auch für die Diskussion um die Neuregelung des FAG 2006 Bedeutung besitzen.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

In diesem Zusammenhang – Frau Gramkow hat darauf hingewiesen, dass Verfassungsklagen anhängig sind – bin ich sehr gespannt, wie das Verfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern urteilen wird. Nun wird mir sicher entgegengehalten werden, bei uns ist alles anders, wir haben Absprachen mit dem Städte- und Gemeindetag sowie dem Landkreistag, was die Konnexität betrifft und, und, und. Ich bin trotzdem sehr gespannt auf das Urteil des Verfassungsgerichtes. Nach den jüngsten Erfahrungen über Urteile des Landesverfassungsgerichts und dessen, was wir hier tun, sollte mensch nicht so sicher sein, dass das, was schon beschlossen ist, und das, was hier heute zur Diskussion gestellt wird, am Ende wirklich Bestand haben wird. – Danke.

(Beifall Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Ums Wort hat jetzt noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich alles gesagt, was ich sagen wollte, nur ich möchte ...

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD: Das stimmt.)

Ja, ich hoffe, ich habe Sie aufgerüttelt. Aber ich möchte eins sagen, um Legenden entgegenzuwirken: Herr Kollege Müller, den Musterstellenplan wollte der Innenminister für eine Region seines Zuschnitts haben. Und der hat mit den derzeitigen Kreisen überhaupt nichts zu tun.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Mit den derzeitigen.)

Er hat selbst im Ausschuss gesagt, weil das nun nicht klappt bis zu der von Ihnen geplanten Beschlussfassung des Landtages, er brauche ihn nicht. Jetzt müssen Sie sich schon überlegen, was Sie hier sagen und was Sie im Ausschuss sagen. Also der Innenminister hat gesagt – und er ist nun mal Teil der Regierung und Sie noch nicht, nun lassen wir es mal dabei –, man braucht ihn nicht. Ich weiß, dass das alles so ist. Warum er das meint, hat er uns nicht gesagt, aber das werden wir vielleicht noch erfahren.

Und zur Gewerbesteuer sage ich Ihnen mal etwas: So verkürzt, wie Sie das darstellen, darf man das, aber es ist nicht ganz seriös. Die Diskussion um die Gewerbesteuer ist fast so alt wie die Diskussion um eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen. Ich darf hier vielleicht ein bisschen referieren, was eigentlich der Hintergrund ist. Die Gewerbesteuer ist von ihrer Besteuerungsgrundlage, das haben wir feststellen müssen, einfach zu schmal geworden. Nachdem sie eine reine Gewerbeertragssteuer, was wir alle wollten, geworden ist, ist ihre Bemessungsgrundlage so schmal, dass wir leider in den Gemeinden ...

(Heinz Müller, SPD: Und die wollten wir verbreitern, aber das war ja mit Ihnen nicht möglich.)

Augenblick! Langsam, langsam! Nun lassen Sie mich doch mal ausreden!

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Heinz, der Oberlehrer spricht.)

Nein, das hat mit Oberlehrer nichts zu tun, ich referiere das, was wir eigentlich alle wissen, was hier vom Pult dann aber immer anders dargestellt wird.

(Heinz Müller, SPD: Bleiben Sie bei der Wahrheit! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Müller, Sie wissen, dass die Gewerbesteuer die Schwäche hat, einmal wegen der schmalen Erhebungsbreite, zweitens wegen der sehr starken Konjunkturabhängigkeit und drittens wegen einer vollkommen ungleichen Verteilung auf die kommunalen Ebenen. Das hat Frau Gramkow gesagt, das ist vollkommen richtig. Deswegen ist die Überlegung legitim, übrigens auch von den Bundesverbänden der Kommunen sehr stark diskutiert, ob wir nicht übergehen auf eine andere Beteiligung an so genannten wachstumsstarken Steuern. Und da wissen wir, dass die Mehrwertsteuer und die Lohnsummensteuer sehr interessante Alternativen sind. Wenn eine politische Kraft in dieser Bundesrepublik sagt, wir hätten lieber das und schließen uns der einen Richtung der kommunalen Gebietskörperschaften an, und die andere sagt etwas anderes, dann meine ich nicht, dass die einen kommunalfreundlicher sind und die anderen nicht, sondern dann ist der Erkenntnisprozess offenbar nicht weit genug gewesen. Deswegen war auch der Zwischenruf von Frau Finanzministerin einfach falsch, dass ausgerechnet CDU und CSU eine vernünftige Gemeindereform verhindert hätten.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Ja, Frau Finanzministerin, darüber können wir lange reden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das habe ich aber gesagt, das war wirklich so.)

Was ich gezeißelt habe, und davon bringen Sie mich nicht ab: Dieses Land bekommt dankenswerterweise Sonderbedarfsergänzungszuweisungen vom Bund,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

weil wir so strukturschwache, finanzschwache und steuerschwache Gemeinden haben.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Deswegen muss dieses Land seinen steuerschwachen Gemeinden auch mehr geben als ein vergleichbares starkes Land wie zum Beispiel Sachsen. Ich will über die Gründe dafür, dass dort die Gemeinden mehr Steuereinkunft haben, gar nicht resümieren. Das könnte Wahlkampf sein, das lasse ich weg,

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

aber die Fakten müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Und wenn Sie beides zusammennehmen, dann ist unsere Finanzausstattung leider auf der kommunalen Ebene nicht ausreichend. Das ist es, was ich bekrittelle, dass wir für die Kommunen Geld bekommen und das Land es nicht einfach weitergibt, sondern sich mehr als die Hälfte einfach einsteckt.

(Der Abgeordnete Heinz Müller
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Herr Müller, ich habe bereits die rote Lampe, das ist im Augenblick ganz schlecht. Wir reden darüber im Ausschuss.

Sport statt Gewalt, hat der Innenminister gepredigt, ist etwas Feines, das war gerade in der Zeitung. Frau Gramkow hat gesagt, was daraus geworden ist, dass wir sogar jetzt den Vereinen, die eine exzellente Jugendarbeit absolvieren, aufgrund der Haushaltslage und, Herr Innenminister, aufgrund Ihres Haushaltserlasses nun diese Belastung auferlegen, obwohl wir wissen, dass das kontraproduktiv ist. Ich habe damit gemeint, dass Sie uns nicht weiterhin beide Beine mit Fußfesseln zusammenbinden und sich dann noch darüber beschweren dürfen, dass wir nicht schneller laufen. Das war es, was ich sagen wollte. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/1824 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nicht in den Sonderausschuss?)

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 5. Oktober 2005, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.41 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick und Peter Ritter.